

G e s c h i c h t e
der
Wirkungen und Folgen

de's
Österreichischen Feldzugs in der Schweiz;

e i n
Historisches Gemälde der Schweiz

vor, während und nach ihrer versuchten Wiederbe-
freyung; mit mancherley unbekannten Aufschlüssen
über die Ereignisse dieser Zeit

von

Carl Ludwig von Haller,

vormals Staats-Sekretär des täglichen Rathes der Stadt und
ehemaligen Republik Bern.

Infandum — jubes renovare dolorem.

Zweyter Theil.

W e i m a r 1 8 0 1

gedruckt und verlegt bey den Gebrüdern Gädicke.

Galicia

190

Въспитаніе и обученіе

205

Übersicht der Fassung in der Schweiz

• 110

Historisches Gemälde der Schöpfung

[illegible]

1847

1891-1892

154341 154342

[illegible]

1847

Vierter Abschnitt.

Von den politischen Folgen des Rückzugs der Alliirten, in Bezug auf die Schweiz.

Wirkungen dieses Rückzugs auf das Ausland, — Verhinderung aller weitem activen militärischen Operationen, Entzweyung der Alliirten, seitherige unglückliche Wendung des Kriegs. — Folgen für die Schweiz; 1) Vereitelung aller entworfenen Plane zu ihrer politischen Herstellung; kurze Erörterung dieser Plane, in Absicht auf die Popular-Stände, die städtischen Cantone, die gemeinsamen Unterthanen-Lande und die Vereinigung aller schweizerischen Stände zu einem festeren Ganzen. — 2) Positive Folgen. Strengere Verhältnisse mit Frankreich, mannichfaltigere Bedrückungen; ökonomisches Elend, schwankende provisorische Verfassung — Daherige Stimmung der Gemüther; Geist und Benehmen der Regierung in den verschiedenen successiven Hauptepochen; Stimmung des Volks; bewiesen aus der Wohlthätigkeit gegen die durch den Krieg verunglückten Cantone, den Adressen, der Litteratur, und übrigen Handlungen. — Beschlufs; gegenwärtiger Zustand der Schweiz — und Gedanken des Verfassers über die noch möglichen Mittel ihrer Rettung.

Der Zweck dieses Werks, welches ich aus Pflichtgefühl unternehmen zu müssen glaubte,

und unter mannichfaltigen, so traurig niederschlagenden Umständen gleichwohl zu vollenden die Beharrlichkeit hatte, ist nicht sowohl der, eine Geschichte des Feldzugs oder der militärischen Operationen, *) sondern vielmehr eine Geschichte der moralischen Wirkungen und politischen Folgen zu liefern, welche er je nach dem Wechsel seines Glücks veranlaßt, oder nach sich gezogen hat; eine Geschichte, die mir nicht nur für mein Vaterland interessant, sondern überhaupt in mehr als einer Rücksicht lehrreich, für die Zukunft nützlich, und zur Steuer der unterdrückten Wahrheit nothwendig schien. Ich übergehe daher die weitem Kriegsbegebenheiten, welche seit dem 25ten September 1799. noch in der Schweiz zwischen den französischen und den alliirten Armeen vorgefallen sind; wie Suwarow an dem nemlichen Tage mit seiner Armee über den Gotthard eingebrochen war, die Franzosen, die er auf dem Wege antraf, vor sich her geworfen und dadurch wenigstens das weitere Verfolgen des Korsakowschen Truppen-

*) Wer diese in ihrem Detail zu kennen wünscht, der lese die beyderseitigen officiellen Berichte, welche seiner Zeit in den öffentlichen Blättern erschienen sind, vorzüglich aber die daraus vollständig zusammengezogene politisch militärische Geschichte des Feldzuges vom Jahr 1799. von F. E. Freyherrn v. Seida und Landensberg, gr. 8. Ulm 1801.

Corps gehindert hatte, sodann aber, als er von allen, ihm zu Befehl stehenden Truppen, keine mehr in jenen Gegenden antraf, sich zu dem beschwerlichsten Rückzug über Bündten genöthiget fand; wie der österreichische General Linken ebenfalls am 25ten September mit seinem Corps von Chur bis gegen Glarus vorgerückt war, 1700 Gefangene gemacht hatte, aber aus gleichem Grunde, ohne geschlagen zu seyn, den Rückzug wieder antreten mußte; wie die russischen Truppen unter Korsakow noch einige Zeit lang verschiedene Posten auf dem linken Rheinufer besetzt hielten, zuletzt aber, nach mehreren glücklich abgeschlagenen feindlichen Angriffen, dieselben freywillig verliessen; wie der Erzherzog Karl in Eilmärfchen mit seiner Armee wieder von Mannheim an die nördlichen Gränzen der Schweiz herbey kam, und welches Mißgeschick endlich den damals gehofften, und zwischen ihm und Suwarow wirklich im Plan gewesenen erneuerten gemeinsamen Angriff auf die Schweiz verhindert hat. Eben so will ich die Folgen, welche die französische Wiedereinnahme der Schweiz, für das Ausland, nach sich gezogen hat, nur in so ferne berühren, als sie ein nicht unwichtiges Bruchstück zu dem Beweise liefern können, wie in dieser Europäischen Staaten-Gesellschaft, die sich heut zu Tage durch Egoismus und naturwidrige Isolirung zerrütten zu wollen scheint, der Kleine mit dem Großen und der Große mit dem Kleinen in so unzer-

trennbaren Verhältnissen steht, dafs, wenn der eine leidet, oder zu Grunde gerichtet wird, der andere dabey nicht ohne Schaden bleiben kann, sondern früher oder später, allemal den unausbleiblichen Rückschlag erfährt. Die Wiederbesetzung eines, und zwar des kleineren Theils der Schweiz durch die Franzosen, konnte zwar vielleicht für das allgemeine Interesse von Europa unbedeutend scheinen: allein sie hat nicht nur alle gröfseren, weit umfassenden Plane vereitelt, welche nun endlich zu dessen Sicherheit eingeleitet waren, sondern ganz eigentlich die definitive Entzweyung zwischen Östreich und Rußland veranlafst, und einzig die unermesslichen Vorthelle, welche die Franzosen in dem letztjährigen Feldzuge gewonnen haben, sammt allen ihren sich auf eine so schreckliche Weise entwickelten, und noch wirklich unabsehbaren Folgen möglich gemacht. Nachdem, wie es scheint, die Plane der alliirten Mächte in Bezug auf den schicklichen Zeitpunkt zur Occupation der Schweiz, ihre unmittelbaren politischen Zwecke, und deren weitere Folgen gegen Frankreich selbst, eine Zeitlang unentschieden gewesen, (ein Umstand, der auch das Stillstehen der kaiserlichen Armee bey Zürich veranlafst haben mag) so schien man endlich übereingekommen zu seyn, dafs Melas allein in Italien bleiben, Suwarow mit der ganzen russischen Armee in der Schweiz commandiren, der Erzherzog Karl aber mit der kaiserlichen - und Reichsarmee am Rhein

operiren solle; und diese Einleitung hätte in der That von den günstigsten Folgen seyn können, zumal sie die unmittelbare Berührung zwischen den coalisirten Armeen ausgewichen, die Gelegenheit zu daherigen Inconvenienzen entfernt, und die Eifersucht, die sonst so leicht zwischen Verbündeten entspringt, sich in Nacheiferung verwandelt hätte. Melas sollte seine Progressen in Italien fortsetzen, Suwarow wäre nach einem glücklichen Schlag bey Zürich durch die Schweiz in Frankreich vorgedrungen, wo er wenigstens bey der ganzen zahlreichen, und sich damals so stark erhebenden royalistischen Partey, wegen seinen entschiedenen Instruktionen zu Herstellung der Monarchie, das unbegrenzteste Zutrauen genoss, und Erzherzog Karl war eben im Begriff bey Mannheim über den Rhein zu setzen, *) um das linke Rheinufer wieder zu erobern, und sich wo möglich zu weitem Progressen mit der bereits in Holland gelandeten englischen Armee zu vereinigen. Anstatt dessen wurde durch den Verlust des besetzt gewese-

*) Es ist zuverlässig, daß dieser Rheinübergang an dem folgenden Tage Platz haben sollte, als Abends vorher die Nachricht von der Korsakowschen Niederlage bey Zürich und dem Verluste der Schweiz ankam; ja die Einverständnisse waren bereits so gut getroffen, daß man in wenigen Tagen die Uebergabe der ohnedem damals schwach besetzten und schlecht versehenen Festung Maynz erfahren hätte.

nen Theils der Schweiz, Italien in erneuerte Gefahr gesetzt, die direkten Plane auf Frankreich und alle politische Zwecke des Krieges waren vereitelt, Erzherzog Karl mußte seine Siege bey Mannheim aufgeben, um in gezwungenen Märschen dem bedrohten Schwaben zu Hülfe zu kommen, und durch diesen letztern Umstand wurden selbst die Engländer, noch mehr als durch die von Brune erlittenen Nachtheile bewogen, ihren Rückzug aus Holland anzutreten, zumal sie allein nicht stark genug waren, ganz Holland und Brabant zu erobern und behaupten zu können. *) Eben so ist es unverkennbar, daß die Wiedereinnahme der Schweiz durch die Franzosen die nächste und entscheidende Veranlassung zu dem gänzlichen Abtritt der russischen Truppen gewesen ist. Der Stoff zu jenem, bald leisen bald lauten Mißtrauen, welches sich übrigens durch tausend natürliche Ursachen so leicht zwischen Verbündeten einzuschleichen pflegt, mag freylich schon in einigen, vielleicht zu frühzeitigen, Erörterungen der höhern Politik, und in gewissen Ereignissen in Italien gelegen haben. Allein bey fortdauernd glücklichen

*) Dieses, obgleich schon aus der Verkettung der Umstände sehr wahrscheinliche Factum, wird übrigens hier nicht auf's bloße Gerathewohl angebracht, sondern es ist mir auch durch einen sehr einsichtsvollen, und seiner Lage nach ganz unparteyischen Offizier, der damals in Holland war, mit allen Umständen bestätigt worden.

Fortgeschritten in der Schweiz, wäre derselbige ohne alle Folgen geblieben. Die Freude über den Sieg, über den Fortgang der gemeinen Sache, hätte alle übrige Nebenbetrachtungen erstickt, die Gemüther zur gegenseitigen Gefälligkeit gestimmt, und jene Anstände würden sich alle von selbst beseitiget haben. So aber konnte es nicht fehlen, daß die Mißverständnisse immer zunehmen mußten, und zuletzt nicht mehr zu heben waren. Wie es in dergleichen Fällen gewöhnlich geschieht, so wollte jeder Theil sich das Verdienst der errungenen Vorthelle allein zuschreiben, und warf dem andern allein die Schuld der erlittenen Nachtheile vor. *) Diefs veranlafste schon

*) Bey den Russen z. B. herrschte die Meynung, man hätte sie nur zur Eroberung von Italien benutzen wollen, dann aber aus diesem Lande, von wo sie in Frankreich dringen wollten, herauszuschaffen gesucht; und die Östreicher sagten, daß sie durch Rußland und England wären gezwungen worden, die Schweiz zu verlassen und alle ihre errungenen oder noch zu erringenden Vorthelle aufzugeben, beschwerten sich auch, daß die Russen zu ihren bestüberlegten Planen, wie z. B. dem Uebergang über den St. Bernhards Berg aus dem Aostenthal, und einem zu Ende Augusts in Wurf gewesenen Angriff in der Schweiz nicht hätten mitwirken wollen, daß sie durch ihr Betragen gegen die Einwohner die gute Stimmung der Völker verderben u. s. w. Suwarow klagte, daß ihm Melas auf die bestimmte Zeit nicht die nöthige Anzahl Maulthiere verschafft, und dadurch

einige bittere Ausdrücke in den officiellen Rapporten der beyderseitigen commandirenden Generale, es scheinen darauf zwischen den Cabinetern einige Correspondenzen erfolgt zu seyn, die noch weniger zur Annäherung geeignet waren. Der Zweck des Krieges, den der russische Kaiser so feyerlich erklärt hatte, schien nicht mehr zu erfüllen möglich, und Paul I. zog seine Truppen zurück. Was endlich die Franzosen durch den Besitz der Schweiz für ihre fernern Angriffe gewonnen haben, das ist in dem letztjährigen Feldzug leider auf eine traurige Weise an den Tag gelegt worden. Ohne denselben hätte Moreau nicht die kaiserliche Armee in Schwaben auf der Flanke angreifen, und Bonaparte noch viel weniger über den St. Bernhardsberg ziehen können, um den vorgerückten Östreichern in den Rücken zu fallen. Deutschland wäre gerettet geblieben, und Italien wahrscheinlich nie, gewiss aber nicht mit einem Schlag verlohren gegangen. So entscheidend war jenes Treffen bey Zürich, so wichtig jener kleine Strich Landes.

die Passage über den Gotthard um mehrere Tage verspätet hätte. Korsakow behauptete, durch den zu schnellen Rückzug der Östreicher oberher dem Züricher See, zur Verlassung der Position bey Zürich genöthigt worden zu seyn, und östreichischer Seits wurde ebenfalls officiell gemeldet, daß bey dem Rückzug der Russen, bis auf das rechte Rheinufer, die Linie an der Linth nicht mehr haltbar gewesen sey u. s. w.

durch die Berührungspunkte, in welchen er mit allen seinen Nachbarn steht. Nicht vergebens hatte Bonaparte dem französischen Direktorio aus politisch militärischen Zwecken die Invasion der Schweiz angerathen, *) und Massena ihren Besitz in seinem Amtsberichte selbst, das Bollwerk des französischen Militärsystems genannt, **) so wie auch der erhabne Heerführer der kaiserlichen Armee, Erzherzog Karl, ihre militärische Occupation und

*) Diese bis hieher wenig bekannte Wahrheit, werde ich eben deswegen, weil sie jezt von allen Sklaven und Lobrednern des Bonaparte geläugnet wird, vielleicht bald mit einer Menge unwiderleglicher Thatfachen öffentlich beweisen. Vorjetzt bemerke ich also nur, daß es darum zu thun war, die Revolution wegen dem Verlust von Venedig zu entschädigen, Italien und besonders die Cisalpinische Provinz zu sichern, Deutschland und Oestreich allenfalls mit entschiedenem Vortheil von neuem angreifen zu können, nebst dem die französischen Armeen zu unterhalten und noch für die Agyptische Expedition Geld zu kriegen. Deswegen mußte die Schweiz aufgeopfert und ausgeraubt werden. Das Direktorium wartete nur auf die Ankunft des Bonaparte (Ende Nov. 1797.) um die definitiven Befehle zu geben. Es hätte aber ohne seinen Rath oder gegen seinen Willen nichts unternommen.

**) S. dieses Factum und dabey auch weitere einleuchtende Betrachtungen über die militärische Wichtigkeit der Schweiz für Frankreich in dem Helvetischen Revolutions-Almanach für das Jahr 1801. p. 130 u. 31.

Behauptung beständig als die erste, nothwendigste und dringendste Angelegenheit betrachtete, von welcher der ganze Erfolg des Krieges abhänge, und aus den Schwierigkeiten, welche seinen daherigen Planen in den Weg gelegt wurden, das kommende Unglück im Geiste vorauszusehen schien. *)

Allein noch trauriger (weil sie wahrscheinlich nicht mehr zu ändern sind) waren die politischen Folgen jenes Rückzugs der Alliirten für die Schweiz selbst, und unter diese Folgen muß man sowohl die Vereitelung alles des Guten rechnen, was bereits zu ihrer Herstellung geschehen war, oder noch geschehen sollte, als auch das erneuerte positive Unglück, in welches sie durch jene Begebenheit gestürzt worden ist. Die gedrängte Beschreibung dieses letztern wird mich natürlicher Weise am Schlusse dieses Werks auf eine Uebersicht des gegenwärtigen Zustandes der Schweiz und ihrer mir anscheinenden einzigen Rettungsmittel führen; allein die Entwicklung der im Wurf gewesenen, obgleich vereitelten Plane

*) Es erschien auch über diesen Gegenstand im Frühjahr 1799. eine eigene kleine Schrift — Ueber die Wichtigkeit der Besitznahme der Schweiz in politisch militärischer Hinsicht 16 S. welche alle hieher gehörigen Rücklichten in einem zwar sehr gedrängten Zusammenhang enthält.

und Hoffnungen, gehört nicht nur wesentlich in die neueste politische Geschichte der Schweiz, sondern ich glaube dieselbe auch um desto weniger hier unterdrücken zu sollen, da sie theils noch gänzlich unbekannt ist, und vielleicht nie bekannt werden dürfte, theils auch die schicklichste Gelegenheit darbietet, mehrere wichtige, selbst dem Ausland interessante, bisher nie gründlich erörterte Punkte über das Wesen der Schweizerischen Verfassungen ins Licht zu setzen, und endlich kann ich auch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß sie selbst in meinem Vaterland, wo nicht zur Bewirkung der Sache, doch zur Annäherung der Gemüther, nicht ohne Nutzen seyn dürfte.

Der allgemeine Zweck aller derjenigen, welche die Befreyung der Schweiz von den Franzosen und den Wieder-Eintritt des Wesentlichen der alten Ordnung wünschten oder betrieben, bestand in den einfachen Grundlagen, einem jeden das seinige wieder zu geben, die Existenz und die besondere Verfassung eines jeden vormaligen Theils der schweizerischen Eidgenossenschaft herzustellen, unter ihnen allen ein festeres hinreichendes Band der Einigkeit anzuknüpfen, dabey aber in den erstern, ohne ihre Natur zu verändern, alle diejenigen Verbesserungen anzubringen, welche theils zu Bewirkung der Zufriedenheit rathsam waren, theils durch die Bedürfnisse des gemeinen Wesens, oder durch die Folgen der vorhergegangenen Zerstörung selbst erfor-

dert wurden, und endlich auch beydes auf eine solche Art einzuleiten, daß es nicht nur regelmäfsig und mit Erfolg, sondern auch nur von denjenigen, welche dazu die Befugnifs hatten, ohne unrechten Zwang geschehe, und kein Saame von neuer Zwietracht entstehen könne. Man hat bereits in dem 3ten Abschnitt dieses Werks von p. 155 bis 256 gesehen, in welchem billigen Geist und mit welchem glücklichen Erfolg jene Herstellung in dem von der Revolution befreyt gewesenen Theile der Schweiz vor sich gegangen ist, obschon es gänzlich an einer äufsern oder innern obersten Einleitung fehlte. Was noch zu thun übrig blieb, war im Grunde weit weniger schwer, und zu mehrerer Deutlichkeit will ich hier die Schweiz, vorerst nach ihren verschiedenen Bestandtheilen, und dann in ihrer Verbindung zu einem Ganzen betrachten.

Die demokratischen Cantone waren, aufser Unterwalden (welches noch von den Franzosen besetzt blieb) alle hergestellt, oder auf dem Punkte, es zu werden; man setzte diese Landschaften im Grunde nur wieder in ihre ursprüngliche, seit undenklichen Zeiten (lange vor dem Schweizerbund) gehabte Communal-Verfassung ein, und liefs sie, mit Vorbehalt des Eidgenössischen Verbandes, bey ihrer alten Unabhängigkeit, für welche sie fochten, und an welcher sie wie an ihrem Leben hiengen. In diesen Ländern, oder vielmehr Bergthälern, konnte zwar der blos philoso-

phische Beobachter vielleicht auch mehrere Verbesserungen wünschen. So mochte z. B. die zu weit ausgedehnte Demokratie und selbst die gänzliche Unabhängigkeit für sie und ihre Nachbarn einige Inconvenienzen haben, mehrere Theile ihrer Verfassung waren vielleicht für einen guten und regelmässigen Geschäftsgang nicht zweckmässig genug eingerichtet; es mangelte auch an höhern Bildungs- und andern gemeinnützigen Anstalten, die vielleicht bey einem geringeren Grade von Volks- und Abgabefreyheit besser emporkeimen. Allein das alles war kein Grund, ihnen diese Verbesserungen aufzudringen, jene Inconvenienzen wurden grösstentheils durch andere Umstände und Verhältnisse wieder corrigirt, und die Leute waren dabey zufrieden; das Glück aber besteht in der Zufriedenheit, und nicht in diesen oder jenen noch so scheinbaren Gütern, die man dafür ausgeben will. *)

In den sogenannten aristokratischen Cantonen der westlichen Schweiz d. h. in denjenigen, wo die Haupt- und Mutterstadt

*) Es ist ein sonderbarer Widerspruch, dass gerade in den heutigen Zeiten, wo man sich rühmt, die Moral berichtigt, oder vielmehr auf ihre alten Grundlagen mit mehrerer Bestimmtheit zurückgeführt zu haben, man gleichwohl, dieser Moral-Philosophie schnurstracks zuwider, den Menschen immer mit Gewalt vorschreiben will, unter welchen Formen sie sich für frey halten und wie sie glücklich seyn sollen.

zugleich die Landeshoheit über das ihr untergebene Gebiet befals, wäre jene Herstellung ohne allen Zweifel noch weit leichter vor sich gegangen, zumal in diesen Gegenden überhaupt mehr Energie des Charakters als in dem östlichen Theile herrscht, und das Beyspiel von Bern wahrscheinlich von grossem Einflufs auf alle übrigen gewesen wäre. Hier sollte zwar (wie es bereits in Schaffhausen geschehen war und in Zürich nächstens geschehen wäre) die Oberherrschaft ebenfalls bey den Hauptstädten verbleiben, oder vielmehr ihnen wiederum zugetheilt werden, und die besondere Verfassung eines jeden Theils des Landes, nebst ihrem Verhältnifs zu dem gemeinsamen Oberhaupt, die Grund-Verfassung des Staates ausmachen. Diese Grundlage war auch gewifs nicht nur die rechtlichste, sondern nach tiefer Ueberlegung aller eintretenden Umstände, die einzig mögliche und einzig zweckmässige. Vorerst mufs man hier die schon oben bey ähnlicher Gelegenheit (s. p. 158—162) gemachte Bemerkung wiederholen, dafs, nachdem einmal die neue französische Verfassung bereits zerstört worden, im Grunde, ausser der das Land erobernden obersten Militärgewalt, niemand befugt oder bevollmächtigt war, etwas anders, als die durch die ungerechte französische Invasion zerstörte alte Verfassung wieder einzuführen, und dafs jeder andere Versuch die Inconvenienzen ins unendliche würde vermehrt, zu unabsehbaren Entzweyungen und

neuen Revolutionen geführt, und uns dadurch nicht nur in gänliches Verderben gestürzt, sondern zum Gegenstand des Spotts und der Verachtung von ganz Europa gemacht haben; des Umstandes nicht zu gedenken, daß der Zweck des Kriegs und das Interesse der Armeen sowohl, als der alliirten Mächte, dergleichen Revolutionen, Volksregierungen und Anarchie schlechterdings nicht gestattet hätte. Eine andere Grundlage als die der alten Verfassung, war also schon aus diesem Grund unmöglich. Ueberdem beruhete die Souveränität, oder das Regierungsrecht jener Städte 1. auf dem Recht ihrer eigenen Existenz und vor allem Länder-Erwerb genossenen Unabhängigkeit; 2. auf ihren zahlreichen eigenthümlich besitzenden Gütern und Domainen; und 3. auf Verträgen mit andern Landschaften oder Provinzial-Städten, die, wenn schon nicht auf vollkommen gleiche reelle Bedingungen, doch auf wechselseitige Vorthelle, zum gemeinsamen Schutze und für die bessere Erhaltung der beyderseitigen Rechte abgeschlossen waren. Nun hatte niemand ein Recht dazu, jenen Städten ihre eigene Unabhängigkeit abzusprechen, sobald die äufsern Mächte ihnen dieselbige wieder einräumen wollten, und diese Unabhängigkeit war schon an sich mit jeder Unterwerfung unter ein anderes Oberhaupt d. h. mit jeder andern Verfassung unverträglich. Durch die Wiederbesitznahme ihrer Güter und Domainen (welche sie nach gleichem Titel, wie jedes andere Publikum,

oder jeder Partikular befassen) gelangten sie von selbst ohne Widerspruch wieder zu dem größten Theil ihres Gebiets, und die Verträge oder Verhältnisse mit den übrigen wären gewiss von den meisten ohne weiters eingestanden oder mit Freuden erneuert worden; und wenn auch hier und da eine einzelne Stadt oder Gemeinde je nicht geneigt gewesen wäre, jenes gemeinsame Oberhaupt wieder anzuerkennen, so hätte sie (auch ohne Befehdung) bloß wegen den Verhältnissen mit ihren Nachbarn, ihre vermeynte Unabhängigkeit nicht zu schützen vermocht, oder die Inconvenienzen dieses abgerissnen isolirten Zustandes bald so drückend gefühlt, daß sie gewiss das schützende Verband in kurzer Zeit wieder von selbst würde gesucht haben. *) Recht und die Natur der Dinge führte also auch wieder zu jener so oberflächlich beurtheilten, so unüberlegt gestürzten Grundlage der alten Verfassung hin. Uebrigens würde es leicht zu beweisen seyn, wenn es hier zu dieser interessanten Untersuchung der Ort wäre, daß eine solche Anordnung, wobey jedes ursprüngliche Glied des Staats seine Rechte behält, niemand etwas Wesentliches aufopfert, und der Souverain nur gewisse, zur gemeinsamen Einigkeit unent-

*) Um hier nicht in Wiederholungen zu verfallen, verweise ich meine Leser auf dasjenige, was schon oben p. 158. seqq. bey andern Gelegenheiten über den nemlichen Gegenstand gesagt und näher entwickelt worden ist.

behrliche Befugnisse (Landesherrliche Rechte) ausübt, d. i. eine durch Verträge bestimmte Oberherrschaft, wie sie in der Schweiz rein geblieben war, im Grund weit billiger und der individuellen Freyheit angemessener ist, als die neuen sogenannten repräsentativen Regierungen, die zwar freylich (das wie? will ich nicht einmal berühren) aus dem Volke hervorgehn, allein, einmal eingesetzt, ihrem wesentlichen Charakter nach, völlig unumschränkt, an nichts gebunden sind, kein Gesetz als ihren Willen kennen, kein Interesse zur Erhaltung fremder Rechte haben, (weil die ihrigen nicht auf der nemlichen Grundlage beruhen) und bey dem, was sie als öffentliches Bedürfnis angeben, nicht ihr eigen Gut, sondern das der übrigen verzehren. Jene einfache Einrichtung läßt jedem das Seine, und weicht den Collisionen durch Festsetzung bestimmter Verhältnisse aus. Sie gründet sich auf Verträge, von Bedürfnissen herbeygeführt, und ist eben deswegen theils frey, theils dem Zwecke angemessen. Sie geht aus allen menschlichen Verbindungen, gleichsam aus der Natur der Dinge hervor, und schließt sich daher wieder Schwesterlich derselben an, da hingegen die neuen Verfassungen, die man philosophisch, oder republikanisch nennt, einem jedem das Seine, d. h. die eigenen gesellschaftlichen Rechte nehmen und alle Privat Zwecke zerstören, sich auf keinen Vertrag gründen, sondern einer metaphysischen Idee zu lieb, aber allen Wünschen, Verhältnissen

(und Bedürfnissen zum Trotz, nur mit dem grausamsten Zwang, durch zahllose Ungerechtigkeiten eingeführt werden können, *)

*) Es können sich wohl freye Gesellschaften bilden, und haben sich deren wirklich gebildet, die in der Folge durch Umstände unabhängig werden, oder sich von allem fremden Einfluß frey zu machen gewußt haben. So sind alle ältern rechtmäßigen Republiken entstanden, und daher alle ohne Ausnahme klein gewesen. Kommen diese Gesellschaften dann durch Eigenthum, Nachbarschaft u. s. w. mit andern Menschen, oder Völkern in Verhältnisse, und erlangen über dieselben einen natürlichen oder conventiionellen höhern Einfluß, so werden sie Oberherren, collective Fürsten, oder dasjenige, was die neuern Schriftsteller so unschicklicher Weise Aristokratien genannt, und zu tausenden einander nachgesprochen haben. Da können dann die Rechte oder Befugnisse vernünftiger Weise nicht mehr gleich seyn, wie sie es bey den ursprünglichen, einander völlig gleichen Gliedern der Gesellschaft waren. Wie man aber viele Millionen Menschen, die in weit von einander entfernten Gegenden wohnen, einander Zeitlebens nie zu sehen bekommen, und ganz andere Bedürfnisse haben, nicht etwa bloß in Verbindung, sondern, mit Aufopferung alles engeren gesellschaftlichen Verbandes, in eine einzige, d. h. in jeder Rücksicht eine und ebendieselbe Gesellschaft zusammen zwingen, und eine solche naturwidrige Gewaltthätigkeit dann noch Freyheit nennen dürfe: ist mir wenigstens unbegreiflich, und scheint mir eine Idee zu seyn, die nur in einem verrückten Gehirn hat entstehen, und von Fanatikern zur Ausführung gebracht werden können.

und aller künstlichen Combinationen ungeachtet, immer unzweckmässig bleiben. In der Schweiz war ferner diese Rückkehr zur Oberherrschaft der Städte, insbesondere aus ökonomischen Gründen nothwendig. Sie enthielt den einzig möglichen Ausweg, um die Regierung weniger kostbar zu machen, indem ein Souverain als solcher nicht bezahlt wird; dieselbe zur Ökonomie zu interessiren, weil sie nicht willkührliche Auflagen machen kann, und der Regel nach ihre Bedürfnisse aus eigenem Vermögen bestreiten soll; dabey aber ohne Beraubung und Zwang das Gut des Oberhauptes, wenigstens der Verwendung nach, zum Gut des Staats zu machen. Endlich ist es gewiss, dass jene Grundlage der Oberherrschaft, verbunden mit den besondern (während der Revolution auch zertrümmerten) Communal- und Provinzialrechten die einzige Mafsregel gewesen wäre, welche dazu geeignet war, wo nicht bey allen, doch weit aus bey den meisten, wäre es auch nur aus alter Gewohnheit, Zufriedenheit zu bewirken, und die Ruhe des Staats auf eine dauerhafte Weise festzusetzen,

Diese Grundlage einmal angenommen, erleichterte sich das übrige alles von selbst, und es war nur noch theils um die Einschreitungsart für die Herstellung des gemeinen Wesens, theils um die definitiven Verbesserungen desselben zu thun. Jenes Werk war fast schwieriger als dieses, da

hier der Souverain nicht in einer einzigen Person, sondern in einer zahlreichen Versammlung bestand, die selbst von jemand wieder eingesetzt oder berufen werden mußte, und welche ihrer Natur nach nicht dazu geeignet ist, mit derjenigen Thätigkeit und Consequenz zu arbeiten, wie sie unter so schwierigen Umständen für die Wiedereinrichtung eines gänzlich zertrümmerten Staates nöthig war. Ein zweckmäßiger Einleitungsplan war daher sorgfältig überdacht, und in allen seinen Details ausgearbeitet. *) So viel immer möglich sollten mit dem Vorrücken der Armee aller Orten, die Städte, Gemeinden, Gerichte u. s. w. wieder in ihre Verfassung und Rechte eingesetzt werden, und dergestalt jeder Schritt die Wiederkehr der alten vaterländischen Ordnung und der gefell-

*) Von diesem Plan, so wie von dem nachfolgenden, über die projektirten definitiven Verbesserungen, kann ich zwar nur die Hauptzüge oder Grundsätze angeben, die aber eben deswegen weniger interessant sind, zumal grade die näher bestimmten Details, die sorgfältige Rücksicht auf alle eintretende Personal-Local- und Realumstände, hier das größte Verdienst und den eigentlichen Werth der Sache ausmachen. Er war auch freylich vor der Hand nur für den Canton Bern, größtentheils nach den Ideen des sel. Schultheis Steiger, ausgearbeitet, allein es ist sehr wahrscheinlich, daß er von allen übrigen Cantonen der westlichen Schweiz, welche im Grunde die nemliche Verfassung hatten, im wesentlichen wäre befolget worden.

schaftlichen Gerechtigkeit bezeichnen. Auf den Fall dann, daß eine Hauptstadt befreyt werde, war es verabredet, entweder unter Mitwirkung des commandirenden Generals der alliirten Armee, oder ihrer Minister, eine provisorische Regierung, d. h. einen provisorischen Rath der souverainen Stadt, aus den fähigsten, hierzu qualifizirten Personen zu ernennen, um einstweilen den Souverain vorzustellen, die Herstellung der alten Verfassung einzuleiten, und bis zu diesem Zeitpunkt das Ruder der Regierung zu führen; oder aber, was noch constitutioneller war, alle noch lebende, oder anwesende Glieder des ehemaligen großen und kleinen Rathes, unter den gewohnten Formen zu versammeln, ihnen ihre Wiedereinsetzung bekannt zu machen, dieselben auch sogleich bis auf die vollständige gesetzliche Anzahl, mit einem Zuwachs von fähigen und arbeitsamen Männern zu ergänzen, einem neu abgefaßten zweckmäßigen Eid zu unterwerfen, dabey aber dann, wegen des Dranges der Nothwendigkeit, die eigentliche Regierung und alle von ihr abhängenden Collegien provisorisch auf eine solche Art einzurichten, daß der Geschäftsgang in jeder Rücksicht regelmäßig befördert, und die Zustandbringung so vieler unermesslichen Arbeiten, wenigstens durch Methode und Ersparung der Zeit beschleuniget worden wäre. Ein neuer, in seiner Competenz ebenfalls nur provisorischer, kraftvoller Regierungs - oder täglicher

Rath, sollte sodann sogleich ernannt werden, und dabey allen ehemaligen Mitgliedern desselben, die wegen Alter, Unvermögen, Furcht, oder aus andern Gründen, sich der Bürde der Geschäfte entladen wollten, der Weg zu Resignationen geöffnet seyn, damit mehr männliche Kraft und Arbeitsamkeit in die Regierung komme. Dieser Rath wäre die eigentliche Regierung, das Centrum aller Collegien und Beamten, die oberste leitende Autorität aller Geschäfte gewesen, und sollte insbesondere dazu beauftraget seyn, die vacanten untern Bedienungen wieder zu besetzen, und die alte Ordnung in allen ihren Bestandtheilen nach Möglichkeit wiederherzustellen. Gleichwie aber eine Republik, in Zeiten von innerer Gefahr, oder von äußerem Krieg, sich schlechterdings nicht ohne eine Art von Diktatur erhalten kann, und dieser Mangel ehemals, vor und während der französischen Invasion, auf eine traurige Weise gefühlt worden: so lag es jetzt in dem Plane, eine Kriegs- und Staatscommission von einer geringen Anzahl wohlausgewählter Personen zu errichten, welche bis zu erfolgreichem allgemeinen Frieden (denn damals wurde noch ein solcher gehofft) alle, für die Existenz, und die Sicherheit des Staats von innen und von außen erforderlichen Mafsregeln ausschliesslich leiten, und theils selbst besorgen, theils da, wo es nöthig oder sonst nützlich war, dem Souverain vortragen sollte. Hieher gehörte jener wichtige und schwierigste Theil der Re-

gierungsforgen, die höchste Stufe des politischen, gewöhnlich nur mit Undank belohnten Verdienstes, den innern Frieden durch weise Einleitungen herzustellen, Ernst und Hochachtung einflössende Festigkeit mit politischer Klugheit verbunden, ohne leidenschaftliche Gewalt oder Willkühr zu zeigen, und die Staatsverbrechen so viel möglich in ihrer Quelle oder in ihrer Verbreitung zu behindern; alle aus den eingetretenen mannichfaltigen Verhältnissen entspringende Correspondenzen und erforderliche Negotiationen, mit den fremden Mächten, ihren Armeen und Ministern, oder mit den übrigen schweizerischen Cantonen und der allfälligen eidgenössischen Generalcommission zu führen und abzuschliessen, endlich auch die militärischen Angelegenheiten, in so weit man nach Umständen an dem Kriege gegen den äussern Feind hätte Theil nehmen können, zu besorgen, *) und durch eine ihr un-

*) In Kriegszeiten, es sey gegen innere oder äussere Feinde, kann das Militärische und Politische (den äussern Werkzeugen nach) schlechterdings nicht ganz von einander getrennt werden, sondern die Leitung von beyden muss wenigstens in irgend einer obersten Behörde vereinigt seyn, zumal, theils der Krieg nach politischen Zwecken und Absichten geführt wird, theils hinwieder zu Führung des Kriegs politische Massregeln und Unterhandlungen nöthig sind, mithin, bald jene bald diese Mittel oder Zweck werden, worüber nur ein Geist, der beydes umfasst, zweckmässig oder zu gelegener

tergeordnete Comission das eigentliche Militärwesen, in materieller und personeller Rücksicht, nach Möglichkeit wieder herzustellen. Eine andere oberste Commission sollte sich ausschliessend damit beschäftigen, bescheidener Weise die öffentliche Haushaltung wieder einzurichten, die Trümmer des Capitalvermögens zu retten, zu sammeln, und nicht nur ihr Verderben zu verhindern, sondern ihren Abtrag zu erhöhen; die ehemaligen Einkünfte aller Art wieder einzuführen, und wo es nur immer thunlich war, dieselben ohne drückende Auflagen noch verderbliche Finanzoperationen zu vermehren; die obrigkeitlichen Ausgaben aber zu vermindern, das Rechnungswesen wieder in Gang zu bringen, und endlich auch, die während der Revolution gemachten Schulden, in so weit sie nach Billigkeit übernommen werden mußten, zu liquidiren, und sichere Mittel zu ihrer

Zeit urtheilen kann. Sonst entstehen nothwendig zwischen den beyden obersten militärischen und politischen Behörden Eifersucht, zahllose Collisionen und Kompetenzstreitigkeiten, die den Fortgang der Sache lähmen, und bey welchen weder der Krieg gut geführt, noch die politischen Mafsregeln glücklich eingeleitet werden können. Daher sind auch zu jeder Zeit nur diejenigen Generäle in die Länge glücklich gewesen, welche zugleich gute Politiker waren, und die moralischen, so wie die physischen Hülfsmittel nach eigener Einsicht zu ihrem Zwecke in Bewegung setzen konnten.

Verzinsung und successiven Bezahlung vorzuschlagen. Eine Revisionscommission sollte ferner beauftraget werden, alle Vorschläge zu den verschiedenen nothwendigen Verbesserungen (von welchen unten die Rede seyn wird) auszuarbeiten, und in einer bestimmten Frist dem Souverain zur Sanction oder Modifikation vorzutragen; die übrigen unentbehrlichen administrativen Collegien wären wieder eingeführt, aber neu besetzt, zu Herstellung ihres Faches bestimmt angewiesen, und die gleichartigen immer unter einen höhern Vereinigungspunkt gesetzt worden. Mehrere Ämter, welche vormals fast bloße Beneficia waren, oder deren Funktionen leicht mit andern vereinigt werden konnten, sollten jetzt aus ökonomischen Gründen eingezogen, und die Einkünfte dem Staat verrechnet werden; zu Verwaltung der übrigen aber wollte man einstweilen, in Uebergang der ehemaligen Formen, die zutrauenswürdigsten, an jedem Ort beliebtesten Regierungsglieder ernennen, um jene Ämter zu bekleiden, vorzüglich die dortige Ökonomie des Staats wieder einzurichten, die Judicatur und andere Regierungsgeschäfte zu besorgen, die alten Gerichte, Gemeinds-Obrigkeiten, Stadt-Magistrate, Landschafts-Verfassungen u. s. w., wo es nicht schon geschehen wäre, herzustellen, und endlich den Eid der Treue, zu Händen der wieder eingesetzten Landes-Obrigkeit abzunehmen. Mit einem Wort, in diesem Einleitungsplane war vor der Hand

alles nur auf Herstellung des zertrümmerten gemeinen Wesens und auf den regelmässigen Gang der Geschäfte berechnet; es sollte aber dabey der Zweck keineswegs durch zweydeutige Wendungen im Dunklen gelassen, sondern in Sprache und Handlungen ein aufrichtiger, entschlossener, von der Gerechtigkeit seiner Sache überzeugter Charakter an den Tag gelegt, und keinem beunruhigenden Zweifel über den künftigen definitiven Zustand der Dinge Platz gegeben werden. Im Gegentheil hatte man es für sehr wichtig und zweckmässig angesehen, nichts zu vernachlässigen, wodurch sogleich auf den Geist und die vaterländischen Erinnerungen der Nation gewirkt und das Wiederaufleben des Staats anschaulich gemacht werden konnte. Die Wappen, die zerstörten Kunstwerke und alle äussere Sinnbilder des alten Vaterlands sollten sogleich wieder hergestellt werden, den Magistrat an seine Pflicht erinnern, das vaterländische Herz erheben, und das schweizerische Auge mit seinen geliebten Gegenständen erfreuen. Die Einsetzung der alten Regierung sollte mit dem alten, gewohnten, rührenden Fest, wozu vormals das ganze Volk herbeyströmte, mit religiösem Anstand, ohne militärisches dem Volke verhasstes Gepränge, oder französisches Flitterstaat begleitet seyn; durch die erste Proklamation wäre die glückliche Befreyung von dem französischen Joche und der Wiedereintritt der alten Ordnung angekündigt, alle Individuen, Publika und Corporationen,

Städte, Gemeinden und Landschaften, gegen die erwartete erneuerte Treue und gegenseitige Zuneigung, in ihre durch die Revolution verlorne Gerechtsame, Freyheiten und Besitzungen wieder eingesetzt; die wirkende Kraft der unter der revolutionären Regierung, oder selbst seit dem Aufenthalt der Franzosen in der Schweiz, gemachten Dekrete und Gesetze, mit Vorbehalt einzelner Bestätigungen aufgehoben, und jedermann für die gänzliche Rettung des Vaterlandes und die Wiederherstellung unserer gemeinsamen Ehre und Einigkeit zur Mitwirkung an dem Kriege gegen die Franzosen aufgemuntert worden. Diese glückliche Epoche wollte man endlich zugleich mit einer ehrenvollen Belohnung derjenigen Unterthanen begleiten, die sich durch ihre Talente und vaterländische Treue vorzüglich ausgezeichnet hatten; es war besonders die Absicht, eine bedeutende Anzahl derselben ins Bürgerrecht der Hauptstadt aufzunehmen; und da die qualifizirtesten, im Grund von allen Partheyen verworfenen Landesverräther, d. h. diejenigen wenigen, welche thätig und boshaft an Umstürzung des Vaterlandes gearbeitet, die Franzosen ins Land gerufen und mit allen Kräften begünstiget hatten, ohne allen Zweifel davon geflohen wären: so sollte den übrigen, in Rücksicht des von uns allen ohne Unterschied erlittenen Unglücks und Betrugs, die Hand der Veröhnung angeboten, die aufgeregten Leidenschaften, die man nicht sogleich zerstören konnte, wenigstens von un-

ferm innern Kreise abgeleitet, und der gemeinschaftliche Feind, der selbst an dieser Entzweyung schuld war, allen Schweizern, als der einzige, ihres Hasses würdige Gegenstand angewiesen werden.

Was dann die definitiven Verbesserungen betrifft, von denen viele vormals unnöthig gewesen wären, nun aber durch die jetzigen Bedürfnisse unentbehrlich geworden waren: so konnten dieselben nur entweder in der innern Verfassung der souverainen Stadt selbst, oder in ihren rechtlichen Verhältnissen gegen die verschiedenen Theile ihres Gebiets, oder in einigen Formen der Regierung des Landes bestehen. So sehr man nun in jener erstern Rücksicht fest auf der Independenz und Souverainität der Hauptstadt, als der einzig möglichen, und einzig rechtlichen Grundlage hielt; so hatte man auf der andern Seite eben so wohl in Betrachtung gezogen, daß collective Oberherrschaften, so gerecht und wohlthätig sie auch in ihrer Regierung seyn mögen, ihrer Natur nach nicht dazu geeignet sind, das Herz der Unterthanen so innig an sich zu knüpfen, als wie es bey individuellen Oberherrschaften (Monarchien) möglich ist, wo der Fürst und sein Haus sich durch alle in die Augen fallende Umstände auszeichnen, und die schuldige Treue oft durch persönliche Zuneigung erhöht, und gleichsam versinnlicht werden kann. Zudem ist es allerdings richtig, daß der Ehrgeiz der

Unterthanen unter individuellen Souverainen weit mehrern Spielraum hat, als unter collectiven, zumal der Fürst gewöhnlich nicht selbst an den Geschäften arbeitet, oder nicht alles besorgen kann, mithin seine Diener überall ausfuchen muß und darf, wo er Treue und Fähigkeit findet, da hingegen die Glieder einer souverainen Gesellschaft, natürlicher Weise alle wichtigen Regierungs-Ämter grösstentheils persönlich bekleiden. Daher entstand auch, und zwar einzig und allein, jene Gleichgültigkeit, jener Mangel an Zuneigung, welche die einsichtsvollsten Vaterlandsfreunde schon lange vor der französischen Revolution mit Betrübniß in einigen Bezirken der schweizerischen Staaten wahrgenommen hatten, und die sich gerade bey den wohlhabendsten, angesehensten und fähigsten Classen der Unterthanen äusserte, ohne daß sie sich eigentlich über etwas anders als über gekränkten Ehrgeiz beklagten. Diesem, der Natur einer jeden solchen, übrigens gleich rechtlichen und rechtlich entstandenen Verfassung anklebenden Inconvenient mußte zwar abgeholfen werden, wenn man nicht immer in einem unfreundlichen Verhältniß leben, und gerade die Zierde, oder gleichsam den Adel des Landes, zu geheimen Feinden der Regierung machen wollte; es konnte aber nicht anders als durch eine solche Einrichtung geschehen, wodurch jeder Unterthan wenigstens die Möglichkeit vor sich sah, durch Glück oder Verdienst selbst in das souveraine Publikum aufgenom-

men zu werden, und mittelst dessen, früher oder später, zu den Regierungs-Ämtern oder zu der Regierung selbst gelangen zu können. Daher wollte man jetzt nach Fundamental-Gesetzen, entweder das Bürgerrecht der regierenden Hauptstadt allen denjenigen Unterthanen öffnen, welche sich durch alte, im Land verbürgerte Anfässigkeit, durch ein gewisses Grund-Eigenthum, und durch bereits mit Ehren bekleidete untere Stellen in der Kirche oder dem Staat dazu qualifiziren würden; oder je zu einer bestimmten Epoche unter den sich hiezu anmeldenden und die gesetzlichen Eigenschaften erfüllenden Candidaten, eine gewisse Anzahl Geschlechter in gedachtes Bürgerrecht erheben. *) Ja es sollte

*) Etwas ähnliches war zwar schon vor der Revolution, zumal in Zürich und Bern vorhanden, wo die Anzahl der bürgerlichen Geschlechter der Hauptstadt durch ein Gesetz bestimmt war, und die ausgestorbenen jedesmal, nach einer mit Loos und Credit gemischten Wahlform, durch neu angenommene ersetzt wurden. Allein theils genügte dieses damals den Revolutions-Freunden nicht, theils war auch in der That die Wahlform so nachtheilig eingerichtet, daß weder der verdienteste und beliebteste Unterthan sichere Hoffnung haben konnte, je von dem Glücke begünstiget zu werden, noch der Souverain selbst frey war, das würdigste Subjekt nach eigenem Wunsche zu belohnen. Das Ganze sollte also jetzt erleichtert, und ohne dabey gewisse politische Vorfragen außer Acht zu lassen, vereinfacht, und gewissermassen facultativ gemacht werden.

logar eine politische Staatsmaxime seyn, jeden Unterthan, der sich entweder durch wohl erworbenen Reichthum, oder durch vorzügliches Ansehen, oder durch seltene Talente, oder durch vaterländisches Verdienst u. s. w. besonders auszeichnen würde, auch ausserordentlich in das souveraine Bürgerrecht aufzunehmen, um dergleichen Eigenschaften zu belohnen, die Nacheiferung zu ermuntern, das Subjekt selbst aber durch eigenes Interesse an die Verfassung des Staats zu binden, und seine Talente in jeder Rücksicht zum Besten des Vaterlandes benutzen zu können. Diese Anordnung hätte ganz gewiss, zumal nach der bereits verschwundenen Illusion der revolutionären Grundsätze, die ganze Classe der angesehenen Unterthanen, die bloß wegen jener fast gänzlichen Ausschließung eine Veränderung gewünscht hatten, mit dem Wesen der alten Verfassung verfühnt, und mit Geist und Herz an das Vaterland geknüpft. Sie war auch der Hauptstadt selbst, in mannichfaltiger Rücksicht, nicht weniger als dem Lande vortheilhaft. Sie führte erstlich auf das Wesen und den Geist der ursprünglichen Verfassung zurück, wo die Erwerbung dieses Bürgerrechts leicht war, und wo die (zwar auch nicht unbedingt richtige) Maxime herrschte, daß die Republik (d. i. die Stadt) an Kraft und Ansehen gewinne, je mehr die Zahl ihrer Bürger wachse; sie gab dem Ehrgeiz der Landesbürger, den man nicht aus dem Herzen des Menschen entwurzeln kann noch soll, eine

rechtmässige, dem Staate selbst vortheilhafte Tendenz; sie erfrischte regelmässig die regierenden Bürgerchaften mit tauglichen und fähigen Subjekten, welches in mehreren nothwendig, in allen nützlich war; sie konnte ferner dazu beytragen, ohne allen Zwang, blofs durch die vom Ehrgeiz freywillg bezahlten, un in Rücksicht der mannichfaltigen Nuzungen dieses Bürgerrechts billigen Eintrittsummen, die Finanzen des Staats allmählich herzustellen; sie gab endlich der Regierung mannichfaltige moralische Mittel an die Hand, ihren Credit und ihren Einfluß in den verschiedenen Gegenden des Landes zu vermehren, *) und zwischen Unterthanen und Lan-

*) Die neu angenommenen Bürger wären z. B. nicht alle sogleich in die Hauptstadt gezogen, die meisten hätten ihren bisherigen Wohnsitz, wenigstens noch eine geraume Zeitlang beybehalten, die untern Magistratsstellen in Städten u. s. w. bekleiden können, und würden dergestalt durch doppelte Pflicht zur Treue gegen den Landesherrn interessirt worden seyn. So wohnten ehemals, wo die Bürgerchaften der regierenden Städte zahlreicher waren, viele ihrer angesehenen Mitglieder in allen Gegenden des Landes, auf Herrschaften oder Landgütern. Dadurch wurden freundschaftliche Verhältnisse aller Art begünstiget, mancher Mißdeutung vorgebeugt, und die Regierung selbst von der Stimmung und den Wünschen aller Theile des Volks unterrichtet. Dieß hatte sich in neueren Zeiten geändert, wo die meisten solcher Bürger ihre Güter verkauften, in die Stadt zogen, oder der Geschäfte wegen beständig in der Stadt wohnen mußten.

desherren, durch nahe persönliche Verhältnisse, ein festeres Band der Freundschaft zu knüpfen.

Allein neben der periodischen Ergänzung oder Erfrischung aus dem Schoos der Unterthanen, haben die Glieder einer souverainen Gesellschaft, um die zur Regierung unentbehrliche Consideration zu behaupten, noch weit mehr als ein fürstliches Haus nöthig, ausser dem Verfassungsmässigen Recht, sich durch überlegene Fähigkeiten, durch einen unabhängigen, liberale Gesinnungen befördernden Wohlstand, und durch eine gewisse Ehrfurcht gebietende Würde und Rechtlichkeit in ihrem ganzen äusseren Betragen auszuzeichnen; sie können nur durch diese Eigenschaften dasjenige ersetzen, was ihnen an Glanz, und andern Illusions- oder Kraftmitteln abgeht. Daher hatten die Männer, welche der gehofften Herstellung und Befestigung des Vaterlandes ihr fruchtbares Nachdenken widmeten, zum voraus alle die mannichfaltigen einfachen Mittel überdacht, um künftighin durch den natürlichen Lauf der Dinge mehr Fähigkeit und Arbeitsamkeit in die regierenden Räthe zu bringen, erniedrigende Armuth zu verhindern, und eine wohlanständige, edle Handlungsweise nicht nur zur Staatsmaxime zu machen, sondern gleichsam nothwendig in die Sitten und Gewohnheiten der regierenden Classe hineinzupflanzen. Zwar konnte man

in der ersteren Rücksicht nicht jedermann zu Studien zwingen, oder erwachsene Menschen gleichsam unter einer schulmässigen Disciplin halten; aber die Dinge selbst sollten so eingerichtet werden, daß das ganze Leben eines regimentsfähigen und sich dem Staate widmenden Bürgers, eine fortlaufende natürliche Schule zu seiner künftigen Bestimmung sey; daß jeder Schritt, jeder Zeitpunkt ihm unvermerkt Gelegenheit darbiete, das Herz gesellschaftlich zu stimmen, den Verstand zu öffnen, vaterländische Kenntnisse zu erwerben, die Urtheilskraft zu üben, und nicht sowohl neu, als hell und richtig denkende Staatsmänner zu bilden. Die jungen Bürger der Hauptstadt sollten daher das vorzüglich zu diesem Zweck (in Bern) angelegte, oder noch besser einzurichtende politische Institut durchlaufen haben, sie sollten in den Jünglings- und bey herannahenden Männerjahren, wo der Geist zu allem Guten gestimmt ist, die Kräfte in voller Thätigkeit sind, und wo es oft nur an Gelegenheit zu zweckmässigen Beschäftigungen mangelt, sich pflichtmässig in die engern Kreise des gemeinen Wesens aufnehmen lassen, alldort die bürgerlichen Pflichten erfüllen, sich zu Vormundschaften, in Waysencommissionen und Armendirectionen gebrauchen lassen, und dergestalt sich frühe in Verwaltung fremder Angelegenheiten und in Leitung der öffentlichen Geschäfte üben. Sie sollten ferner nebst dem gesetzmässigen Alter, je nach den Umständen eines jeden, wenigstens einige

Jahre hindurch, entweder in dergleichen Gesellschaften, oder in Canzleyen, oder in Kammern und Collegien, oder im Militär, es sey inn- oder aufser Landes *) gedient haben,

*) Das Militär-Wesen, nebst allen dahin einschlagenden Kenntnissen, gehört erstlich schon in die wesentlichsten Zweige und Bedürfnisse eines jeden Staats, und ist also schon in dieser Rücksicht als eine zweckmäßige Schule für den künftigen, an der Souverainität Theil nehmenden Staatsmann zu betrachten. Zudem gewöhnt dieser Beruf durch seine Dienstdisciplin, mehr als jeder andere, an strenge Pflicht-Erfüllung und schuldige Subordination, die man auch im Staate theils selbst beobachten, theils durch eigenes Beyspiel bey andern bewirken soll. Er giebt ferner denen, die ihn mit Neigung treiben, oft eine Art von natürlicher Ueberlegenheit, eine gewisse Gewohnheit in der schweren Kunst zu befehlen, eine habituelle Entschlossenheit und Fertigkeit in Leitung der vorkommenden Geschäfte, die eine der seltensten und unentbehrlichsten Eigenschaften des höhern Staatsmanns ausmacht. So wie daher die Geschichte lehrt, daß die größten Feldherren gewöhnlich auch die größten Fürsten geworden, so hatte auch im Kleinen die Erfahrung bey uns bewiesen, daß die im Ausland gedienten Offiziers, wenn nemlich ein natürlich fähiger Kopf und einiger Fleiß sich damit vereinigte, nachmals oft die vortrefflichsten Magistraten lieferten, die dem Staat am meisten Würde und Ansehen verschafften. Sie hatten gewöhnlich einen so festen Gerechtigkeits-Sinn, eine Geradheit des Blicks und der Handlungsweise, und eine mit Bescheidenheit verbundene Schätzung für fremde, ihnen nicht geläufige Kenntnisse und Fähigkeiten, die, wie es scheint,

und sonst nicht auf die Candidaten - Liste für den souverainen Rath gelangen können u. s. w. Es ist nicht zu zweifeln, daß die vereinigte Wirkung von dergleichen einfachen Anordnungen, denen man noch andere ähnliche beyfügen konnte, einerseits die Wahl ohne Zwang auf Verdienst und Würdigkeit eingeschränkt, und die Zurückbleibenden selbst, durch das Gefühl dieser natürlichen Billigkeit getröstet, andererseits die Nacheiferung angespornt, und manches Genie entwickelt, oder in Zeiten, wo die Gewohnheiten noch nicht eingewurzelt sind, auf Staatsgeschäfte geleitet hätte, was sonst entweder unbenutzt blieb, oder eine andere Richtung bekam. Eben so nothwendig war es aber, besonders seitdem die Revolution fast alle Fundamente der ökonomischen Existenz zertrümmert hatte, und die Benefizien des Staats weder so zahlreich noch so ergiebig als vorher seyn konnten, den Wohlstand der souverainen Classe durch moralische Mittel wieder zu gründen, und selbst die Möglichkeit jener drückenden Armuth zu verhüten, welche den Charakter erniedriget, den Adel der Gefinnungen tödet, und so leicht, entweder zu furchtsamer Vernachlässigung oder zu Verletzung der Pflicht misleitet. *).

unter andern Umständen nicht so leicht emporkeimen.

*) Man hält gewöhnlich dafür, daß ein gewisser Grad von Eigenthum oder von Eigenthum vertretenden anständigen Auskommen nur deswe-

Denn wie soll derjenige mit Ansehen regieren können, der ärmer als seine Untergebenen ist, der in tausend kleinlichen Rücksichten selbst von andern persönlich abhängt, und durch eigenes Bedürfniss so leicht zu eigennützigem Gebrauch oder zu sträflichem Mißbrauch der Gewalt verführt werden kann? Zwar konnte man hier wieder nicht erwerbenden Kunst- und Handelsfleiss befehlen; derselbe lag weder in unsern Gewohnheiten, noch in den natürlichen Verhältnissen, und man wollte ihn bey dieser herrschenden Classe aus politischen Gründen nicht einmal begünstigen; er raubt dem Staatsmann die Zeit, die derselbe auf die Beforgung der öffentlichen Geschäfte verwenden und ihnen ausschliesslich widmen soll; er lenkt die Aufmerksamkeit und die Neigung des Herzens zu sehr von den gemeinsamen auf die eigenen Privat-Angelegenheiten ab, leitet

gen den regierenden Personen nöthig sey, um sie desto mehr an das Vaterland zu knüpfen, und zur Gerechtigkeit zu interessiren; aber man bedenkt nicht, dass es zugleich eines der allerwesentlichsten Erfordernisse ausmacht, um die zur Regierung unentbehrliche Consideration zu erhalten. Es ist der menschlichen Natur zuwider, sich durch einen dürftigen Menschen regieren zu lassen, und daher hat man auch überall gesehen, dass selbst die kleinsten, uncultivirtesten Völkerschaften, gleichsam aus einem natürlichen Gefühl der Convenienz, immerhin die reichsten unter ihnen zu Vorstehern gewählt haben und noch wählen.

den Geist dahin, die Dinge gewöhnlich nur unter dem Gesichtspunkt des pecuniarischen Gewinns zu betrachten, und ist daher der Begünstigung einer liberalen Denkungsart und eines erweiterten Gesichtskreises, wo nicht immer nachtheilig, doch sicherlich nicht vortheilhaft. Aber der ganze Geist der Gesetze sollte dahin zielen, in jener ökonomischen Rücksicht eine rechtmässige Ehrliche zu pflanzen, die selbstverschuldete Armuth mit Schande und Erniedrigung zu bedecken, die tugendhafte Herauschwungung aus derselben aber mit Ehre und Auszeichnung zu belohnen, und den Ehrgeiz selbst zu einer anständigen Ökonomie zu interessiren, wodurch von oben herab das Beyspiel gegeben würde, sein Vermögen zu Rath zu halten, das väterliche Erbgut nicht zu verschleudern, sondern vermehrt seinen Kindern zu überliefern, und die besitzenden Güter an Werth und Abtrag zu verbessern. Kein Sohn sollte daher in den regierenden Rath aufgenommen werden können, er habe denn den ihm beziehenden Theil von seines Vaters Schulden bezahlt oder zu bezahlen übernommen, *) und kein Bürger, der

*) Dieses Gesetz, so streng es scheint, ist im Grund doch vollkommen gerecht, oder wenigstens billig. Rein rechtlich soll man so gut die Verpflichtungen als die Anforderungen erben, selbst wenn keine der letzteren existirten; und wer trägt billiger die Schuld oder die natürlichen Folgen der Schulden eines Vaters, seine Kinder, die

von dem gesellschaftlichen Armengut erzogen oder unterstützt worden, zu irgend einer bürgerlichen Ehrenstelle gelangen können, er habe dann jene Vorschüsse dem Armengut er-

zum Theil davon genossen haben und gleichsam eine Fortsetzung seiner Existenz ausmachen, oder die Kinder anderer, die jenem Vater geliehen haben? Zudem, wie empörend ist es nicht, wenn man zumal in der nemlichen Stadt die Söhne in Concurs gerathener Ältern durch Umstände zu Ehre und Reichthum gelangen sieht, während die verlustigen Gläubiger darben müssen! Seine moralischen und gesellschaftlichen Vortheile aber sind nicht zu berechnen. Es wird die Väter zu mehrerer Sorgfalt und Ökonomie, die Verwandten zu mehrerer Aufsicht bewegen, und die Söhne verschwenderischer Ältern zu Fleiß und Arbeitsamkeit anspornen. Einem guten Subjekt, welches dadurch von Ehrenstellen ausgeschlossen werden könnte, würden Verwandte, Familien und Freunde (eben wegen der fortdauernden Verbindlichkeit) immer aufhelfen, und endlich macht eben diese, mit jeder Generation sich vermehrende Sicherheit den Credit einer Gesellschaft, in welcher dieses Gesetz existirt, unzerstörbar, es gründet das Zutrauen auf eine unerschütterliche Art, und giebt dadurch allen ökonomischen Verhältnissen eine solche Lebhaftigkeit, die nothwendig die glücklichsten Folgen hervorbringen muß. Dieses Gesetz herrschte ehemals in Genf, und ihm allein hatte man es zuzuschreiben, daß mehrere Jahrhunderte hindurch unter gewissen Classen an keinem Schuldner etwas verloren wurde, und Kinder und Kindeskinde oft 50 Jahre hernach längst vergessene Verpflichtungen ihrer Väter und Großväter abführten.

setzt, oder zu ersetzen sich verbindlich gemacht. Die ehemaligen Vehikel der häuslichen Sparsamkeit sollten wieder eingeführt, die freywilligen Assoziationen von ganzen Geschlechtern durch gemeinschaftliche Beyträge einen Familien-Fond beyseite zu legen, um den Wohlstand aller Mitglieder gegen unglückliche Zufälle zu sichern, oder die zahlreichen Kinder minder begüterter Ältern zu unterstützen, oder zu einem ihrem Stand gemässen Beruf zu erziehen, begünstiget, durch eben solche gesellschaftliche Kräften-Vereinigung Wittwen-Cassen für gewisse Fälle und Stände errichtet, und mehrere dergleichen asssekurirende Anstalten, nach Umständen, eingeführt werden. Mit diesen Grundsätzen und Einrichtungen bedurfte es dann nur noch einiger, in mehr oder minderem Grad, immerhin eintretenden glücklichen Umstände, Erbe, einträglicher Ehren-Ämter, kluger Benutzun seiner Güter u. s. w. um den Wohlstand emporzuheben, und mit der immer erwerbenden und daher sich immer bereichernden Classe der übrigen Staatsglieder einen gleichen Schritt zu halten. Ökonomie und edle Beschäftigungen sind endlich schon an sich die sichersten Schutzwehren jener anständigen, Achtung gebietenden Lebensweise, die besonders eine nothwendige Eigenschaft der Glieder einer souverainen Gesellschaft ausmacht. Aber sie sollten dazu, noch wie vorhin, und mehr als vorher, durch die Bande der Ehe geleitet und dieses heilige Verhältniß durch alle Ge-

setze geehrt, begünstigt und als nothwendige Bedingung aller höhern Ehrenstellen vorgeschrieben werden. Dann hatte ferner die Ungebundenheit von allen religiösen, sittlichen und conventionellen Banden, sich während der Revolution in einer so ekelhaften Nacktheit gezeigt, und alle, nur einiger Ueberlegung fähige Menschen solchergestalt aufgeschreckt, daß kein Zeitpunkt günstiger war, um nicht nur Achtung für wahre Religion und Zucht wieder in das Herz der höhern wie der niedern Classen zu pflanzen, sondern auch alle die mannichfaltigen gesellschaftlichen Disciplinen und Gewohnheiten des conventionellen Anstands wieder herzustellen, welche der Geist unseres Zeitalters zu unüberlegt als lästige Etiketten und Ceremonien abgeschafft, oder beyseite gesetzt hatte, deren Tendenz aber überall dahin geht, an die schuldige Ehrfurcht für Ältern, Verwandte und bürgerliche Obern, oder an die freundschaftlichen Bande der Sociabilität zu erinnern, und in dieser Rücksicht als mächtige Vehikel zur Erfüllung der wichtigsten Pflichten einen unverkennbaren Werth und Einfluß haben. *)

*) Ich rechne hiezu, nebst den äußern kirchlichen Pflichten, z. B. die häuslichen Feste an Geburts- Heiraths - Neujahrstagen u. s. w. die so viel zur Einigkeit unter den Familien beytragen; anständige Leichenbegängnisse, wobey die Menschen nicht, ohne diese Gelegenheit

Die Beförderung und gleichsam nationale Eingewöhnung dieser verschiedenen persönlichen Eigenschaften machte zwar das we-

zu Erweckung moralischer Gefinnungen zu benutzen, gleichsam wie die Thiere verscharret werden; das Leidtragen für Ältern, Verwandte, wie auch für bürgerliche Oberhäupter und die damit verbundene temporelle Entbehrung rauschender Freuden; die gesellschaftlichen Besuche bey glücklichen oder traurigen Ereignissen, Eheversprechungen, Heirathen, Beförderungen, Todesfällen u. s. w. unter nahen Bekannten; die sogenannten Etikettenbesuche, bey bürgerlichen Oberen, wenigstens in gewissen Epochen; die Einräumung eines billigen Ranges, Titel und andere äußere Ehrenzeichen; sittsame, auch conventionelle anständige Kleidung in Gesellschaften, bescheidene und gegen andere Achtung beweisende (höfliche) Sprache u. s. w. Nichts ist leichter, aber auch unedler und unweiser, als über alle diese Dinge abzusprechen, sie lächerlich zu machen, sie wegen der Mißbräuche, deren sie, wie alle menschliche Einrichtungen fähig sind, zu tadeln, oder unter den unredlichen Vorwänden von Zeitverlust oder Ökonomie zu verwerfen. Weit philosophischer wäre es, mit einer tiefern anthropologischen Einsicht ihre moralische Tendenz und ihren wohlthätigen Einfluß zu beobachten und mit Weisheit zu benutzen. Sie erinnern wenigstens immer an die allgemeine Verbindlichkeit der moralischen Gesetze, verhüten dadurch das Ärgerniß, und machen durch diese äußere Sanction ihre Befolgung bey manchen auch dem Geiste nach habituell. Ich zweifle wenigstens sehr, daß der Versuch gelingen würde, ohne alle dergleichen Vehikel eine Nation, oder

fentlichste und sicherste Mittel zur Aufrechterhaltung und Emporhebung des Staates aus. Sie war auch in der That weit wichtiger, als alle die technischen Verbesserungen, die man etwa in seiner innern Organisation anbringen könnte. Da aber in anderer Rücksicht die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit dieser letzteren dennoch nicht mißkennt werden kann: so sollten dergleichen bey Anlaß jener Wieder-Einrichtung des Staats auch mehrere getroffen werden, und vorzüglich zur Absicht haben, die in Republiken oft so sehr verschwendete Zeit zu ersparen, und in allen Theilen einen regelmässigeren Gang der Geschäfte zu befördern. So wollte man z. B. in der Wahl- oder Ergänzungs-Art sowohl des grossen (souverainen) als des kleinen (Regierungs) Rathes solche Modifikationen anbringen, wodurch mehrere ehemalige Inconvenienzen nothwendig wären ausgewichen worden. In der Absicht, mehr Einheit und Consequenz in die Regierungsgeschäfte bringen zu können, sollte dem Oberhaupt des

auch nur eine kleine Gesellschaft, in friedlicher Einigkeit zusammen zu halten, und sie zur fort-dauernden Moralität und Zucht zu erziehen. Sollte es aber auch möglich seyn, so möchte ich doch nicht in einer Gesellschaft wohnen, wo alle diese Uebungen abgeschafft wären. Sie würde, wenigstens für mich, alles Rührende und das Herz menschlich Anziehende verloren haben.

Staats (d. i. dem Präsidenten des souverainen Rathes) auf die Zeit und die Ordnung der zu behandelnden Gegenstände ein grösserer Einfluß eingeräumt, oder vielmehr der in ältern Zeiten genossene wieder zugestanden werden. Die respektiven Befugnisse des gemeinsamen grossen und kleinen, und des täglichen Rathes insbesondere, wären nach den jetzigen Bedürfnissen und nach der Natur der Sache besser bestimmt worden, damit dadurch Zeitverderbende Streitigkeiten ausgewichen, dem ersteren mehr Musse für die wichtigern Geschäfte vorbehalten, und das gegenseitige Zutrauen befestiget werde. Ja, es lagen sogar schon in der alten Verfassung die natürlichen Friedensbeförderlichen Mittel, um alle constitutionellen Streitigkeiten gesetzmässig beyzulegen. Die innere Disciplin der beyden Versammlungen d. h. die gesetzlichen Formen für die Initiative, die Untersuchung, Behandlung und Entscheidung der zu berathschlagenden Gegenstände, in welcher Rücksicht schon manche vortreffliche Anordnungen existirten, hätte noch einige mehrere Vervollkommnung erhalten; die nach und nach mit den erweiterten Bedürfnissen entstandenen zahlreichen Kammern und Collegien, sollten jetzt etwas planmässiger classificirt, besser subordinirt, zum Theil sowohl was die (meist zu grosse) Anzahl, als was die Qualität ihrer Mitglieder betrifft, anders componirt, in Absicht auf ihre Competenz und Funktionen bestimmter instruirt (was mehr

zu Beförderung des Gebrauchs, als zu Behinderung des Mißbrauchs der Gewalt nöthig war) und endlich auch zu einem jährlichen belehrenden Generalrapport über ihr Departement angewiesen werden, damit die Aufmerksamkeit sowohl dieser Collegien, als des Souverains selbst, regelmässig zu bestimmten Epochen auf einschleichende Mängel und nöthige Verbesserungen gerichtet, zugleich aber dieselben nur bey einer natürlichen Veranlassung, und im Augenblick der vollständigsten Sachkenntniss vorgenommen werden. *) In Ab-

*) Diese, in allen Staaten anwendbare Idee müßte nothwendig eines der fruchtbarsten Mittel zu Beförderung aller wohl überdachten Verbesserungen werden. Die wahre Weisheit in der Staatsverwaltung besteht nicht sowohl darin, beständig an Neuerungen und Reformen zu denken, wobey oft das Alte und Bessere zu Grunde geht; sondern vielmehr die Sachen so einzurichten, daß durch regelmässig angestellte Erfahrungen und Beobachtungen dergleichen wahre Verbesserungen, bey eintretenden Bedürfnissen, nach und nach gleichsam von selbst hervorkommen. So sollte z. B. eine Ökonomie - Commission, bey Vorlegung der jährlichen Generalbilanz, zugleich einen praktischen Rapport beyfügen, wie die Schulden zu bezahlen, oder die Capitalien zu sichern und ihr Abtrag zu verbessern, die Einnahmen zu vermehren, die Ausgaben zu vermindern, das Rechnungswesen zu vervollkommen u. s. w. Gerade, wie ein ordentlicher Hausvater am Ende des Jahrs, nach bestellter Rechnung, seine Verbesserungsplane für das künftige Jahr entwirft. Eben so konnten auch

sicht aller übrigen besondern Stellen und unteren Bedienungen, sollte ebenfalls eine solche Revision vorgenommen, ihre Anzahl auf die nothwendigsten Bedürfnisse eingeschränkt, und überall Einfachheit und Ökonomie zu bewirken gesucht werden. Die Oberämter endlich, wären wahrscheinlich nach einer andern Methode, und nach gewissen Bedingungen besetzt, ihr Einkommen nach und nach, in Verhältniß der Gröfse, des Umfangs und der Menge der Beschäftigungen, gleichmäfsiger eingerichtet, und die Amtleute selbst, wie es vormals im Bernerischen Pays de Vaud existirte, mit einem von ihnen selbst erwählten Oberamt (Amtsrath) umgeben worden, welches zu Beförderung einer constanten regelmäfsigen Praxis in Justiz - Finanz - und Polizeysachen unendlich viel hätte beytragen können; die ohnedem schon sehr wohl verfaßte Instruction der Oberamtleute sollte noch vervollständiget, auch vorzüglich auf die gute Einrichtung und die Dienstpflicht ihrer Canzleyen Bedacht genommen, und endlich jeder Oberamtman, gleich wie die höchsten Colle-

hey Anlaß eines jährlichen Rapports über die Menge, die Natur und die Entscheidung aller beurtheilten Civil - und Criminal-Prozesse, die am meisten vorkommenden Fälle, nebst ihren Ursachen beobachtet, und daraus die fruchtbarsten Belehrungen über die Abstellung von Mißbräuchen oder die nöthige Vervollkommnung der Gesetze abgezogen werden u. s. w.

gien, am Ende seiner Präfektur zu einem methodischen belehrenden Generalrapport über den Zustand, die Bedürfnisse und Verhältnisse seines Amtes angewiesen werden,

Der andere Theil der in diesen Cantonen möglichen definitiven Verbesserungen, bestand in den verfassungsmässigen Verhältnissen der souverainen Stadt, zu den verschiedenen Theilen des Landes, oder, da diese unangetastet bleiben sollten, in einigen Formen ihrer Regierungsart, und in den das Land betreffenden Gesetzen. So wie nun die Hauptstadt einerseits wegen dem Recht ihrer eigenen Independenz die Souverainität ausschliesslich behalten sollte, und auch die Regierung ihres eigenen gemeinen Wesens mit niemand theilen konnte: so folgte hingegen anderseits aus den Grundsätzen einer billigen Gleichheit, und selbst aus der Convenienz des Staats, daß die Unterthanen, so wie die Bürger, zu allen denjenigen Stellen sollten gelangen können, welche nicht wesentlich zu der inneren Magistratur der Hauptstadt, oder zur unmittelbaren Ausübung der Souverainität gehören. Ihnen sollten daher, eben so wie den Bürgern der souverainen Hauptstadt, alle Stellen und Ämter der Kirche, des Militärwesens, in so weit es existirte oder errichtet würde, eine Menge einträglicher Bedienungen in den oberamtlichen Canzleyen, in der Verwaltung der Regalien und anderer Zweige des öffentlichen Vermögens geöffnet seyn, der mannichfaltigen

Provinzial- und Communalbedienungen nicht zu gedenken, welche sie aus gleichem Grunde, wie jene die ihrigen, sogar ausschliesslich befassten, und natürlicher Weise auch fernerhin besitzen sollten. *) Man dachte

*) Diese vernünftige Gleichheit existirte im Grunde schon vormals, sie sollte nur jetzt zur Beruhigung, oder vielmehr zur Belehrung über die wahren Verhältnisse, deutlich erklärt, und in denjenigen Cantonen wo sie nicht, oder nicht so vollständig existirte, zur Maxime angenommen werden. Im Canton Bern konnten die Unterthanen, wenige, immer auf einem speciellen Grund beruhende, Ausnahmen abgerechnet, zu allen obigen Stellen gelangen; und im Pays de Vaud (der Waadt) war ausser den Landvögten (Oberamtleuten) welche theils Herrschaftsverwalter, theils die einzige von dem Souverain zum Behuf der Regierung gesetzte Person vorstellten, auch kaum eine einzige Bedienung, die nicht ausschliesslich von einem eingebornen Waadtländer besetzt gewesen wäre. Dennoch waren viele nicht zufrieden, darum weil sie nicht Souverains werden konnten, und verlangten noch die einzige Gleichheit, welche im Grunde nicht gerecht, und nach der Natur der Dinge nicht möglich war: die Landes Bürger konnten z. B. nicht Rathsherren der Stadt Bern werden, aus dem nemlichen Grunde, warum die Bürger von Bern nicht zu den oft einträglicheren Rathsstellen der Provinzialstädte gelangen konnten, weil sie nemlich in denselben nicht verbürgert waren. Dafs aber jene Stadt zugleich die Souverainität befaß, dafs ihr Magistrat in gewissen höhern Rücksichten zugleich die Landesregierung ausmachte, das war eine bloße zu-

darán, die Civil-Prozessform zu verkürzen, welches durch sehr einfache Einrichtungen, z. B. dadurch, daß nicht jede

fällige Accidenz; und warum hätte sie bey irgend einer Acquisition oder einem geschlossenen Vertrag, ihre eigenen ursprünglichen inneren Rechte aufgeben sollen! Die Unterthanen konnten ferner nicht Landvögte (Amtleute der Stadt Bern) werden, darum, weil diese Landvogteyen meist nichts anders als Domainen oder Herrschaften jener Stadt waren; mehrere Provinzialstädte z. B. Lausanne, hatten eben solche Güter und Herrschaften, setzten Vögte, mit zum Theil grossen Einkünften dahin, es kam ihnen aber kein Gedanke daran, und wurde ihnen auch von niemanden zugemuthet, dieselben durch jemand anders, als durch ihre eigenen Bürger verwalten zu lassen. Nur die souveraine Hauptstadt sollte nach der Meynung der revolutionären Tadel, das einzige Publikum in Lande seyn, welches nicht befugt wäre, in erlaubten Dingen auch für seine eigenen Bürger zu sorgen, oder in Fällen, wo keine höhere Pflicht entgegenstand, sondern vielmehr alle übrigen Convenienz- und Staatsgründe sich damit vereinigten, denselben einigen Vorzug zu geben. Indessen hatten doch jene Hauptstädte, wenn man die Sache genau betrachten will, ihr Recht noch am wenigsten strenge ausgeübt, und die meisten Beyspiele eines liberalen Geistes gegeben. Die Stadt Bern z. B. nahm zuerst neue Mitglieder in ihr, mit so vielen Vorzügen begabtes Bürgerrecht auf, während die Provinzialstädte das ihrige so eifersüchtig verschlossen hielten, oder nur äusserst selten aus Finanzspekulation öffneten. Ihre Schulen, Akademien und Kirchen, waren wenigstens zur Hälfte mit Lehrern, Professoren und Pfarrern

unbedeutende Inzidentalfrage in einen besondern, schriftlich verführten Prozeß ausarten dürfe, leicht bewerkstelliget werden konnte, gleichwohl aber seit der Revolution, alles Prunkes und aller glänzenden Versprechungen

aus den Landstädten besetzt (obgleich es Bürger genug gab) da hingegen diese Landstädte, welche selbst dergleichen Anstalten oder Patronat-Rechte befassen, es für einen Stadtverrath würden gehalten haben, etwa einen Seelforger oder einen Arzt außer ihren Mauern zu nehmen, und sich zur Rebellion berechtigt geglaubt hätten, wenn je ein Berner nach Gegenrecht eine solche Stelle von ihnen hätte verlangen wollen. Die Stadt Bern ließ einen großen Theil ihrer Einkünfte durch Äußere (dies war der constitutionelle Ausdruck) verwalten, und das Geheimniß ihres Vermögens kundbar werden, indess die Landstädte keine fremde Seele zu ihren Finanzen zu ließen, und solche selbst vor ihrer Obrigkeit verborgen hielten. Wenn man also bisweilen mit Verwunderung sagen hörte, daß schweizerische Unterthanen im Auslande zu hohen Ehrenstellen gestiegen seyn, in ihrem Vaterlande aber zu nichts Bedeutendem gelangen können, so kam solches daher, weil dergleichen hohe Ehrenstellen in der Schweiz gar nicht existirten, und wir z. B. keine stehenden Armeen, keine Minister und keinen Hofstaat hatten. Ich habe aber noch von keinem Schweizer gehört, der im Auslande ein Fürst oder ein Souverain geworden, oder mit gleichen Rechten wie der Souverain selbst, in seinem Rath gesessen sey, und dies war doch das einzige, wozu sie verfassungsmäßig nicht gelangen konnten.

ungeachtet, nie geschehen ist. *) Die Criminal-Prozessform, die übrigens gar nicht so schlecht, als man gesagt oder geschrieben

*) Die Civil-Prozessform war in mehreren, zumal städtischen Cantonen der Schweiz, musterhaft, kurz, einfach und wohlfeil, oder auch ganz unentgeltlich eingerichtet; und wenn sie in andern, wie z. B. im Canton Bern, wo ein gedrucktes, in neuern Zeiten verfalstes Civil-Gesetzbuch existirte, weitläuftiger und daher kostbarer geworden, so kam solches nicht sowohl von der gesetzlichen Prozessform, die bey dem durchgängigen Geist niemand an den Mitteln zu völliger Erläuterung seines Rechts zu verdrängen, gleichwohl im Grund sehr einfach und kurz abgefaßt war, sondern vorzüglich von den Chikanen der Advokaten, und den ohne Wissenschaft und moralische Bildung sich mit der Advokatur beschäftigenden sogenannten Landagenten her, welche über die unbedeutendsten Kleinigkeiten ganze Bücher Papier voll schrieben, und zu Verlängerung des ihnen einträglichen Prozesses absichtlich eine Menge von Inzidenten aufwarfen. Dieser ärgerliche Mißbrauch ward zwar oft bestraft, konnte aber, ohne die Classe der Advokaten ganz aufzuheben (was wiederum seine großen Inconvenienzen hatte) nie gänzlich gehoben werden. Gleichwohl waren es größtentheils eben diese Leute, welche nachher, um ihre Revolution zu beschönigen, der Regierung am heftigsten einen Fehler vorwarfen, wofür diese nichts konnte, und woran im Gegentheil jene Deklamatoren allein Schuld waren, oder wovon sie allein den Nutzen zogen. Indessen haben dieselben, seitdem sie die höchste Gewalt erlangt, auch in dieser Rücksicht nichts besseres hervorgebracht, zumal

hatte, wenigstens eben so gut als in andern Ländern war, deren wirkliche Mängel die Regierung allein eingesehen, und worüber sich im Lande gar niemand (es sey denn über allzugrofse Gelindigkeit) beklagt hatte, sollte gleichwohl vervollkommnet, und dazu diejenigen sorgfältigen Vorschläge zu Rathe gezogen werden, welche schon unter der ehemaligen Regierung ausgearbeitet waren, und deren Ausführung nur durch die von aufsen eingebrochene Revolution verhindert worden war. *) Nebst der eigentlichen Prozeßordnung oder methodischen Verfahrungsart, war hierbey auch vorzüglich auf die schon oben berührte Institution der oberamtlichen Gerichte oder Amtsräthe gerechnet, deren Mitglieder als Zeugen, oder Gehülphen bey Generalinformationen, bey gerichtlichen Augenscheinen und Spezialverhören, und als Mitrichter bey einem erst-

selbst in den Verhandlungen des jetzigen gesetzgebenden Rathes fast täglich eingestanden wird, dafs die Prozesse seit der Revolution, ohne alle Vergleichung häufiger und kostspieliger als vorher geworden seyen.

*) Man sehe z. B. das Gutachten über die Verbesserung der Bernerischen Criminal-Prozeßform. Bern. 1797. 255 S. 8. welches auch in auswärtigen gelehrten Blättern, zumal in den Götting. gel. Anzeigen 1798. p. 2020. und in der Jenaischen Allg. Literaturzeitung 1798. No 85. p. 673. mit Beyfall recensirt worden ist.

instanzlichen Urtheil mit Nutzen gebraucht werden konnten. Man hätte ferner zur Maxime angenommen, die oft in einem und ebendemselben Amt, nach alten Verhältnissen sich sehr durchkreuzenden verschiedenen oberkeitlichen Gerichtsbarkeiten zu vereinfachen oder zusammenzuziehen; und die Patrimonial - Gerichtsherren nach und nach bey Gelegenheit aufzufordern, die ihrigen an den Landesherrn abzutreten, welches die meisten freywillig mit Vergnügen gethan hätten, und wodurch eine Menge kleiner Mißbräuche und Inconvenienzen wären verhindert, und eine allmähliche Assimilation möglich gemacht worden. Handel und Industrie sollten durch Freyheit des Verkehrs wenigstens im Innern begünstiget, und was etwa in älteren dergleichen Polizey Verordnungen, Ein- und Ausfuhr - Verboten, lästiges oder auf die jetzigen Verhältnisse unpassendes seyn konnte, revidirt und aufgehoben werden. So weit das zerrüttete Nationalvermögen es noch gestattet hätte, so sollte einer der bedeutendsten Quellen der Armuth durch Brand und Viehaffecuranz, oder auch durch sichere Leih - und Ersparnissanstalten vorgebogen, und die zwar nach Billigkeit und Vernunft einer jeden Gemeinde oder Stadt überlassene Armenverpflegung, durch Belehrung und Beyspiel dahin geleitet werden, die Ursachen der Armuth selbst, so viel möglich, zu zerstören und nicht bloß die Armen zu unterstützen, sondern ihnen aus der Armuth selbst

herauszuhelfen. Auf der andern Seite wollte sich aber die Regierung bey dieser Gelegenheit, auch die zwar schon ehemals besessenen landesherrlichen Befugnisse deutlich vorbehalten, welche zur Zusammenhaltung und zum Frieden des Landes unentbehrlich sind, die aber in Zeiten von Mißstimmung so leicht bestritten werden, und zu verdrüsslichen Collisionen Anlaß geben können. Dahin gehörte z. B. das Recht, alle diejenigen Veränderungen zu prüfen und zu sanctioniren oder zu verwerfen, welche in den vielleicht hic und da auch einer Revision benöthigten Provinzial-Statuten und Gesetzen vorgenommen werden möchten, damit sie nichts enthalten, was den eingegangenen Verpflichtungen, den landesherrlichen Befugnissen oder den Rechten anderer Staatsglieder zuwider laufe; *) das Recht, die Patrimonial- und Municipal-Gerichtsherren in ihren Urtheilen und Entscheidungen, zu Befolgung sowohl der landesherrlich vorgeschriebenen Prozessform, als der allgemeinen Ge-

*) Unter den, in dieser Rücksicht im Wurf gewesenen Verbesserungen, befand sich auch die den *Coutumier du Pays de Vaud*, d. h. das Waadtländische Civil- zum Theil auch Criminalgesetzbuch, welches meist nur aus altem Gewohnheitsrecht zusammengetragen war, durch eine Commission von eingebornen Waadtländischen Rechtsgelehrten und Geschäftsmännern revidiren, und den jetzigen Begriffen und Bedürfnissen besser anpassen zu lassen.

setze anzuhalten, und in dieser Rücksicht über sie eine Obergerichtspräsidenten auszuüben; ferner das Recht, bey Criminalurtheilen unterer Gerichtsherren, sich die Prozeduren einsenden zu lassen, und allenfalls Begnadigung ertheilen, d. h. die Todesstrafe in eine mildere verwandeln zu können; endlich, soviel man auch dagegen schreyen mag, das unentbehrliche, und in der Natur der Sache liegende Recht, alle Staatsverbrechen nach der verfassungsmässig bestimmten Art und Weise ausschließlich untersuchen und beurtheilen zu lassen, oder auch die Instruktion der disörtigen Prozeduren nach Umständen (wenn nemlich gegen die untern Gerichte bedeutende Recusationsgründe eintreten) an sich zu ziehen u. s. w. Uebrigens aber sollte dergleichen Verbrechen vorzüglich in ihrer Quelle vorgebogen, demnach nicht durch willkührliche Gebote, oder durch abergläubische Cerimonien, sondern durch Lehre und Beyspiel Achtung für wahre Religiosität und bürgerliche Obern wieder gepflanzt, dem Geist der Ungebundenheit von moralischen und gesellschaftlichen Pflichten, so wie auch der bloß dogmatifirenden Schwärmerey, wenigstens bey der aufwachsenden Jugend, entgegen gearbeitet, und Rechtschaffenheit, Gewissenhaftigkeit, wohlanständige Zucht, und gründlich untersuchende, durch positive Kenntniss gewürzte Wissenschaft an ihren Platz gesetzt werden. Geheime Gesellschaften sollten wegen ihren theils erwiesenen schädlichen Ab-

sichten, theils immerhin mißbräuchlichen Eigenschaft verboten seyn; der oberste Schul- und Kirchenrath wäre angewiesen worden, über die moralische Tendenz der höhern und niedern Schulen, gelehrten Associationen, Lesegesellschaften, des Buchhandels, der Buchdruckereyen und Lesecabinette, der Zeitungen, Journale, Kupferstiche, Musik und Schauspiele, eine pflichtmäßige Aufsicht auszuüben, dieselben in allem Guten zu unterstützen und zu begünstigen, im Bösen und Schädlichen aber zu behindern; und alles, was der Religion, dem Staat und den guten Sitten zuwider wäre, was die Begriffe der höhern und niedern Classen über die Heiligkeit dieser Schutzwehren alles menschlichen Werths und Glücks verwirren oder verderben könnte, das sollte schlechterdings nicht geduldet werden. *) Die Zeiten waren wenigstens für uns

*) Die Begriffe der Pressfreyheit und aller damit verwandten Anstalten, sind zwar heut zu Tag schon viel berichtigt, und die besseren Köpfe scheinen es nunmehr, wenigstens der Theorie nach, wieder einzusehen, daß dieses mächtige Mittel, auf die Meynungen und Handlungen der Menschen zu wirken, eben deswegen nicht ganz unabhängig und gesetzlos seyn darf, sondern gleichsam mehr als andere in den Schranken der Zucht und Ordnung gehalten werden muß. Eine vorübergehende Privat-Injurie wird vor den Richter gezogen und bestraft, warum sollten öffentliche erlaubt seyn und ungestraft bleiben? Man würde es niemanden gestatten,

vorbey, wo man eine solche pflicht- und sittenlose Lizenz rechtmässige Pressfreyheit oder gar Aufklärung nannte, und ihre Gestattung

auf öffentlichen Strassen und Bühnen Raub, Mord und Aufruhr, oder Maximen die nothwendig dahin führen, zu predigen, warum sollte es in Schriften geschehen dürfen, wo der gefährliche Irrthum ungleich weiter verbreitet wird, tiefer eingreift und länger dauert! Zwar hört man sagen, diess heisse der Vernunft und Wahrheit Fesseln anlegen, denn es giebt eingebilderische Schriftsteller, gleichsam Hohenpriester der sogenannten Aufklärung, die jede ihrer Behauptungen als reine Vernunft und göttliche Wahrheit ausgeben, gleich als ob sie untrüglich wären, und alle übrige gar keinen Verstand hätten. Wer bürgt uns aber dafür, daß sie nicht eben so gut Unvernunft und Irrthum enthalten, es kann wenigstens eben so oft geschehen, und selbst die Laien in der Wissenschaft müssen auf diesen Gedanken fallen, wenn sie bemerken, daß jene Herren selbst unter sich über manche Sätze ihrer reinen Vernunft nicht übereingekommen sind, und heute dieses, morgen jenes für apodiktische Wahrheit ausgegeben wird. Sind aber dabey dergleichen öffentlich in die Welt hinausgeschriebene Lehren und Behauptungen nicht von einer unschuldigen, sondern von einer solchen Art, daß sie auf Religiosität, Moralität und bürgerliche Ordnung einen entscheidenden Einfluß haben, daß sie Unrecht zu Recht und Recht zu Unrecht machen, so muß es immerhin einem öffentlichen wirklichen Urtheil überlassen werden, zu entscheiden, was für Wahrheit oder Irrthum, Recht oder Unrecht gehalten werden solle. Weiter ist es wenigstens in der wirk-

den Regierungen gleichsam zur obersten Pflicht machen durfte; Volk und Obrigkeit hatten nunmehr einen gleichmäßigen Abscheu vor

lichen Welt nicht zu bringen möglich, und die höchste Vollkommenheit, die hierin erreicht werden kann, besteht darin, daß ein solches Urtheil nur den einsichtsvollsten und rechtschaffensten Staatsmännern anvertraut werde. Es mag seyn, daß hierdurch hie und da jemand Unrecht geschehen, oder eine nützliche Idee verdrängt werden kann; allein das ist alsdann bloß ein einzelnes fehlerhaftes Urtheil; und so wenig man deswegen alle Verbrechen ungestraft läßt, weil es möglich oder auch geschehen ist, daß durch menschliche Gerichte ein Unschuldiger verurtheilt werde, so wenig kann man allen falschen, verderblichen Lehren und Maximen Thür und Thore öffnen, weil unter menschlicher Unvollkommenheit auch etwa ein nützlicher Gedanke dabey leiden kann. Man hat zwar gegen einige der daherigen öffentlichen Uebungen den listigen und scheinbaren Einwurf gemacht, daß ein verbotenes Buch die Neugierde mehr reitze, und daß es daher mehr gelesen werde, als wenn man ihm einen ungestörten Lauf gelassen hätte. Allein, erstlich ist das nicht immer richtig, die größere Menge von Menschen erhält doch in solchen Fällen die gefährliche Schrift nicht; und dann berufe ich mich auf das Gefühl eines jeden, ob es nicht einen großen Unterschied ausmache, wenn ein solches Buch mit dem Siegel der Verwerfung gestempelt, und Schrift und Verfasser durch öffentliches Urtheil entehrt werden, als wenn durch stillschweigende Sanction, ihr Inhalt gleichsam als Wahrheit anerkannt wird. Im ersteren Fall wird, wenigstens von allen Redlichen, das Buch mit

ihr, und die Erfahrung hätte vielleicht bald zu unserem Vorthail gezeigt, welche Nation sich mehr an Geist und Kraft, an Ruhe,

einer solchen Stimmung in die Hand genommen, welche die Aufmerksamkeit auf die darin enthaltenen Irrthümer lenkt, derselben Entdeckung befördert, und daher oft mehr Abscheu als Beyfall bewirkt. Ein jedes andere, oft fein eingekleidete Verbrechen wird durch das öffentliche Urtheil ebenfalls bekannt; es ist aber noch niemand dadurch bewogen worden, solches nachzuahmen, oder für rechtmässig zu halten, und eben so ist auch bey einer verbrecherischen Schrift nicht sowohl die Bekanntwerdung, als vielmehr der Glaube an die Wahrheit oder Rechtmässigkeit ihres Inhalts gefährlich. Auch scheinen die Vertheidiger jenes unbeschränkten Freyheits - Systems, die Richtigkeit dieser letzteren obgleich älteren Grundsätze eigentlich wohl einzusehen. Denn man bemerkt in allen Ländern, wo sie zur höchsten Gewalt gestiegen sind, dass nirgends weniger Meynungen, die ihrem Staats - System oder überhaupt ihren Lehren widersprechen, geduldet, nirgends mehr Bücher verboten und confiscirt, und talentvolle Schriftsteller, die nicht in ihrem Sinn schreiben, sogar ohne vorheriges noch nachheriges Urtheil, willkührlich verfolgt werden. Man dürfte also fast auf die Vermuthung gerathen, sie hätten jene Grundsätze unbeschränkter Pressfreyheit nicht deswegen geäussert, weil sie solche für wahr hielten, sondern nur, weil sie ihnen zu damaliger Zeit für ihre Absichten nützlich waren. Ich will aber gleichwohl dieß nicht uneingeschränkt behaupten, man könnte vielen Unrecht thun; noch dem menschenfeindlichen Gedanken Platz geben, dass Gewalt überall und

Glück und Dauer auszeichne, diejenige, wo man auf Rechtschaffenheit und Tugend hält, auch selbst die öffentliche Verbreitung gefährlicher Irrthümer hindert, oder die, wo Irrthum und Lasterhaftigkeit gleichsam des Privilegiums der Impunität genießen, wo halbweise Sophisten die Keime oder die Triebfedern aller Tugenden ersticken, die moralischen Bande aller menschlichen Gesellschaften auflösen, und durch leere trockne Sätze, aller mühsam erworbenen, und mit reifer Urtheilskraft benutzten Sachkenntniß, entbehren zu können wähnen.

Nebst den selbstständigen Cantonen und zugewandten Orten, bestand aber die Schweiz drittens noch in den sogenannten Mediat-Ämtern, d. h. in denjenigen Herrschaften oder Landschaften, welche in ältern Zeiten von den verbündeten Eidgenossen durch gemeinsamlich geführte Kriege erobert, durch gemeinsamlich geschlossene Traktaten erhal-

immer das menschliche Herz verderbe, was wiederum nicht wahr ist; sondern vielmehr den lehrreicheren, und im Ganzen genommen richtigen Schluss ziehen, daß die Schule der Geschäfte, die zur Untersuchung der Beschaffenheit der Dinge nöthiget, und eine unaufhörliche Uebung der Urtheilskraft ausmacht, das beste Corrections-Mittel enthalte, um von spekulativen Irrthümern zurückzubringen, und zuletzt durch Nachdenken, selbst den Geist von ihrer Falschheit und Verderblichkeit zu überzeugen.

ten, und weil sie keinem besonderen Stand schicklich zugetheilt werden konnten, seither in ungetheilter Oberherrschaft besessen worden, und auf deren Wiedereinrichtung ebenfalls gedacht werden mußte. *) Ich will zwar die ehemalige Administration dieser Länder keineswegs rechtfertigen, ich weiß, daß dort zuweilen schändliche Bestechungen und individuelle Concussionen vorgiengen; aber die historische Wahrheit erfordert es, zu gleicher Zeit beyzufügen, daß ihr Grund keineswegs in der wesentlichen Verfassung, sondern in ganz andern Umständen lag, daß sie wenigstens selbst unter angeblich besseren Verfassungen nicht weggefallen sind, und daß im übrigen die bürgerliche und ökonomische Existenz

*) So gehörten bekanntlich das Thurgau, Sargans und die obern freyen Ämter den 8. alten Cantonen; Rheinthal den nemlichen nebst Appenzell; die Grafschaft Baden seit 1712 den Cantonen Zürich, Bern und Glarus; die drey Italienischen Vogteyen Bellenz, Bollenz und Riviera den Cantonen Ury, Schweiz und Unterwalden, und die 4 übrigen, Lugano, Locarno, Mendrisio und Val Maggia den 12 ersten Cantonen, mit Ausschluss von Appenzell. Dann gab es noch mehrere kleinere Herrschaften, die nur 2 Cantonen gehörten, wie Murten, Grandson, Echallens und Schwarzenburg (an Bern und Freyburg) Uznach und Gaster (an Schweiz und Glarus) von welchen letzteren hier nicht die Rede ist, zumal dabey nicht die nemlichen Inconvenienzen eintraten.

jener Länder, bey weitem nicht so ungünstig war, als man sich bey oberflächlicher Sachkenntniß vorgestellt hatte. Diese Landschaften, waren freylich Unterthanen mehrerer Cantone, aber ihr unterwürfiges Verhältniß war dabey so vortheilhaft, als es nur immer mit dem Begriff einer Oberherrschaft bestehen konnte. Sie hatten erstlich durchgehends ihre innere Landesverfassung, sogar repräsentative Versammlungen (Congressi) und waren mit grossen Freyheiten begabt, welche sie nur nicht zum Besten des Landes zu brauchen gewußt haben. *) Sie bezahlten an ihre Oberherren keinen Pfennig Auflagen, sie waren von der Miliz befreyt, und hatten dergestalt von der Schweiz, in Absicht auf Frieden und Neutralität, alle Vorthteile, ohne die Beschwerden mitzutragen; sie genossen in Absicht auf Industrie, Handel und alle gewöhnlichen Lebensverhältnisse, eines so hohen Grads von bürgerlicher Freyheit, wie selbst die freyen Bürger der selbstständigen Cantone sie oft nicht besaßen, und daraus gieng auch ein so allgemeiner Wohlstand hervor, den man im Thurgau, Rheinthal und in den Italienischen

*) Schätzbare Bemerkungen über die innere Verfassung dieser wenig bekannten Länder, findet man in Bonstettens neuen Schriften T. 3. besonders p. 231. 242 und 260. und da wird deutlich gezeigt, wie eben jene Versammlungen allem Guten die grössten Hindernisse in den Weg legten.

Vogteyen nur zu betrachten brauchte, um sich zu überzeugen, daß dieselben bey individuel-
len Mißbräuchen, im Ganzen gewiß nicht un-
terdrückt seyn konnten. *) Die alle zwey Jahr
abwechselnden Landvögte oder Oberamt-
leute, stellten bloß den Souverain vor, und
besorgten seine wenigen Rechte und Einkünfte;
sie schlichteten die ersten Appellationen in Ci-
vilstreitigkeiten, präsidirten bey dem Landge-
richt in Criminalfällen, und mit der übrigen
Landes-Polizey und Ökonomie hatten sie nur
wenig zu schaffen. Die Syndikate, d. h. die
alljährlich von allen regierenden Cantonen
in diese Ämter abgeschickten Gesandten, um
alldort gleichsam Assisen zu halten, die Rech-
nung des Amtmanns abzunehmen, die von
ihm appellirten Streitigkeiten zu entscheiden,
und die für des Landes Beste nöthigen Ver-
ordnungen zu treffen, waren gewiß ihrer
Natur nach ebenfalls keine drückende, son-

*) Man sehe z. B. über den Wohlstand dieser
Länder das schöne, und mit seltener Sachkennt-
niss geschriebene Werk von Girtanner, Vor-
maliger Zustand der Schweiz 1800. S. 72 — 78.
Dort wird auch der merkwürdige Contrast an-
geführt, daß in der benachbarten östreichischen
Stadt Constanz, obgleich unter einer herrlichen
Lage, nichts als Armuth und Müßiggang an-
zutreffen war, da hingegen in den angränzen-
den Schweizerischen, wiewohl größtentheils
auch katholischen Unterthanen-Landen, Fleiß,
Betriebsamkeit und Wohlstand im höchsten Gra-
de herrschten.

dern eine schützende Anstalt; und daß endlich die von dem Syndikat selbst beurtheilten Civilprozesse in letzter Instanz vor alle oberherrlichen Cantone gezogen werden konnten (wo dann die Mehrheit der letztern entschied) das rührte wenigstens von den Grundsätzen der alten Billigkeit her, vermöge welcher einerseits jedem Unterthan gestattet seyn sollte, seine Klage bis vor den obersten Landesherrn zu bringen, und andererseits jeder der regierenden Cantone gleichen Antheil an der Souverainität ausüben sollte. Indessen zog diese Einrichtung freylich theils ihre Inconvenienzen nach sich, theils war sie auch von Mißbräuchen, die aus anderen Ursachen herrühren, begleitet. Die Landvögte zogen überhaupt aus dem Lande selbst, oder von ihren Souverains, nur eine sehr geringe Befoldung, diejenigen, welche von den Popularständen geliefert wurden, mußten (eben wegen der Demokratie) für die Erhaltung dieser Ämter bey den wählenden Landsgemeinden noch große Kosten verwenden; sie hatten daher nicht immer die nöthige Bildung, um mit Würde zu regieren, und suchten nur zu oft, bey der bloß zweyjährigen Amtsdauer, sich durch unedle Mittel für ihre Aufopferungen zu entschädigen. Die Landvögte aus den sogenannten aristokratischen Cantonen behaupteten zwar im Allgemeinen den Ruf einer pflichtmäßigeren Uneigennützigkeit; allein hier ward ein solches Amt gleichsam als ein Exilium aus dem Vaterlande angesehen; ohn-

geachtet grosser Beyschüsse von Seiten der Regierung, wollte sich fast niemand dazu gebrauchen lassen, man mußte diejenigen Subjecte nehmen, welche sich dafür anmeldeten, und die dann eben deswegen nicht immer die besten waren. So waren auch die Syndikate, welche zwar zuweilen sehr gute Anordnungen trafen, die einzige Behörde in der Schweiz, wo man von gröberen oder feineren Bestechungen, Douceurs, unerlaubter Annahme von Geschenken u. s. w. sprechen hörte, ohne daß sich jedoch alle Mitglieder derselben schuldig gemacht hätten. Die Appellationen vor sämtliche regierende Cantone aber (die zwar blos von den Parteyen abhiengen, und nicht für jeden Prozeß gestattet wurden) erwuchsen durch die damit verbundenen Reisen und Sporteln zu einer so außerordentlichen Weitläufigkeit und Kostbarkeit, daß ein solcher Prozeß für die streitenden Parteyen als eine wahre Calamität anzusehen war.

Diesen, zumal auf die Justizverwaltung einwirkenden Inconvenienzen, mußte bey der im Werk gewesenen Herstellung nothwendig abgeholfen werden, aber es war deswegen weder nöthig noch gut, das Wesentliche der verfassungsmässigen Verhältnisse umzustürzen. Wie schon oben p. 191 — 193. berührt worden, gestattete es die Natur der Dinge und auch das Interesse der gesamten Eidgenossenschaft nicht, jene gemeinsamen Unterthanenlande zu unabhängigen Cantonen zu erheben; eben so wenig war es möglich, dieselben zu theilen

und dem Gebiete anderer selbstständiger Cantone einzuverleiben, zumal theils die geographische Lage solches nicht zuließ, theils die Einverleibung mit benachbarten demokratischen Cantonen, wenn sie nach ungleichen Rechten d. h. mit Unterwürfigkeit geschehen sollte, ihre Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert, im entgegengesetzten Fall aber den Umsturz von diesen nach sich gezogen hätte, theils endlich es auch vorauszu sehen war, daß die Cantone selbst sich über eine solche Theilung schwerlich würden einverstehen, oder eine billige Ausgleichung treffen können. Hingegen war es leicht möglich und in jeder Rücksicht am schicklichsten, jedem dieser vormaligen gemeinsamen Unterthanenlande eine eigene Provinzialverwaltung zu geben, welche in Absicht auf innere Judikatur, Ökonomie und Polizey alle möglichen Rechte ausgeübt hätte, dabey aber dann dieselben für die höchsten landesherrlichen Befugnisse, Mannschaft-Recht, oberste Gesetzgebung, Regalien u. s. w. wie auch in Bezug auf die Verhältnisse mit der ganzen Schweiz, unter die direkte, aber vertragsmäßig limitirte Oberherrschaft des im Wurf gewesenen beständigen eidgenössischen Bundesraths zu setzen. Es war auch vor der Hand hiezu nichts weiter nöthig, als in jedem der besagten Mediatämter ein Oberamt nach bisheriger Art, aber blos aus innern Landes-Einwohnern zu bestellen, wovon der Präsident und die vornehmsten Offizialen zur Anerkennung der Sou-

verainität, auf einen Vorschlag der Provinzial-Verwaltung selbst, von dem eidgenössischen Bundes-Rath ernannt und beeidiget werden konnten, alles übrige aber einstweilen auf dem alten Fusse zu lassen. Vermittelt dieser Einrichtung wären gedachte Unterthanen Lande gleichsam in bloße Schutz- oder Schirmherrschaften umgewandelt worden, sie hatten einen einzigen, immerhin aus den vorzüglichsten Magistratspersonen der Schweiz zusammen gesetzten Souverain, der für ihre Wohlfarth interessirt war, und erhielten eine, in jeder Rücksicht noch bessere politische Existenz, als diejenige der Immediatunterthanen der einzelnen Cantone war. Die Nothwendigkeit der aus den Cantonen geschickten Landvögte, der Syndicate, und der unter mehrere Corpora vertheilten Oberherrschaft, wäre mit allen ihren Mißbräuchen und Inconvenienzen weggefallen, und dennoch alle wesentliche gemeinsam nützliche Verhältnisse mit der Schweiz beybehalten worden. Auf der andern Seite aber hatte diese Einrichtung auch noch den wesentlichen Vortheil, daß der eidgenössische Bundes-Rath mittelst dieser eigenen direkten Oberherrschaft, auch das ihm für seine übrigen wichtigen Funktionen unentbehrliche Ansehen erhielt, daß er an dem Orte, wo er seinen Sitz aufschlug, selbst Souverain war, und daß ihm endlich, ohne jemand zu beschweren, bloß durch die sonst den Cantonen gehörigen Domainen und Regalien jener Lande, nicht unbedeutende Einkünfte

zuflossen, wodurch zugleich eine der schwersten Aufgaben, nemlich die Herbeyfchaffung der ökonomischen Hülfsmittel für die Unkosten und übrigen Bedürfnisse dieses gemeinamen Bundes-Rathes, wenigstens zum größten Theil auf eine befriedigende Weise gelöst war. Uebrigens wäre die Anordnung jener Provinzialregierung der Mediatämter, sowohl als die Bestimmung ihrer fortdauernden Verhältnisse mit der schweizerischen Eidgenossenschaft, mit Zurathziehung der sachkundigsten Einwohner, durch diejenige Commission von Staatsmännern getroffen worden, welche zugleich den Plan für jenen eidgenössischen Bundes-Rath ausarbeiten, oder denselben bis zu seiner definitiven Organisation provisorisch vorstellen sollten. Die meisten und beträchtlichsten Cantone hätten sich ohne allen Zweifel zu Gunsten desselben, der ihnen ohnedem unnützen eigenen Ausübung getheilter Souverainitäts-Rechte auf jene Mediatämter gerne begeben, und wären allenfalls auch einige dazu weniger geneigt gewesen, so würden sie bald durch eigene Convenienz dazu bewogen worden seyn, indem sie allein, und ohne Mithülfe der übrigen Cantone, die alte Ausübungsart derselben nicht zu behaupten vermocht hätten.

Nach Herstellung der sämtlichen Bestandtheile der schweizerischen Eidgenossenschaft war es aber dann ferner um derselben Vereinigung oder gemeinschaftliche Verbin-

dung zu thun, damit die Schweiz theils gegen das Ausland ein Ganzes vorstelle (was sie vorher nicht war, noch seyn sollte) mittelst dessen zu ihrer allfälligen Vertheidigung mehr Kraft habe, und auch im Innern Friede und Gerechtigkeit unter den Ständen erhalten werde. In dieser Rücksicht aber fühlte jedermann, daß der alte Bund, so glückliche Folgen er auch in älteren Zeiten hervorgebracht hatte, dennoch theils sehr mangelhaft, theils für die jetzigen Bedürfnisse unzureichend sey, und daß er also nicht nur verbessert, sondern auch mit einer ihn handhabenden äussern Autorität versehen und gleichsam verwirklicht werden müsse. Eine solche Centralregierung, der man den ihren Ursprung und Zweck genau bezeichnenden Namen Bundes - Rath geben wollte, wäre gleichsam die Krone des schweizerischen Staaten - Gebäudes gewesen; sie sollte einem jeden Theile der Schweiz die Vortheile des gemeinsamen Verbandes zusichern, im Innern das Recht unter allen handhaben, und das Recht von allen gegen Auswärtige vertheidigen, gemeinsame Vortheile mit Nachdruck betreiben, und überhaupt dem vertragsmäßigen Recht auch die correspondirende Kraft verschaffen. Ihre, nach dieser Idee begränzten Befugnisse hatten den doppelten Vortheil, daß einerseits die eidgenössischen Geschäfte besser als vorher besorget wurden, und andererseits die in allen ihren sonstigen Rechten vollkommen geschützten besonderen Cantone und Stände, ihre Zeit und ihre Aufmerksamkeit

destomehr auf innere Angelegenheiten hätten verwenden können. Zu diesem Ende war daher schon im Augustmonat 1799. zu Zürich über die Einrichtung und die Befugnisse eines eidgenössischen Bundes-Raths, so wie über die Mittel, ihn zu Stande zu bringen, ein ausführlicher Plan abgefaßt, der als ein Inbegriff des eidgenössischen Staaten-Rechts in Gesetz und Form angesehen werden konnte, und worin man unter damaligen Umständen, bey unverrückter Hinsicht auf den Zweck, gleichwohl um die Schwierigkeiten seiner Einführung zu besiegen, sich soviel immer möglich dem Geist der alten Bünde, so wie den alten Gewohnheiten und Benennungen anzunähern, und auf die erschöpften Hülfsmittel Rücksicht zu nehmen suchte. *) Der eidgenössische Bundes-Rath

*) Da dieser Plan theils sehr wichtig ist, und seine Ausführbarkeit sowohl, als seine Zweckmäßigkeit, nur aus dem Inbegriff aller hiezu gehörigen Details eingesehen und beurtheilt werden kann, derselbe auch noch jetzt, obgleich unter ganz veränderten Umständen, zu Auflösung oder Erläuterung eines der schwierigsten, und gegenwärtig noch im Streit liegenden Punkte der Schweizerischen Verfassung vielleicht etwas beytragen dürfte; so hoffe ich meine, sowohl ausländischen als schweizerischen Leser, werden es mir nicht verdenken, wenn ich denselben in den Beylagen ganz abdrucken lasse, so wie er damals von allen schweizerischen Staatsmännern, die ihn gesehen haben, wenige unbedeutende Verschiedenheiten abge-

sollte nemlich, wie die ehemaligen Tagfatzungen, aus einem Deputirten von jedem der 13 Cantone und zugewandten Orte (mit Inbegriff von Bündten) bestehen, *) die Deputirten selbst aber von der obersten Gewalt jedes solchen eidgenössischen Standes, aus den angesehensten Magistratspersonen erwählt werden, und lebenslänglich, oder bis auf erfolgende Resignation, an ihren Stellen bleiben. Zum Sitz ihrer beständigen Versammlungen hätte man Baden, oder Frauenfeld ausgewählt, welche in einer, der ihrer Souverainität übergebenen gemeineidgenössischen Besitzungen lagen, und wo ohnedem schon alle dazu nöthigen Einrichtungen vorhanden waren. Den Vorsitz in den Versammlungen sollte ein von dem Rathe selbst, aus seiner Mitte auf Lebenslang erwählter Präsident führen, und demselben nebst

rechnet, mit einstimmigem Beyfall aufgenommen war. Diefs verschafft mir zugleich den Vorthail, daß ich die Anzeige desselben hier kürzer zusammendrängen, und diejenigen meiner Leser, welche über den einen oder andern Punkt mehrere Auskunft wünschen sollten, auf den Plan selbst verweisen kann.

*) Diese zugewandten Orte, welche vormals nur mit ungleichen Bedingungen in den Schweizerbund aufgenommen waren, wären hierdurch vollkommene eidgenössische Stände geworden. Da auch der Bund von neuem formirt wurde, so fiel mittelst dessen der Unterschied von alten und neuen Orten weg.

den gewohnten Präsidialfunktionen auch einige für den Gang der Geschäfte und die Haltbarkeit des Ganzen nothwendige Vorrechte, in Absicht auf die Besetzung gewisser Stellen, und die Präliminardirektion auswärtiger Negotiationen, zutrauensvoll eingeräumt werden. Der Rath selbst aber wäre zur Untersuchung und Rapportirung der Geschäfte in verschiedene, nach der Natur seiner Funktionen bestimmte Commissionen abgetheilt worden, worin die Mitglieder wie ehemals, selbst hätten arbeiten müssen. Seine Befugnisse sollten sich nach den oben angeführten Grundsätzen und dem Geist der alten Bünde gemäfs, darauf beschränken: 1. alle sowohl ordentlichen als auferordentlichen Angelegenheiten gemeiner Eidgenossenschaft mit auswärtigen Mächten (gewohnte Correspondenzen, Krieg, Frieden, Traktaten u. s. w.) ausschliesslich zu besorgen. 2. im Innern die Verfassung und Regierung eines jeden eidgenössischen Standes, auf desselben Requisition hin, gegen jede Gewaltthätigkeit zu schützen. 3. Bey Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Ständen das Schiedrichteramt auszuüben. Zu diesem Ende 4. das gemeineidgenössische Militär *) zu formiren, einzurichten, und seine allfällige Anwendung zu lei-

*) Ob ein solches zu Stand gekommen wäre, das hieng natürlicher Weise von den Umständen und den vorhandenen Hülfsmitteln ab. In allen Fällen aber sollte es sehr gering seyn.

ten. 5. die ihm als gemeineidgenössisches Gut zu überlassenden Capitalien und Einkünfte zu verwalten, und ihrer Bestimmung gemäß zu verwenden; endlich dann 6. die direkte oberste Regierung über die ehemaligen gemeinen Herrschaften, jetzt gemeineidgenössischen Länder, nach den bestimmten Verhältnissen und Gesetzen zu führen; übrigens aber alle andere zum gemeinsamen Vortheile der Schweiz dienende Anstalten, die aber nicht mit Zwang, sondern nur durch freye Einstimmung eingeführt werden konnten, durch gelegenheitliche Empfehlungen zu befördern, und darüber den Ständen die zweckmässigsten Vorschläge zu thun. Die Bundes-Räthe sollten ferner der gemeinen Eidgenossenschaft einen, den Inbegriff ihrer Pflichten enthaltenden Eid der Treue schwören, und für jeden Theil ihrer Befugnisse mit einer, den Zweck deutlich anzeigenden Instruktion versehen seyn. *) Ihre *honorifica* und *Beneficia* wollte man, den schweizerischen Gewohnheiten und der Bescheidenheit gemäß, welche die erschöpften Hülfsmittel mehr als je zum zwingenden Gebot machte, so einfach festsetzen, als es nur immer mit der Würde einer so ehrenvollen Stelle verträglich war, **) und um die Kosten noch mehr zu vermindern, konnte

*) S. jenen Eid und diese Instruktion in dem Plane selbst §. 5.

**) S. Plan §. 8.

der Bundes-Rath in der Folge 4 Monat im Jahr Vacanzen halten, und indessen die laufenden Geschäfte von dem Präsidenten und einer Provisionalcommission besorgt werden. Das alte schweizerische Staatsrecht gab auch schon die Idee zu den natürlichen Coercitivmitteln an die Hand, welche der Bundes-Rath nothwendig besitzen mußte, um von jedem Glied die Erfüllung der bundesmässigen Pflichten, im Fall der Bestreitung oder Verletzung bewirken zu können. Im ersteren Fall sollte darüber von dem Bundes-Rath entschieden, im letzteren aber der ungehorsame Stand nach geschehener Ermahnung, und bestimmter aber fruchtlos abgelaufener Frist, gleichsam in die eidgenössische Acht erklärt, demnach von dem Schweizerbund und allen seinen Vortheilen ausgeschlossen, und nur nach Verlauf von 5 Jahren unter billigen Bedingungen wieder darin aufgenommen werden können. *) Mit vorzüglicher Sorgfalt waren ferner die Mittel überdacht, wodurch dem eidgenössischen Bundes-Rath die nöthigen Finanz-Ressourcen, ohne fühlbare Beschwerde, weder der Stände noch der Privatpersonen verschafft werden konnten. Nach der Natur seiner oben bestimmten Befugnisse durfte er keine Auflagen machen, zumal er über die Individuen keine Autorität befaß; und dann erforderte auch die Politik

*) S. Plan §. 9.

selbst für die besonderen Cantone, dieses gehässige, in der Schweiz ungewohnte und an die Zeiten der Revolution erinnernde Mittel, so viel immer möglich zu vermeiden. Bloß von den Ständen jährliche Steuern und Beyträge zu fordern, hatte aber nicht weniger bedeutende Inconvenienzien. Die meisten wären zu ihrer Bezahlung unvermögend gewesen, und die proportionelle Vertheilung, so wie die Erhebung derselben, hätte nicht nur zu vielen verdrüsslichen Streitigkeiten Anlaß gegeben, sondern der Entstehung oder dem Fortgange der Anstalt selbst vielleicht unübersteigliche Hindernisse in den Weg gelegt. Hingegen war es möglich, und dem Geist der ehemaligen, sowohl öffentlichen als Privatwirthschaftlichkeit angemessen, dem Bundes-Rath theils eigene Einkünfte anzuweisen, theils durch die Vereinigung verschiedener einfachen Hülfquellen allmählig ein gemeineidgenössisches Gut zusammenzulegen, dessen Ertrag für die gemeinen Ausgaben hinreichen konnte. Daher wollte man zu Formirung eines solchen Capitalfonds dem eidgenössischen Bundes-Rath erstlich alle diejenigen Domainen, Regalien und Einkünfte, aus den seiner Regierung übergebenen gemeinen Herrschaften überlassen, welche den Cantonen als Eigenthum gehörten, oder deren Ertrag bloß in ihre Cassen fiel; und dazu sollte derselbe noch durch einen freywilligen, ein für allemal bezahlten, oder verschriebenen Zuschuss von jedem der eigenössischen Stände,

und von den in gedachten gemeineidgenössischen Besitzungen befindlichen Klöstern und geistlichen Stiftungen, *) durch eine freywillige Subscription von allen Städten, Gesellschaften, Corporationen und Partikularen vermehrt, und in der Folge, theils durch die Zinsen und den ersparten Ueberschufs, theils durch patriotische Legate, Donationen und gewisse Accidenzien alimentirt, und allmählig geäufnet werden. Dabey wurde zugleich über die Verwaltung und Verwendung dieses gemeineidgenössischen Guts, eine zweckmäßige, dem Geist vernünftiger Sparsamkeit angemessene Instruktion beygefügt, und der jährliche Ueberschufs, welcher bey einiger fortdauernden Ruhe bald würde eingetreten seyn, sollte auf eine solche Art angelegt werden, das dadurch nicht nur neue Hülfquellen eröffnet sondern zugleich auch in verschiedener Rücksicht gemeinnützige Anstalten und Verbesserungen erzielt worden wären. **) So einfach aber diese ganze Einrichtung eines gemeinsamen Bundes-Raths, so auffallend seine Vortheile waren, und so sehr auch seine Nothwendigkeit im Grunde von jedermann gefühlt wurde:

*) Die Klöster und geistlichen Stiftungen in den selbstständigen Cantonen, wenn ihnen je nach der Revolution noch etwas übrig geblieben wäre, hätten einen ähnlichen Beytrag an ihre Immediat Landesregierung geliefert.

**) S. über diese ganze Rubrik die weitere Ausführung in dem Plan §. 10.

so hätte man gleichwohl weder die Menschen noch die Umstände kennen müssen, um sich unbedingt mit der Hoffnung zu schmeicheln, daß seine Einführung mit gar keinen Schwierigkeiten begleitet seyn werde. Da zu derselben weder Zwang noch entscheidender Befehl Platz haben konnte, so hätten sich die Stände, wo nicht über die Hauptsache, doch über gewisse, mehr oder minder wesentliche Details vielleicht nicht vereinigen können, bey aller Deutlichkeit mußte man gleichwohl auf mögliche Mißverständnisse rechnen, und selbst die Vorurtheile derjenigen in Betrachtung ziehen, welche eine solche gemeinsame festere Verbindung nicht als eine schützende, sondern als eine ihre Souverainität schmälernde Anstalt angesehen, oder sich nach einer fast unvermeidlichen Ideenassociation darunter gar ein erdrückendes Direktorium vorgestellt hätten. Allein gerade die gänzliche Freyheit, welche hierin einem jeden Stand gelassen werden konnte und sollte, gab das einzige und sicherste Mittel an die Hand, allen jenen Schwierigkeiten auszuweichen, und das Ganze in kurzer Zeit zu Stande zu bringen. *) Es war

*) Man kann sich hiervon durch das tägliche Beispiel im kleinen überzeugen. Will man jemand wider seinen Willen in irgend eine Gesellschaft zwingen, so wird er es nie thun, oder beständig ein Feind derselben bleiben. Stellt man ihm aber eine solche Verbindung, als ein von ihren Gliedern zu Vergrößerung von Ehre und Ansehen

nicht nothwendig, den neuen Bund und den ihn handhabenden Rath, durch gleichzeitige Creation zu bewerkstelligen, er konnte auch, wie der alte, durch successive Aggregation eingeführt werden; der bloße Gedanke war uns ein Greuel, irgend jemand revolutionsmäfsig in eine, obgleich ihm selbst nützliche Verbindung mit Gewalt zu zwingen, und die äufsere Form der Einigkeit in Widerstreit mit der innern Geistesstimmung zu setzen. Aber wer nicht in dieselbe eintreten wollte, der hatte natürlicher Weise auch kein Recht, die übrigen an einer solchen Gesellschaft zu hindern. Es lag daher im Plan, zwar eine eidgenössische Conferenz zusammenberufen zu lassen, um sich zu Wiederanknüpfung und Befestigung der Verhältnisse zwischen allen Theilen der Eidgenossenschaft über den vorberührten, oder einen andern Vorschlag zu verabreden, und denselben sodann, nachdem die Gemüther dazu schon vorbereitet waren, den Ständen zur Annahme zu empfehlen. Die mehrsten wären ihm ohne allen Zweifel beygetreten, und konn-

getroffenes Mittel vor, dessen Eintritt ihm zwar aus Achtung für seine Eigenschaften offen stehe, gleichwohl aber nicht jedermann gestattet sey: so wird er bald selbst dafür nachsehen, und sich alle Verbindlichkeiten ohne Widerspruch gefallen lassen. Bey Staatsgesellschaften geschieht solches noch geschwinder, weil hier die wichtigsten Interessen noch zum Eintritt bewegen, und die Isolirung mit zu grofsen Inconvenienzen verbunden ist.

ten denselben sogleich unter sich ausführen; den übrigen sollte der künftige Beytritt, sobald sie dessen Vortheile einsehen würden, immerhin offen gelassen werden, und man hätte mit ihnen in der Zwischenzeit nichts desto weniger in guter Freundschaft gelebt. Auf den Fall aber, daß selbst eine solche Conferenz Schwierigkeiten gefunden hätte, so blieb immer noch das einfachere Mittel übrig, daß der neue Bund sich gleich wie der alte formire; dergestalt daß allenfalls ein einzelner Stand mit zwey oder drey andern eine solche Verbindung geschlossen, diese dann einen Bundesrath unter sich gebildet, und hernach die übrigen, sobald sie es selbst suchen würden, darin aufgenommen hätten. Man konnte diesen Weg um desto eher einschlagen, da es fast mit Gewissheit vorauszusehen war, daß in jedem Fall durch den Drang der natürlichen Verhältnisse der Bund in sehr kurzer Zeit vollzählig seyn werde, um so mehr, wenn, wie es zu vermuthen war, die Minister der hohen Mächte denselben noch durch ihre vielwirkende Verwendung, und durch freundschaftliche Empfehlungen begünstiget, dabey dann auch die schweizerische Eidgenossenschaft nicht in den isolirten, sondern nur in den verbündeten Ständen anerkannt, und dieselbe in einem zukünftigen, damals noch gehofften allgemeinen Frieden garantirt hätten.

* * *

Alle diese Plane, diese Hoffnungen und Anstrengungen, alles Gute, was für den ge-

gesellschaftlichen Zustand der Schweiz bereits geschehen war, oder noch geschehen sollte, wurde aber durch den Rückzug der alliirten Armeen aus der Schweiz, mit einem Schlag und wahrscheinlicher Weise unwiederbringlich vereitelt. Allein so schmerzhaft auch der menschlichen Natur getäuschte Hoffnung ist, zumal wenn diese Hoffnung sich auf Errettung bezieht, so hätte sich die Schweiz noch glücklich schätzen können, wenn sie durch jenen schrecklichen Rückfall, nicht noch in erneuertes, vermehrtes Elend aller Art gestürzt worden wäre. Diese Geschichte der Schweiz nach ihrer versuchten Wiederbefreyung, welche mir jetzt unter den politischen Folgen jenes unglücklichen Feldzugs noch zu beschreiben übrig bleibt, dürfte in verschiedener Rücksicht vielleicht noch lehrreicher als die vorige seyn. Sie schildert das endliche Resultat von Staatsumstürzungen, die man für wohlthätige Umwandlungen ausgab, und deren Befestigung man nur erwarten sollte, um ihre glücklichen Folgen zu sehen; sie zeigt die fortdauernde, sich immer gleiche Stimmung der Nation, frey von allem Einfluß der Furcht oder Hoffnung auf sie ausüben konnte, und wie das wenige Gute, was man in solchen Ländern sieht, nur noch aus antirevolutionärem Geist und aus einem Rest von alten Tugenden entspringt; sie mag endlich beweisen, was von einem Frieden zu hoffen sey, bey welchem man sich auf Gnade und Ungnade einem Feinde ergeben muß, der kein Gesetz als seine Launen und sein augen-

blickliches Interesse kennt; einem Frieden, bey dem wohl das Handeln, aber nicht das Leiden aufhört; einem Frieden endlich, der auf die Vernichtung des Staates erfolgt, und demjenigen ähnlich ist, den der Sterbliche zuletzt im Grabe findet.

Nach den Grundsätzen, welche seit der Revolution geltend gemacht worden, stand die Schweiz, oder wie man sie seither nannte, die helvetische Republik mit Frankreich in vollkommenem Frieden, und in einem Bündnis das den freundschaftlichen Verhältnissen noch eine weitere Ausdehnung geben sollte. Vermöge dieses Begriffs hätte sie also an den Siegen der Franzosen Antheil nehmen und durch die Vertreibung der angeblichen Feinde in eine bessere Lage kommen sollen. Allein wie wenig die dekretirten und aufgedruckten Grundsätze im Geist der Einwohner existirten, wie sehr sie der menschlichen Natur widerstritten, das zeigte sich bey jenem Rückzug der alliirten Armeen auf eine auffallende Art. Es entstand über denselben in dem ganzen Volk, äußerst wenige einzelne Örter oder kleine Gesellschaften abgerechnet, eine unausdrückbar — finstere Niedergeschlagenheit, welche selbst von der neuen Regierung so wohl eingesehen worden, dafs sie nicht nur keine Freudenbezeugungen anbefahl, sondern vielmehr eigene Trostschriften abfassen und unter das Volk austreuen liefs. *)

*) Eine dieser Trostschriften z. B. war von dem

Anstatt dafs bey dem Einzug der Österreicher jedermann ruhig im Lande blieb, und eine Menge anderer darein zurückkamen, sah man jetzt aus Zürich, Glarus, Thurgau, St. Gallen, Appenzell u. s. w. Leute von allen Classen zu Tausenden auswandern, und das südliche Deutschland war mit einer unzählbaren Menge neuer Flüchtigen angefüllt, die vormals noch Hoffnung gehabt hatten, das Unglück geduldig ertragen, jetzt aber schlechterdings nicht mehr unter den Franzosen noch unter dem helvetischen Direktorio leben wollten. *) Wie dort die Insignien der

Senator Pfyffer verfaßt, unter dem Titel: Was wäre erfolgt, wenn die Russen und Österreicher gesiegt hätten? und wurde in verschiedene Zeitungen eingerückt. Nebst erdichteten Imputationen enthielt sie aber nichts als die Gemein-Plätze, dafs dann die westlichen Cantone auch wie die von Uri, Schweiz, Wallis, Glarus u. s. w. würden verwüstet worden seyn etc. als ob diese Verwüstung nicht gerade von den rückkehrenden Franzosen geschehen oder veranlaßt worden wäre, und als ob die Rettung von einer alles zerstörenden Gewalt, anders als durch eine andere Gewalt geschehen könnte.

*) Bloss aus der Stadt Zürich zählte man über 70 ausgewanderte angesehene Personen, ohne die Weiber und Kinder und die 47 Offiziers von dem Züricher Contingent, oder die in den übrigen Regimentern angestellten, zu rechnen. Von Thurgau, St. Gallen und Appenzell wanderten einige tausend aus, meistens Landleute, Geistliche etc. und aus den Cantonen Uri, Schweiz,

französischen Herrschaft oder der neuen Republik, überall von dem Volke zertrümmert wurden, so sah man jetzt niemand bemüht, dieselben herzustellen, die Cokarden wurden nicht getragen, und die dürrn Freyheitsbäume entweder gar nicht, oder nur langsam

Glarus noch ungleich mehrere. Diese zahlreichen Auswanderungen (eben in dem Augenblick, wo die helvetische Republik gerettet seyn sollte) erschütterten selbst das helvetische Direktorium so sehr, daß es sanft einschmeichelnde Proklamationen ergehen ließ, um die Flüchtigen unter Versprechung des vollkommensten Schutzes und der Vergessenheit alles vergangenen zur Rückkehr aufzufodern, welches nach und nach, zumal bey den sich immer mehrenden unglücklichen Ereignissen, viele aus dringender Noth thun mußten. Man kann es sich zwar wohl vorstellen, daß selbst die neuen Regierungen nicht gern über Wälder und Wüsteneyen herrschen, und sie mußten es fühlen, daß die häufigen Auswanderungen sowohl angesehenen als gemeiner Leute (die noch weit zahlreicher wären, wenn man sein Vermögen liquidiren und sich, wie ehemals, an einem andern Ort mit Hoffnung von dauerhafter Ruhe niederlassen könnte) die bitterste Satyre auf diese Regierungen ausmachen. Allein der Contrast ist gleichwohl merkwürdig, daß nur hier die Auswanderungen so zahlreich waren, wie aber die Östreicher in die Schweiz einrückten, jedermann im Lande blieb, von welcher Partey er auch seyn mochte. Die wenigen Flüchtigen kamen da sogleich wieder von selbst zurück, und man hatte dazu weder Proklamationen noch lockende Versprechungen nöthig.

und traurig, aus Furcht und gleichsam zum Zeichen der Unterwerfung aufgerichtet. Obgleich die französischen Truppen nach dem 25ten September noch mehr als 14 Tage lang in der östlichen Schweiz zu kämpfen hatten, so hat man doch nicht gehört, daß ihre Ankunft irgendwo mit Freuden gesehen worden, vielweniger daß ihnen das Volk zu ihrem Vorhaben beygestanden sey. *) Jedermann

*) Es ward zwar von den Condeern verbreitet und stand auch in einigen Zeitungen, daß ein Trupp Thurgauer Bauern sich mit den Franzosen vereinigt, denselben einen unbekannten Weg nach Constanz gewiesen hätten, und sogar mit ihnen in diese Stadt eingedrungen seyen; denn in diesem Krieg sucht immer jedes Corps bey erlittenen Nachtheilen dergleichen Gerüchte auszustreuen, und die Schuld auf andre zu werfen. Allein ohne die Möglichkeit jener Angabe ganz zu läugnen, war sie doch das einzige Factum dieser Art, was man hat anbringen können, und ist übrigens nie bewiesen worden. Sowohl die Russischen und Östreichischen, als die Französischen und Helvetischen Berichte haben davon nicht das mindeste gemeldet. Wenn ich bedenke, daß es letzten Frühling zuerst in Augspurger und dann in allen andern Zeitungen stand, daß 10 oder gar 18000 Schweizer Bauern mit Lecourbe über den Rhein gesetzt, den Kaiserlichen mehr Schaden als selbst die Franzosen zugefügt, und Schwaben geplündert hätten, wovon man in der Schweiz nicht das mindeste wußte, und von welchem allen auch nicht ein Wort wahr gewesen, so hat man gewiß Grund genug, um gegen dergleichen Gerüchte auf seiner Hut zu seyn.

schien die Unterjochung zu fühlen, die National-Existenz für verloren zu halten, und vorauszusehen, daß das Unglück erst jetzt in gedoppeltem Maasse einbrechen werde.

Demüthigere Abhängigkeit von Frankreich, erniedrigendere Behandlung, und mannichfaltigere Bedrückungen waren in der That die ersten Folgen, welche aus jenem Rückzuge der Alliirten für die ganze Schweiz erwuchsen; und wie es voraus zu sehen war, so fiel die bisherige Schonung mit dem Motive weg, welches sie hervorgebracht hatte. *) Massena war kaum wieder in die verbündete Stadt Zürich eingedrungen, als er derselben, nebst unermesslichen Lieferungen, eine Kriegs-Contribution von 800,000 Liv. auflegte, und mit Plünderung drohte, wofern das Geld nicht in 24 Stunden erlegt werde. Die Zürcherische, jetzt helvetische Artillerie, liefs er nach Frankreich führen, und behauptete, daß das Gut der verbündeten Republik erobertes Gut sey. Wo immer ein Ort den Ruf hatte, noch einiges Geld zu besitzen, da wurden ohne Rücksicht auf Allianztraktaten, Gelinnungen, und selbst auf die ungereimtesten Widersprüche in den Vorwänden, weitere Kriegs-Contributionen aufgelegt. Winterthur mußte 400,000 Liv. St. Gallen eben so viel, der kleine Flecken Roschach 75000 Liv. Herisau eine ähnliche Summe, und Basel, das doch im-

*) S. p. 2.

mer in den Händen der Franzosen geblieben war, 1600,000 Liv. bezahlen. *) Wollte man gegen das empörende und schamlose eines solchen, alle Traktaten mit Füßen tretenden Benehmens Vorstellungen machen, so wurde die Antwort ertheilt, daß man Geld, und keine Phrasen nöthig habe. Das helvetische Direktorium schien noch immer nicht überzeugt zu seyn, daß bey den Franzosen Nutzen über Recht gehe, und wähnte sich gegen die Gewalt sträuben zu können; es verbot bey seiner Ungnade, den Obrigkeiten von Zürich, Basel u. s. w. die Contributionen einzuziehen, und den Bürgern, solche zu bezahlen. Allein siehe! es rückten sogleich 4000 Mann französischer Truppen in die Stadt Bern ein, um das

*) In dem ersten Zeitpunkt des französischen Einfalls in die Schweiz, wurde von den Anhängern der Revolution sehr gerühmt, wie klug und glücklich Basel gewesen sey, sich selbst zu revolutioniren und den Franzosen keinen Widerstand zu leisten, indem es nun keine Truppen erhalten, und keine Contributionen bezahlen müsse. Die Thoren sahen es nicht ein, daß diese provisorische Schonung nur ein Mittel seyn sollte, um die übrigen alle durch Trennung desto eher zum Falle zu bringen, und nur so lange dauern werde, bis die ganze Schweiz unterjocht sey. In der That kam auch der Zeitpunkt gar bald, wo Basel, so gut als alle andern Cantone, Truppen aufnehmen, Contributionen und Requisitionen liefern mußte, und nicht um ein Haar besser als die übrigen behandelt wurde.

alldort wohnende Direktorium zum Still-schweigen zu bringen, und über seine wahren Verhältnisse zu belehren; ja, durch aufhetzende Proklamationen wurde die Sache sogar vor den Richterstuhl der geldhungrigen Soldaten gebracht, und die schweizerischen Publika ihnen als Gegenstände des wüthendsten Hasses geschildert. Man schickte nun eilfertig Couriere nach Paris, und führte heftige, auf Allianz und Traktaten gestützte Klagen bey dem französischen Direktorio; allein, anstatt einer vergnüglichen Antwort erfolgte ein Belobungsdekret an den Massena, (19. Oct.) worin man ihm sogar noch seine Schonung vorwarf; die helvetische Regierung ward mit Spott abgefertiget, man forderte sogar von ihr, daß sie ihre disörtigen Beschlüsse als irrespectuos und beleidigend zurücknehmen solle, und der französische Gesandte Perrochell selbst, welcher den Generalen die allianzmässigen Verhältnisse vorzustellen gesucht hatte, fiel in Ungnade und erhielt Befehl, die Schweiz in 24 Stunden zu verlassen. (8. Nov.) Dabey war aber die Mannszucht um nichts desto besser, sondern es wurden im Gegentheil ungestraft Plünderungen und Gewaltthätigkeiten aller Art ausgeübt, Requisitionen ohne Ende und Zahl ausgeschrieben, und wie in Feindesland, in allem auf Kosten des verarmten Bürgers gelebt. Um hier nur einige wenige Beyspiele anzuführen, denn die meisten wurden nicht einmal bekannt, so mußte die Landschaft Basel in zweymalen

4100 Zentner Waizen, 1300 Zentner Roggen und 540 fette Ochsen liefern, was wenigstens eine Summe von 400,000 Liv. erforderte. Dem Canton Sentis (Appenzell, St. Gallen, Rheinthal) wurden 3000 Zentner Heu, 6000 Mezen Haber, 90 Ochsen und 80 vierspännige Wagen aufgelegt. Seine gehabten Unkosten beliefen sich über 419,000 Fl. Der Canton Thurgau erlitt für gleiche Gegenstände vom 27ten Sept. bis 20ten December einen Schaden von 1,095,658 Fl. Von dem kleinen Distrikt (ehemaligem Oberamt) Andelfingen, im nördlichen Theil des Cantons Zürich an der Thur, der im Winter von 1798 bis 1799. bereits den größten Theil der französischen Armee ernährt, nachher im Frühling das Theater der blutigsten Schlachten gewesen, ferner vier Monat lang die allirten Armeen bey sich gehabt, und endlich den Rückzug der Russen erlitten, haben schweizerische Berichte selbst gemeldet, daß er gleichwohl in den drey letzten Monaten von 1799. die ungeheure Quantität von 9860 Malter Korn, 8779 Malter Haber, 59550 Zentner Heu, 50,761 Zentner Stroh, 100,950 Pfund Brod, 1187 Saum Wein, 198,950 Pfund Fleisch nebst 47 Ochsen an die Franzosen habe liefern müssen. Dazu wurden dann die durch Requisition herbeygeschafften Vorräthe nicht einmal zum Bedürfnis der Truppen verwendet, sondern Fourage, Getraideladungen und Schaa- ren von Ochsen wieder heimlich, oder sogar auf dem Markte, zum Besten der Commissärs ver-

kauft, und so der Soldat zur Plünderung des Einwohners genöthiget. Bald nachher wendete man sich, theils wegen obigen Contributionen, theils wegen allen übrigen allianzwidrigen Erpressungen, an den eben eingetretenen Consul Bonaparte; allein bey ihm waren die disörtigen Beschwerden noch fruchtloser, als bey dem Direktorio. Vielmehr mußte die Schweiz, den so theuer erkauften Versprechungen zuwider, jetzt noch die französische Armee ernähren, die Last der Unterhaltung der Spitäler von neuem übernehmen, wofür insbesondere Lecourbe große Requisitionen auflegte, *) und dabey wurde zugleich die Ausfuhr des Getraides und aller Lebensmittel nach der verbündeten Schweiz verboten, während sie von der Seite Schwabens und Italiens ohnedem durch die Armeen gesperrt war. Unter den drückendsten Lasten, bey einer auf vierfache gestiegenen Theurung, wo ein Pfund Brod bis auf 4 Batzen kostete, und bey dem gänzlichen Mangel an Verdienst, mußte der harte Winter zugebracht werden; mehrere Schiffsladungen von roher Baumwolle, Seide und andere Waaren wurden zwar durch die großmüthige Begünstigung S. K. H. des Erzherzogs Karl von dem jenseitigen Ufer des Bodensees herübergelassen, wodurch man den brodlosen Arbeitern einige Beschäftigung zu geben hoffte, die französischen Generale mach-

*) S. Allg. Zeitung vom 2ten und 10ten Apr. 1800.

ten aber daraus eine Finanzspekulation, und liessen sich für ihre Einwilligung von jedem Zentner eine gewisse Summe bezahlen, so dass z. B. Lecourbe allein, sich in wenigen Wochen von diesem Blutgeld über 100,000 Liv. zusammenscharfte, und jeder der untergeordneten Platzcommandanten u. s. w. für die Erfüllung seiner Dienst- und Menschenpflicht noch besonders bezahlt werden musste. Kaum war endlich der Winter vorbey, so rückte die ganze Bonapartistische sogenannte Reservearmee durch die Schweiz, und nahm die Waadt sowohl als das Unterwallis mit ungeheuern Requisitionen auf eine schreckliche Weise mit. Ueber 40,000 Mann marschirten durch das arme Walliser-Thal, was bereits über 9000 Ochsen und Kühe (das Vieh ist bekanntlich der einzige Reichthum der meisten Einwohner) geliefert hatte, und nun noch 60,000 Zentner Heu, nebst einer grossen Anzahl Vieh und unzähligen anderen Forderungen an Getraide, Wein, Transport-Mitteln u. s. w. hergeben musste. Sämtliche Mitglieder der Verwaltungskammer gaben auch aus Verzweiflung ihre Stellen auf, weil sie unter der Last des Elendes erlagen. Zu gleicher Zeit zogen gegen 25,000 Mann anderer Truppen (oder so hoch wurden sie wenigstens in Absicht auf die Requisitionen angegeben) über den bereits grösstentheils von Menschen verlassenen Gotthard, und der helvetischen Regierung ward bedeutet, zu deren Unterhalt auf die schleunige Herbeysschaffung von 900,000 Rationen Brod und Fleisch,

50,000 Zentner Heu und 20,000 Säcken Haber bedacht zu seyn, *) das übrige ward ohnedem bey den Einwohnern genommen, und alle Pferde, Maulesel und Wagen in dem Canton Waldstätten, so wie in den Italienischen Cantonen, ohne Ausnahme in Requisition gesetzt, von denen, wie man wenigstens 2 Monate nachher officiell meldete, keiner zurückgekommen war. Dabey durfte dann über dergleichen grausame Mißhandlungen eines bereits zu Grunde gerichteten Volks, aus Furcht den großen Helden zu beleidigen, nicht einmal geklagt werden, was unter dem Direktorio doch öffentlich in den helvetischen Räthen geschah; sondern die Beklemmung und die traurigste Niedergeschlagenheit konnte sich nur schüchtern in geschlossener Sitzung äußern. Die obersten, so wie die untersten Beamten konnten jetzt nicht einmal einen Theil ihrer Befoldungen erhalten, indem die Regierung selbst am 23ten May den Räthen in einer eignen geheimen Botschaft meldete, „man könne schlechterdings nichts bezahlen, weil die Bedürfnisse der über den Gotthard marschirenden französischen Truppen, alle vorhandene Fonds erschöpfen.“ Bey den ungeheuren Fortschritten, welche die französischen Truppen unmittelbar nachher in Italien und Deutschland machten, wo nebst dem schwelgerischen Unterhalt der Armee, das

*) S. Helvet. Zuschauer vom 24ten May 1800.

Mark dieser Länder in französische Taschen floß, Hunderttaufende sich ungeheure Reichtümer zusammen raubten, und viele Millionen baaren Geldes, zum Spott und zur Schande der unglücklichen Völker, nach Paris geführt wurden: schien es, als könnte wenigstens die verbündete Schweiz jetzt einige Ruhe erhalten. Allein, gleich als wollte man beweisen, daß nicht einmal die Noth zu dergleichen Erpressungen und Wortbrüchigkeiten zwinge, so marschirte sogleich wieder eine neue sogenannte Reservearmee in das Land, und allen Friedensverträgen und Allianzen zuwider, vermöge welcher die Schweiz keine französischen Truppen mehr erhalten sollte, wurde dieselbe am 6ten August durch einen neuen Traktat gezwungen, den Unterhalt dieser Reservearmee von angeblich 8000 Mann und 1500 Pferden zu übernehmen. Nicht besser war es mit den politischen Verhältnissen gegen die sogenannte Mutter-Republik beschaffen. Nachdem die französische Regierung die Schweiz in namenloses Elend, und durch Ausplünderung in gänzliche Unbehüllichkeit versetzt hatte, so schien sie jetzt zwar dieselbe (was das Innere betrifft) ihrem Schicksal überlassen zu wollen, ja es wurden sogar die tröstlichsten Hoffnungen insinuirt. Die Brümair-Revolution war daher kaum in Paris erfolgt, so währte die helvetische Regierung von dem Bonaparte, und mittelst desselben auch von den übrigen Mächten, selbst während der Fortdauer des

Krieges die Neutralität für die Schweiz zu erhalten; sie gab sich dafür alle mögliche Mühe, allein man machte (dies geschah im Januar und Februar 1800) den schweizerischen Abgeordneten vorerst lächerliche, unmögliche Bedingungen, wie z. B. daß die Östreicher Schwaben verlassen und sich hinter den Lech zurückziehen, daß die Schweiz allen Transport von Muniton, Magazinen etc. bis auf die französischen Gränzen übernehmen, dazu auch neue Geldsummen bezahlen solle u. s. w.; zuletzt aber wurde die ganze Sache, wie die helvetische Regierung es in einer eigenen Botschaft vom 14ten März an die Rätthe meldete, während dem Kriege, d. h. so lange als man sie eben nöthig hätte, rein abgeschlagen, dazu aber bey dem Frieden Hoffnung gemacht. *) Die französische Regierung hielt

*) S. diese Botschaft in der Allg. Zeit. vom 17ten April. Was übrigens eine Neutralität während dem Frieden bedeuten solle, ist zwar schwer zu begreifen, und es scheint, man habe zu Paris die Schweizer für dumm genug gehalten, um sich mit solchen albernen Worten abfertigen zu lassen. Sollte aber von Seiten Frankreichs den Schweizern auch sogar in allfälligen künftigen Kriegen eine Neutralität versprochen werden, so fragt es sich noch immer, was unter derselben verstanden werde? denn die Franzosen haben darüber, so wie über Frieden, Unabhängigkeit u. s. w. ganz besondere, ihnen eigene Begriffe. Man hat in dem letzten Feldzug in königl. Preussischen neutralen Ländern französische und kaiserliche Truppen durch-

sogar die Bemühungen, wodurch man auch in der Schweiz nach dem 7ten Jan. sich einer bessern Verfassung annähern zu wollen schien, ihren Kriegs Projekten gefährlich; und obgleich die Uneinigkeit nur in den Räthen herrschte, und in dem Volk alles ruhig war, so erschien am 28sten May eine Weisung aus dem Hauptquartier der Reservearmee, des Inhalts: „Der erste Consul könne in diesem
 „Zeitpunkt, wo es von dem Entscheid der
 „Waffen abhänge, ob Europa frey (?) werden,
 „oder in Sklaverey versinken solle,
 „durch keine andere Rücksichten geleitet werden,
 „als durch solche, die auf die militärischen
 „Operationen Bezug haben, er erwarte
 „daher sehr zuversichtlich, dass die Schweiz
 „bis zu Ende des Feldzugs ruhig verbleibe,
 „und alle politischen Stürme verhütet

marſchiren, cantonniren, ja sogar Krieg führen sehen, da doch jener Monarch 250,000 Mann Truppen besitzt, und noch über 150,000 andre gebieten kann, die sich wohl mehreren Respekt zu verschaffen im Stande wären. Es ist also schwerlich zu vermuthen, dass die ohnmächtige Schweiz je eine bessere oder auch nur so wenig schlechte Neutralität erhalten würde; ja die Franzosen würden wohl noch aus derselben Contributionen, Requisitionen, Spitäler-Unterhaltung, Vorspann u. s. w. heraus zu erklären wissen, und wenn man eine solche Erklärung nicht zugeben wollte, bald erkennen, dass diese Neutralität ihnen nicht nützlich sey, folglich nicht respektirt werden solle.

„werden, dagegen aber die Regierung durch
„Einheit des Willens den Franzosen den Frie-
„den (d. h. die allgemeine Herrschaft) erringen
„helfe.“ *) Alles mußte durch diesen Macht-
spruch verstummen; es entstand daher zwar
keine Einigkeit, aber wohl eine stillschweigende
Verschlossenheit, bis dem Bonaparte sein,
weniger durch die Schlacht, als durch die
darauf im Schrecken zu bewirken gewufste
Convention, schrecklich entscheidender Streich
von Marengo gelang, wo dann bald neue Re-
volutionen erfolgten, von denen unten die
Rede seyn wird. Nun wurde der Schweiz
noch befohlen, fahrbare Strassen über den Sim-
plon zu bauen, damit die französischen Trup-
pen zu jeder Zeit desto besser und geschwin-
der in ihre Cisalpinische Provinz marschiren
können; dagegen aber bey Anlaß des bald
darauf zum Schein angekündigten Congresses
von Lüneville, den helvetischen Gesandten
zugelichert, daß die Unabhängigkeit der
Schweiz im Frieden anerkannt werden solle;
ein Wort, wodurch aber nach französischem
Sinn nichts weiter herauskömmt, als was
schon längst in pompösen Traktaten verspro-
chen ist, und die Lage der Schweiz im minde-
sten nicht verändert, vielweniger verbessert
wird. **)

*) S. diese Note im Schweiz. Republ. vom 24sten
May 1800.

**) Es ist auch seither in der That ein sogenann-
ter Friede geschlossen worden, worin es heist,

Soll ich das Elend beschreiben, welches durch jene vorgeblich zu rühmenden Siege der

dafs die Schweiz, oder vielmehr die helvetische Republik, für unabhängig anerkannt sey. In diese Erklärung wird jeder seine Wünsche hineinlegen, und in der Schweiz wird man sie, wie gewohnt, unter der allgemeinen Traurigkeit des Volks, mit Kanonenschüssen feyern müssen. Das aber ist mit Gewifsheit vorauszu-
sehen, dafs hierdurch das Schickfal der Schweiz gar nicht verbessert, sondern im Gegentheil durch Sanctionirung verschlimmert werden wird. Die neuen Franzosen verbinden mit dem Wort Unabhängigkeit (was nemlich Äufseres betrifft) gar keinen andern Begriff, als nicht dekretmäfsig mit Frankreich vereinigt zu werden. Aber in einem Lande Truppen unterhalten und ernähren lassen, unter mannichfaltigen Titeln darin Contributionen ausschreiben, durch ihre Minister in allem, was ihnen gefällt, befehlen lassen, das Gebiet eigenmächtig verringern, Verfassungen umändern, Beamte an- und absetzen u. s. w. das alles soll mit der Unabhängigkeit verträglich seyn; denn hier heifsen Unterthanen oder vielmehr Sklaven — Alliirte; Provinzen werden Republiken, und Proconsuln Ambassadoren geneant. Mit den Franzosen ist es überhaupt, zumal wenn ihnen solches nicht nützlich ist (denn im entgegengesetzten Fall wissen sie gar wohl Phrasen von Sachen zu unterscheiden) schwer in genaue Bestimmung der Begriffe einzutreten. Sonst würde es jedem Menschen, der durch Revolutionen und Wortgepränge noch nicht um den gefunden Verstand gekommen ist, leicht einfallen, dafs die Schweiz nicht unabhängig seyn kann, so lange von Holland bis nach Neapel alles in französische

Franzosen fast in allen Theilen der Schweiz hervorgebracht worden und sich erst jetzt in seiner fürchterlichen Gestalt zeigte? Ach! ich weiß nicht, ob ich Kraft genug haben werde, nur die Hauptzüge dieses Geist und Hand des Schriftstellers lähmenden Gemäldes auszuführen. Von den sonst so blühenden und reichen Dörfern um Zürich, waren nun viele in wirkliche Hungersnoth versetzt und mußten durch fremde Wohlthaten bloß von Rumfordischen Suppen leben. In der, durch die revolutionären Spoliationen, die Massenaischen Contributionen, Requisitionen, Plünderungen, die drückenden Einquartirungen der von allem entblößten Soldaten, vor allem aber durch die gänzliche Verdienstlosigkeit,

scher Gewalt ist und so lange überhaupt Europa in der gegenwärtigen angsthaften, martervollen und gezwungenen Lage bleibt. Ein besseres Verhältniß der Staaten unter einander, gänzliche Räumung von Truppen, Neutralität auch in künftigen Kriegen, eine festere, nicht von allen Wandellaunen Frankreichs abhängende Verfassung, Herstellung des Gebiets, Aufhebung des Allianz- oder vielmehr Subjections-Vertrags mit Frankreich, Absendung mehrerer europäischen Minister an die Schweiz, und nicht bloß eines Französischen — das sind die reellen Erfordernisse, aus welchen die Unabhängigkeit der Schweiz zusammenge setzt werden müßte, so weit als sie für einen kleinen Staat möglich ist. Geschieht aber dieses nicht, so wird die angebliche Unabhängigkeit der Schweiz immer nur ein leeres Wort ohne allen Inhalt bleiben.

und die Stockung aller Einkünfte bereits zu Grunde gerichteten Stadt, war die Municipalität gezwungen, noch bloß für ihre Localausgaben, von den Bürgern die ungeheure außerordentliche Steuer von $2\frac{1}{2}$ vom Hundert des Capitalvermögens, oder $62\frac{1}{2}$ Procent der jährlichen Einkünfte zu fordern. Traurige Klagen über verfallene Wohnungen, entblößte Ställe, ruinirte Felder und Wiesen, Mangel an Brod und Verdienst, Armuth und Nahrungslosigkeit, liefen dabey von allen Seiten des Landes ein. Wer kennt aber das Thränen erpressende Gemälde nicht, welches der Anblick des Elendes in den Cantonen Uri, Schweiz und Unterwalden, selbst dem Regierungs - Commissär Zschokke, einem Fremden und einem Anhänger der Revolution, abgedrungen hat! „Wer sah,“ ruft er darin aus, „die Gelände des Canton Waldstätten jemals in ihrem Flor? Wer kannte dieß prächtige Gebirgsland vor Jahr und Tagen in seinem Wohlstand? Ach! er komme jetzt, es ist eine Schaubühne mannichfaltiger Noth und schauerlicher Verwüstungen geworden. Wanderer, kanntest du den großen und reichen Flecken von Altorf, wo Ueberfluß und Gastfreundschaft wohnten? — Geh hin; du findest ihn nicht mehr. Eine schreckliche Wildniß von Trümmern wird dich umringen; über Schutt und Aschenhügel weinen bettelnd seine meisten Einwohner, und sprechen deine Hülfe an, Zogst du jemals die schöne Straßse zum Gott-

„hard hinauf, wo der Fleiß der Bergbewoh-
„ner den kahlen Felsen fruchtbar machte, und
„wo das wilde Thal von Urseren dich mit al-
„len Bequemlichkeiten nach deiner mühsa-
„men Reise erquickte? Geh hin, du suchst es
„vergebens. Eine unwirthbare Wüsteney
„wirst du finden, wo um ausgeplünderte,
„zerschlagene Hütten, Menschen mit Kum-
„mer und Verzweiflung schleichen, und nach
„dem letzten Erdapfel scharren, den ihnen der
„Soldat liefs. Wandeltest du einst mit Freuden
„durch die fruchtbaren Gefilde von Schwyz?
„Sie sind Schlachtfelder geworden, die reich-
„sten Familien flüchteten ins Ausland, Kum-
„mer und Furcht wohnen im Flecken selbst.
„Von den wüthenden Armeen sind die Häuser
„ausgeplündert. Manche Familie ist ohne
„Bett, manche kaufte sich von den Räubern
„von ihrem Hausgeräthe nur das Nöthigste
„mit Geld und bittern Thränen zurück. —
„— Es ist unmöglich,“ fährt er fort, „die
„Gröfse der allgemeinen Noth zu beschreiben,
„ich erreiche sie mit Worten nicht. Tausend
„sonst wohlhabende Familien wissen nicht
„mehr, womit sie ihre Kinder im Winter
„vor der Kälte schützen, vor dem grim-
„migen Hunger retten sollen. *) O wären

*) Sie haben es auch nicht gewußt, denn meh-
rere Tausende derselben wanderten bettelnd in
die westlichen Gegenden der Schweiz, und wur-
den dort von mitleidigen Menschen aufgenom-
men und verpfleget.

„wir umgekommen im Kriege, mit un-
 „fern armen Kindern, so würde uns gehol-
 „fen seyn. Dießs sagte mir weinend mehr als
 „ein Vater, mehr als eine Mutter. Höret
 „aus dem Munde der Vorgesetzten und Mu-
 „nizipalitäten die Klage selbst.“ So schreibt
 Urseren: „Von der Natur schon in eine un-
 „günstige Lage versetzt, verlohren wir nun
 „noch das Wenige, so sie uns sparsam gegön-
 „net hat. Zwey Drittheile unserer (sonst
 so wohlhabenden) Einwohner sind schon an
 „den Bettelstab gebracht; ihre Häuser sind ge-
 „plündert; ihr Vieh ist getödtet; ihre Ställe
 „sind niedergerissen, ihr Heu ist weggeraubt.
 „Nur wenigen bleibt mehr als eine zahlreiche
 „Familie unerzogener Kinder. Nicht minder
 „ist die Klage von Altorf. Als ich die Liste
 „von allen bettelarmen Familien in diesem
 „Distrikt aufnehmen ließ, zählte der zerstörte
 „Flecken von Altorf allein 600 bettelarme
 „Greise, Männer, Weiber und Kinder! Hö-
 „ret die Klage vom Ausschuss aller Munizi-
 „palitäten des Bezirks (Canton) Schwyz.
 „Als wir den Krieg und dessen schlimme Fol-
 „gen noch nicht kannten, lebten wir in länd-
 „licher Zufriedenheit, in ungestörter Ruhe,
 „vergnügt mit demjenigen, was unsre Berge
 „und Thäler uns verschafften; fremd waren
 „uns alle weitere Bedürfnisse. Nun aber hat
 „es mit uns Armen ein ganz anderes Verhält-
 „niss! Diese selige Zufriedenheit ist zerstört!
 „die glückliche Ruhe von uns gewichen, die
 „Früchte unsrer Berge und Thäler sind nicht

„mehr — es mangelt uns Alles! Unsere Hüt-
„ten sind ausgeplündert; nichts bleibt uns zu-
„rück, als unbrauchbare Stücke; unsere Scheu-
„nen sind von dem gesammelten Futter, wo-
„mit wir unser Vieh zu ernähren gesinnt wa-
„ren, geleert, der Eigenthümer ist dadurch
„vom Hause getrieben, der Gläubiger in Ar-
„muth gestürzt. In dem kleinen Flecken
„Schweiz allein sind anderthalb Hundert
„Hülfbedürftige, die nichts mehr haben, im
„rauen Mutterthal sechs bis sieben Hun-
„dert“ u. s. w. *) Man wird diese Schilde-
rungen nicht übertrieben finden, wenn man
z. B. erwägt, daß das einzige Dorf Ander-
matt im Urseren Thal, fast zu oberst auf
dem Gotthard, nach einer ausführlichen Be-
rechnung, in Zeit von einem Jahre, nemlich
vom 16ten October 1798 bis gleiche Zeit
1799. an Franzosen, schweizerischen Insur-
genten, Kaiserlichen, Direktorial-Helvetiern,

*) Dieser Aufruf, welcher damals in mehreren Zeitungen stand, brachte die Wirkung hervor, daß sowohl aus der Schweiz als aus Deutsch-land, Dännemark und England, von edlen Wohlthätern, denen hiermit der wärmste Dank ge-
zollt sey, sehr ansehnliche Steuern für die ver-
unglückten Einwohner der kleinen Cantone ein-
liefen. In den Pariser Blättern hingegen wurde er zwar als ein Meisterstück einer Bered-
samkeit voll edler Simplicität (*d'une noble et simple eloquence*) hoch gerühmt; es kam aber keinem Franzosen in den Sinn, die mindeste Bey-
steuer zu geben, obgleich sie an jenem Unglück allein Schuld waren.

Russen und wieder Franzosen, in allem 681,700, oder im Durchschnitt jeden Tag 1868 Mann (also mehr als die ganze Zahl der Einwohner) einquartirt und ernährt hat, und dazu noch den Transport von Stäg bis Airolo allein besorgen, an Holz über 15000 Klafter, und an Heu viele tausend Zentner liefern mußte. „Noch mehrere,“ sagten die Vorsteher selbst, „sind von den Russen und Franzosen verderbt worden. Von unserem Viehe haben wir kaum noch ein Drittel. Wenigstens 300 Stück haben wir geliefert, und ungefähr 200 sind uns gestohlen worden. Alle Käse sind uns genommen. Die Hausmobilien sind zu Grunde gerichtet; die Franzosen haben das Bessere, die Russen das Schlechte. Von 220 Zaumpferden haben wir noch 40 brauchbare, von 40 Bergochsen sind noch drey übrig geblieben.“*) Man bedenke nun, daß dieses einzig von seinem Vieh (das nicht mehr existirte) und von dem nun stockenden Waarentransit lebende unwirthbare Bergthal, noch den ganzen darauf folgenden Win-

*) S. Helvetische Chronik vom 24. Okt. 1799. Uebrigens ist hier die Bemerkung nicht unwichtig, daß in dieser ganzen Beschreibung kein Wort zu Ungunsten der Kaiserlichen gesagt wird, und daß hier abermals die verbündeten Franzosen sich am schlechtesten müssen aufgeführt haben, zumal blos von ihnen gemeldet wird, daß sie auf Execution gelebt hätten, oder sonst nahmen, was sie fanden, und foderten, was sie nicht fanden.

ter von Truppen besetzt blieb, dazu die Communication mit Italien, die einzige Quelle seines Verdienstes, gesperrt blieb, und dass im Frühlinge abermal 22000 Mann Franzosen durchmarschirten, und alles verzehrten: so wird man sich einen Begriff von dem Elende machen können, unter welchem diese ganze Gegend seufzen muss. Von dem schauerlichen Zustande des Ober Wallis nach dem Wiedereinzug der Franzosen habe ich schon oben p. 82. und 147 — 148. die merkwürdigsten Zeugnisse anzuführen Gelegenheit gehabt. Neuere Berichte bestätigten denselben noch in höherem Grade. Dieses ganze Thal, meldet man im December 1799, ist ebenfalls zu einer Wüsteney geworden, die meisten Dörfer sind von den Franzosen abgebrannt, die übrigen bleiben öde, mit den bloßen Mauern, ohne Thüren und Fenster, die Erndten sind auf dem Felde verfault, das Vieh ist getödtet oder weggeführt, und die Einwohner selbst ausgewandert, so, dass z. B. zu Ende Decembers, also $4\frac{1}{2}$ Monat nach dem Wiedereinzug der Franzosen, in dem grossen Dorf Vispach, sich kaum 20 bis 30 Personen befanden. Eben so gross und zum Theil noch grösser war das Elend in den übrigen Theilen der östlichen Schweiz, nemlich in den Cantonen Glarus, Appenzell, den Landschaften Toggenburg, March, Uznach, Gaster, Rheinthal u. s. w. Hierin diesen Gegenden, von ehemals so glänzendem Wohlstand, sah man jetzt fast den ganzen Winter hindurch

Schaaren von Weibern, Kindern und Greisen, noch reinlich gekleidet, aber mit dem bittersten Elend ringend, mit ihren Pfarrern an der Spitze, theils das noch stehende Haus und Hof, theils die verbrannten Wohnungen, das verheerte brod- und verdienstlose Land verlassen, und ohne zu wissen wo? wie? und bey wem sie unterkommen, ob sie getrennt oder vereinigt bleiben werden, im Vertrauen auf Gott und barmherzige Leute in andere Gegenden hinziehen. Nicht die Östreicher und nicht die Russen waren es, welche diese im eigentlichen Sinne gänzliche Zernichtung eines Volkes bewirkt haben, denn so lange diese da waren, hörte man nichts von Auswanderungen, und dieselben fiengen auch erst im Hornung und März 1800, also 4 bis 5 Monat nach ihrem gänzlichen Abtritt an. Nein! die Franzosen allein tragen vor Gott und der Nachwelt die Schuld und den Fluch dieser um Rache zum Himmel schreyenden Verbrechen, sie, welche aus Raubsucht und herrschfüchtigem Fanatismus jene harmlosen Länder überfallen, zu Grunde gerichtet, ihnen den Krieg zugezogen, bey der zweyten Wiedereroberung auf's grausamste gemißhandelt, und mehrere Monate nachher dem verhungernnden Einwohner noch den letzten Bissen Brod entzogen haben. Von dem Canton Glarus, der in seinen blühendsten Zeiten kaum 22,000 Einwohner besaß, wovon 5000 der Boden, die übrigen aber die nun zernichtete Industrie ernährte, zogen allein über 1300 Kinder aus. Von dem

Toggenburg zählte man 124, aus den Landschaften March, Uznach etc. 222, aus dem Canton Appenzell 155, und aus dem Rheinthal 66, ohne die erwachsenen Personen zu rechnen. *) Wenigstens eben so viel

*) Damit man mich bey diesen Angaben, besonders wegen einer zufälligen runden Zahl, nicht der Uebertreibung beschuldigen könne, so führe ich hier die nach den verschiedenen Gemeinden detaillirte Zählung der weggezogenen Kinder und Weiber an, wie sie offiziell in den Zürcherischen Blättern erschien, weil sie in Zürich beherberget wurden. Es mag wenigstens nicht unnütz seyn, diesen Theil, der durch Revolution und Franzosen in der Schweiz bewirkten Jammer-Szenen irgendwo bleibender als in einem flüchtigen Zeitungsblatt aufzuzeichnen.

1. Aus dem Canton Glarus

von Nettstall	-	11
von Glarus und Enneda	-	110
von Bilten	-	117
Nieder Ummen	-	90
Näffels	-	137
Schwanden	-	493
Matt und Elm	-	153
Mollis	-	111
Werdenberg	-	197
Haslen	-	48
von verschiedenen Höfen	-	333

S. 1800.

2. Aus dem Toggenburg

von Lichtensteig	-	48
von Wattenwyl	-	71
von andern Höfen	-	7

S. 124.

waren aus den Cantonen Ury, Schweiz und Unterwalden (jetzt zusammen Waldstätten genannt) ausgewandert, der Canton Solothurn allein verpflegte derselben über Tausend, und Walliser waren ebenfalls zu Tausenden im Canton Freyburg, und zu Hunderten im Bernerischen Pays de Vaud aufgenommen. Der Zug jener Unglücklichen gieng von Glarus über Zürich, Baaden, durch das ganze Aargau bis nach Bern, und mit jedem Schritt verminderte sich der Haufen, durch im Innersten des Herzens mitleidig bewegte Leute, die bald hier bald dort ein oder mehrere Kinder oder erwachsene Personen zur Verpflegung übernahmen. Da war es herzerreisend, zumal in den Städten, die Scenen anzusehen, wo von ganzen Familien, aus 6 bis

3. Von Lachen in der March	45
von Utznach und Mels	100
von Tuggenau	56
von Reichenburg	21

S. 222.

4. Aus dem Canton Appenzell

von Sennwald	56
von Gais	47
von Herisau Appenzell	52

S. 155.

5. Von Thal im Rheinthal 66.

Ganze Summe 2367.

Eine Berechnung, die noch gar nicht vollständig ist.

7 Kindern bestehend, vor dem umstehenden Volke bald hier eins in stiller Hingebung sein Loos erwartete, dort ein anderes in glücklicher Unwissenheit sich liebkosend andrängte oder fröhlich empfahl, dort ein drittes in bittere Thränen zerfloss, und noch andere für jüngere Geschwister um frühere Verforgung baten, und doch die Trennung beweinten; alle aber so von einander zerstreut wurden, das oft keines wufste, was das Schicksal der übrigen seyn werde, oder wo sie hingekommen seyen. Es gereicht aber dabey der Wohlthätigkeit der übrigen, obgleich selbst mit Mangel ringenden Cantone zur Ehre, das alle jene unglücklichen Brüder, ohne das mindeste Zuthun der Regierung (denn dieses hätte eher geschadet) in denselben liebeiche Verforgung fanden, die dann entweder gasifreundlich erhalten, oder auf dem Lande verkostgeltet, oder zu Handwerkern erzogen, oder zu Hausdiensten gebraucht und gebildet wurden. Blofs der jetzige Canton Bern (der 4te Theil des ehemaligen) erhielt derselben über Tausend, Solothurn und das Bernerische Pays de Vaud jedes eben so viel, Zürich mehr als 500, die übrigen waren im Aargau, in den Cantonen Baden, Basel, und sogar in der ehemals schweizerischen, jetzt französischen Stadt Biel aufgenommen. *) Indessen waren diese nun

*) Der helvet. Zuschauer vom 12ten April 1800 enthält hierüber von den Cantonen Bern und Solothurn ausführliche Verzeichnisse; man

noch die übrigen unterstützenden westlichen Cantone selbst, welche vormals durch Revolution und Krieg mehr als die östlichen gelitten hatten, zwar nicht in dem Grade zu Grunde gerichtet, aber gleichwohl noch unglücklich genug. Hier cantonnirten nebst anderm zahlreichen Militär, auch die Kriegsgefangenen französischen Truppen aus Rom und Neapel, welche kapitulationsmässig nicht dienen sollten, und nun gleichwohl nur andere Truppen ablösten. Hier wurden die Landleute von Fuhungen, Requisitionen und Exekutionstruppen erdrückt, der Rest ihres Vermögens von den unbezahlten Soldaten aufgezehrt, und gegen Weiber und Männer ungestraft Gewaltthatigkeiten und Mißhandlungen ausgeübt, die entweder von dem bereits gebeugten und erniedrigten Volke kriechend geduldet, oder fruchtlos geklagt wurden, oft aber auch blutigen Widerstand verursachten. Da erlag man, besonders in den Städten, unter einer unzähligen Menge neuer Auflagen und unter unaufhörlichen ausserordentlichen Tellen- und Capitalsteuern, die bald von der Regierung, bald von den Verwaltungskammern, bald von den Ortsobrigkeiten oder Munizipalitäten aufgelegt, und willkührlich auf 2, 5, 6 bis 7 vom 1000 des Vermögens gesetzt

sehe aber auch den Freyheitsfreund vom 5ten Nov. 1799. helvet. Neuigkeiten vom 10. März 1800. und andere gleichzeitige Schweizer Journale.

wurden. So mußte z. B. die Stadt Bern, der man, wie den übrigen Hauptstädten, einerseits fast alle ihre Güter und Einkünfte geraubet, andererseits aber gleichwohl alle Localausgaben aufgebürdet hatte, nur in dem Laufe des Jahres 1800, nebst den endlosen Auflagen an die Regierung, noch an die Verwaltungskammer 1 von 1000, und an die Munizipalität in zwey Malen 10 von 1000 Liv. des Capitalvermögens, mithin $26\frac{1}{2}$ Procent der nicht einmal eingehenden Einkünfte bezahlen; die Verwaltungskammer des Pays de Vaud war ebenfalls genöthiget, für Requisitionen eine außerordentliche Capitalsteuer von 3 von 1000, oder $7\frac{1}{2}$ von 100 der Einkünfte auszuschreiben, und in den übrigen Cantonen, wo oft die Ortsobrigkeiten schlechter besetzt waren, weniger Hülfsmittel oder weniger Ordnung hatten, gieng es noch ärger zu; ja es gab Gemeinden, wo die monatlichen Tellen für Requisitionen oder Unterstützung der Armen auf $2\frac{1}{2}$ von jedem Hundert des Vermögens stiegen. Selbst von den äußersten Extremitäten der Schweiz, dem Thurgau und den Italienischen Vogteyen, langten die nemlichen Klagen über Jammer und Elend ein. „Sollen wir,“ sagten z. B. alle Behörden des ganzen Cantons Thurgau, in einer Adresse an die Regierung, „sollen wir Euch sagen, wie unser Canton der Willkühr des Militärs preisgegeben, unter dem Druck desselben leidet! Euch schildern die Noth und das Elend, welches von dem Mangel an Verdienst und

„den hohen Preisen der Lebensmittel her-
 „rührt? Sollen wir Euch die Armuth, die
 „Erschöpfung, den Ruin und all den namen-
 „losen Jammer, der auf uns liegt, und weit
 „in die Zukunft sich auszudehnen scheint,
 „vor Augen stellen — Ihr würdet erschrecken
 „über dem Gemälde, würdet Euch wundern,
 „dass ein armes, verlassenes Völklein diese
 „Drangsale und dieses Elend so lange aushal-
 „ten konnte.“ *) So meldete auch ein Be-
 amter von Lugano, im Julius des nemlichen
 Jahres. „Ein ungelicher Dämon waltet jetzt
 „über uns, und verwickelt und verschlim-
 „mert unser Schicksal täglich mehr. Armuth,
 „Viehpest, Krieg, Zerrüttung, Lähmung im
 „Innern, elendes Kabalenwesen — — wenn
 „das noch lange so fortgeht, so haben wir
 „bald eine Republik von Bettlern und Schuld-
 „nern.“ **) Ich will übrigens der Naturübel
 nicht gedenken, welche zu gleicher Zeit das
 unglückliche Land bedrängten; nicht der alle
 Baum - und Erdfrüchte verdorrenden Hitze,
 nicht der grassirenden Viehseuche, von den
 Armeen herbeygeführt, nicht der schlechten
 Erndte, mitten unter den mannichfaltigsten

*) S. Helvet. Zuschauer vom 15ten May 1800.

**) S. Schweiz. Republikaner vom 19ten July 1800.
 An verschiedenen Orten sind daher auch mehrere
 male bedenkliche Gährungen und Bewegungen
 vorgefallen.

Bedürfnissen, nicht der unerhörten Menge von umgreifenden, ganze Dörfer verzehrenden Feuersbrünsten, wo die durch Brand Beschädigten nun in Vergleichung mit den ehemaligen gesegneten Zeiten, fast ohne alle Unterstützung blieben u. s. w. — Denn ach! was diese Naturbegebenheiten schaden, das ist nichts, gegen die Uebel welche die Wuth oder die Schwärmerey der Menschen anrichtet; man kann sie aber nicht übergehen, weil sie theils nicht ganz von der Revolution unabhängig sind, theils wenigstens durch sie empfindlicher werden, zumal uns diese Zerstörerin des gesellschaftlichen Wohls, nicht nur aller Sicherheit gegen die Frevel der Menschen, sondern auch alles Schutzes gegen die unglücklichen Zufälle der Natur beraubt. Erschütternder wäre endlich noch das Gemälde des öffentlichen Elends oder der ökonomischen Zerrüttung, welche jetzt je länger je mehr in dem neuen Staate und allen Ueberbleibseln des Alten überhand nahm, da sie hingegen in der kurzen Zeit der partiellen Befreyung von den Franzosen schon wieder zu heilen begann. Allein ich breche hier die unglücksvolle Beschreibung ab; es ist Zeit, weiter in der Geschichte fortzuschreiten, und wird ohnedem noch Gelegenheit geben, auf jenen traurig belehrenden Gegenstand zurückzukommen, wenn ich am Ende einen zusammenhängenden Ueberblick auf den jetzigen Zustand der Schweiz werfen werde.

Die dritte Hauptfolge des Rückzugs der Alliirten für die Schweiz, war die Zurückstürzung in eine provisorische, schwankende Verfassung, wo eine Revolution auf die andere folgte, und unter heftigen Kämpfen der Geist sich bald zum besseren, bald wieder zum schlimmeren neigte. In dem ersten Zeitpunkt nach der Entfernung der Russen und Östreicher, nahm das Laharpische Direktorium seinen bisher zurückgehaltenen Uebermuth wieder hervor, und wollte seine Herrschaft strenger als vorher jedermann empfinden lassen. Es gab neuerdings Botschaften und Proklamationen im revolutionärsten Style heraus, setzte das Cantongericht von Zürich ab, darum weil es während der Anwesenheit der Östreicher seine Functionen fortgesetzt hatte, und ließ auch die sämtlichen Mitglieder der unter den Östreichern angestellt gewesen Interimsregierung von Zürich in Verhaft setzen, und bey den Räthen des Hochverraths anklagen, darum weil sie ein Contingent gegen die Franzosen, oder wie das Direktorium es nannte, gegen die Republik aufgestellt habe. Allein die Demüthigungen die es kurz darauf selbst von den Franzosen erdulden mußte, und die von allen Seiten her schreyende Stimme des Elends und der öffentlichen Meynung, brachten gar bald, zumal in den Räthen, ein kühleres Benehmen hervor. Das Direktorialarrete wegen dem zürcherischen Cantongericht ward cassirt, und das Anklagedekret gegen die Interimsregierung, nach langen und heftigen

Diskussionen, von dem Senate fast einhellig verworfen, zumal eine Menge Glieder theils jene Regierung rechtfertigten, theils mit Wärme vorstellten, dass in dem abhängigen, gebeugten, zerrütteten Zustande, in welchem die Schweiz sich befinde, den redlichen Vaterlandsfreunden wahrlich nichts anders zu thun übrig bleibe, als wenigstens unter sich in Frieden und gegenseitiger Schonung zu leben und geduldig das endliche Schicksal abzuwarten, noch andere aber sich deutlich äusserten, dass bey der Wandelbarkeit des Kriegsglücks, wo bald diese bald jene Partey siege, die jetzige Regierung auch schrecklichen Repressalien ausgesetzt werden könnte. Die antifranzösische Stimmung in den Räthen war in der That so stark, dass der Direktor Laharpe die Majorität derselben, der Revolutionsprache gemäß, öffentlich als eine austro-oligarchische Faktion verklagte, welche die alten Regierungen herstellen wolle und vermöge des geschlossenen Bündnisses Frankreich dagegen um Hülfe rufte. Er hatte dazu bereits die Schreiben abgefasst, und wenige Wochen nach der in Paris vorgefallenen Revolution vom 18ten Brümair den Plan entworfen, diese ihm entgegenstrebenden Räthe, und gerade die besten Glieder derselben, zu verabschieden, eine nach seinem Sinn ausgewählte Minorität als Commissionen beyzubehalten, sich selbst aber, nebst zwey gleichdenkenden Collegen, wahrscheinlich unter dem Namen von Consuln, zu unumschränkten Regenten

der Schweiz zu machen. *) Allein, das Projekt wurde bekannt, durch denjenigen selbst, dem er es anvertrauen mußte, und es gieng dagegen eine Veränderung hervor, wobey der antifranzösische Geist sich wenigstens darin bewies, daß man im Contrast mit der neuesten Pariser Revolution, gerade die entgegengesetzten Formen befolgte. Das Laharpische Consularprojekt ward in den Räthen als eine Verrätherey verklagt, und dagegen die drey den Franzosen und der Revolution am meisten anhängenden Direktoren, Laharpe, Sekretan und Oberlin abgesetzt, die Räthe aber beybehalten, und unter dem Namen Vollziehungscommission, eine provisorische Regierung von sieben Personen angeordnet. Dieser Beschluß ward aber hier nicht wie in Paris durch Truppen und Bajonette bewirkt, noch in einer kleinen, eigens zu dieser Absicht berufenen Versammlung erzwungen, sondern er folgte auf

*) S. seine disörtigen Schreiben an die französische Regierung, an den General Moreau, an den französischen Stadt-Commandanten in Bern u. s. w. in den Aktenstücken zu der Revolution vom 7ten Jan. Allgem. Zeit. vom 25. 26. 27. 28. 29. 30sten Jan. 3. 4. 5. 6. 15. und 16ten Febr. 1800. da kamen die Ausdrücke austro-oligarchische Faktion u. dgl. Floskeln, alle Augenblicke vor, und in dem Schreiben an den französischen General Müller in Bern wurde gerade zu von gegenrevolutionären Umtrieben in den Räthen geredet, um zu Oesterreichs Vortheil die Regierung zu stürzen etc.

ein regelmässiges Anbringen, auf förmliche freye Diskussion, und ward bey allem Widerstand theils der revolutionären, theils der sklavisch an der erzwungenen Constitution hangenden Partey, mit einer grossen Majorität durchgesetzt. In den Berathschlagungen, welche darüber gehalten wurden, so wie schon eine geraume Zeit vorher, war es auffallend zu sehen, wie die Sprache der Revolution fast gänzlich verschwunden war. Wollte man gegen das vorgeschlagene Dekret die Constitution anführen, so antwortete der eine: „er habe der von Ochs hergeschmierten Verfassung, keine Treue geschworen,“ *) ein anderer sagte: „das Volk müsse Brod haben, es sey ihm gleichgültig, von wem es regiert werde.“ **) Ein Deputirter aus dem Canton Unterwalden äusserte sich sogar mit dem ganz antirevolutionären Spruch: „Es werde nicht gut gehen, bis man wieder dem Kaiser gebe, was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist.“ d. h. Religion und weltliche Rechte und Verhältnisse respektire. Ein vierter aber, der ein Müller oder Becker aus St. Gallen war, gab seine Repräsentantenstelle auf, und führte

*) Dieß war auch wirklich wahr, denn der sogenannte Bürger-Eid enthielt von der Constitution kein Wort; er war wie ein Sekten-Eid in einer vagen, jeder Ausdeutung fähigen, allgemeinen Formel abgefaßt, man solle der Freyheit und Gleichheit treu seyn u. s. w.

**) S. Allgem. Zeit. vom 14ten Jan.

schriftlich zum Motive an, „er glaube seinen Mitbürgern nützlicher zu seyn, indem er ihnen Brod verschaffe, als wenn er im grossen Rath sitze.“ Der Geist der jene Veränderung hervorbrachte, zeigte sich aber noch deutlicher in der Auswahl der Personen, welche diese Vollziehungscommission bilden sollten. Da fiel jetzt die Wahl, was seit der Revolution nie geschehen war, auf solche Männer, die den Ruf hatten, der Revolution im Herzen höchst abgeneigt zu seyn, zum Theil auch auf angesehene alte Magistraten,*) die ihr noch ungünstiger waren, die aber wegen ihren ehemaligen Würden, ihrer tiefen Kenntniss des Landes und der Geschäfte, einer allgemeinen Consideration genossen, und nur wegen ihrer vormals, vielleicht allzugrossen Friedens- und Neutralitätsliebe, auf eine solche Art bekannt waren, dass man vermuthen konnte, ihre Wahl werde wenigstens von Frankreich nicht verhindert werden. So sehr war aber die neue Regierung verachtet, und so wenig wurde damals auf ihre Dauer gerechnet, dass die meisten neu erwählten Glieder die Stellen nicht annehmen wollten, bis sie durch die dringenden Bitten zahlreicher De-

*) Z. B. Dürler, alt Schultheiss von Luzern; Frisching, ehemaliger Sekelmeister von Bern; Müller, alt Landamman von Zug, der aber die Stelle durchaus nicht annehmen wollte, und Gschwänd, ehemaliger Kanzler des Abts von St. Gallen.

putationen von allen Ständen und Classen dazu bewogen, oder durch abgeschlagene Entlassungsbegehren gleichsam requisitionsweise dazu gezwungen wurden. Einige ließen sich sogar schriftliche Reverse von ihren Mitbürgern geben, daß ihnen solches bey einer allfälligen andern Wendung der Dinge, an ihrer Ehre nicht nachtheilig seyn solle. Auch war ihre ganze Regierung nichts weniger als von revolutionärem Geiste gestempelt. Sie entliefs sogleich die von dem gestürzten Direktorio in Arrest gesetzte Interimsregierung von Zürich u. s. w. (9. Jan.) bewirkte bey den Räthen die Dekretirung einer Amnestie für alle sogenannten contrerevolutionären Vergehungen; die Gefängnisse wurden in dieser Rücksicht geöffnet, die Urtheile cassirt, und sogar die Kriegsgefangenen, von den gegen die Franzosen streitenden auswärtigen Schweizer-Regimentern, in Freyheit gesetzt. Sie wollte an dem Kriege für die Franzosen, oder dem Kampfe für Freyheit und Gleichheit keinen Antheil mehr nehmen, verabschiedete vielmehr die wenigen, noch übriggebliebenen helvetischen Truppen, und suchte, obgleich fruchtlos, sowohl bey Frankreich als durch indirekte Schritte auch durch die Vermittelung anderer Mächte, um jeden Preis die gänzliche Neutralität für die Schweiz zu erhalten. Sie setzte im Innern eine Menge revolutionäresinnter Beamten ab, und stellte, so viel immer möglich, sogar entschiedene Anhänger

der alten Verfassung an den Platz. Sie fühlte so wohl, wie wenig Dauer und Bestand die gegenwärtige Ordnung in sich selbst, oder in der Neigung des Volks habe, daß sie die seltsam scheinende, aber nach den noch sonderbarern Umständen zu erklärende Maxime angenommen zu haben schien, gar keine politischen Verbrechen anzuerkennen. Wo es immer möglich war, da führte sie alte Einrichtungen wieder ein, befreyte die Geistlichen von der Abhängigkeit von ihren Gemeinden, stellte Kirchenzucht und die Consistorien wieder her; den Meynungen, Gesinnungen und Handlungen ward jetzt eine, seit der Revolution ganz ungewohnte Freyheit gelassen, deren Duldung und Beschützung um desto merkwürdiger war, da sich Zeitungen und andere Schriften, gar nicht zu Gunsten der Revolution, sondern je länger je heftiger gegen dieselbe äußerten, und eine ähnliche temporäre Freyheit, in Frankreich bereits nicht mehr gestattet wurde. Sie widersetzte sich endlich mit Nachdruck und Erfolg allen zu frühzeitigen Constitutionsfabrikationen, zumal denjenigen, wodurch die revolutionäre Partey unter dem Namen von Einheit eine naturwidrige Einförmigkeit in allen Dingen einzuführen suchte, und schien sich in jeder Rücksicht nur als eine provisorische Regierung zu betrachten, welche einstweilen so viel möglich Gutes retten und Böses verhindern solle, bis durch entscheidende Ereignisse entweder das Wesen der

alten Ordnung hergestellt, oder eine ihr ähnliche, festere Verfassung eingeführt werden könne. *)

Zwar hatte diese Vollziehungscommission und die ihr anhangende Majorität in den Räthen, immer noch mit der nicht entfernten revolutionären, oder von eitler Sophistik aufgeblähten Parthey zu kämpfen, welche das Ende ihres Reichs befürchtend, unaufhörlich über Verletzung der Constitution, Herabsetzung der Patrioten, Begünstigung der Revolutionsfeinde u. s. w. klagte, der Vollziehungscommission eine Neigung für das alte oder für das Foederativsystem zuschrieb, und daher oft heftige Debatten veranlasste. Allein diese Parthey konnte es gleichwohl nie mehr zum

*) Dafs die Tendenz dieser Revolution vom 7ten Jan. in Frankreich, obschon übertriebener Weise, eben so beurtheilt worden, bewies unter andern auch ein Blatt des Journals *Ami des lois* betitelt, wo es hiefs: „Die Östreichische Parthey ist dazu gelangt, in der Schweiz die Afferey von St. Cloud nachzunehmen; sie hat aus den Autoritäten alles ausgeschlossen, was der französischen Nation und der Freyheit anhieng; sie hat diejenigen gelähmt, welche die Anhänger der Russen und des Prinzen Karl bekämpften. Laharpe, Oberlin und Sekretan haben ihren Abschied erhalten. Das ist die Dankbarkeit, die man Männern bezeugt, welche alles zum Heil (?) ihres Vaterlandes (d. h. der Franzosen) aufgeopfert haben.“

Siege bringen. *) Man arbeitete in und ausser den Räthen mühselig an wunderfeltsamen Constitutionsprojekten, aber sobald es zur Berathschlagung über die vorgetragenen Abschnitte kam, so wurden dieselben fast allemal entweder verworfen oder zurückgewiesen, und zuletzt langte gar ein Ansinnen von dem französischen Minister Reinhard ein, mit dergleichen Projekten bis nach dem Frieden einzuhalten. Auch in allen übrigen Rücksichten herrschte nun gewissermassen ein Interregnum, die Räthe dekretirten fast nichts mehr, oder wenigstens nichts Wichtiges, welches auch nach den Umständen das Beste war. Die meiste Zeit ward mit partiellen Angelegenheiten, mit Polizeyreglementen über

*) Ein gering scheinendes, aber dem Geiste nach entscheidend merkwürdiges Factum war z. B. dasjenige, dafs, wie die revolutionäre Partey am 14ten Juny vorschlug, den gefallenen Vaterlandsvertheidigern von jeder Gemeinde (d. h. denjenigen, welche mit den Franzosen für die neue Republik gestritten hatten) ein Denkmal in der Kirche zu errichten, dieser Vorschlag von den Räthen selbst verworfen ward, und zwar aus dem von mehrern angeführten Grund, dafs vorerst zu bestimmen wäre, was eigentlich unter Vaterland zu verstehen sey, und dafs auch nichts unschicklicher sey, als in der Kirche, einem Wohnort des Friedens und der Verträglichkeit, solche Gegenstände aufzustellen, deren Anblick nichts anders als Entzweyung und Erbitterung der Gemüther verursachen könne.

gewisse Gewerbe und industriöse Unternehmungen, wobey man wieder auf die alten Einschränkungen zurückkam, besonders aber mit heftigen Diskussionen über die vom Volk laut verlangte, und in den Räthen selbst angebrachte unbestimmte Vertagung d. h. Abschaffung der gesetzgebenden Räthe zugebracht. Da hörte man jetzt von den Repräsentanten selbst häufig die aufrichtigen, vom Drang des Elends erpressten Geständnisse ablegen, daß sie unfähig wären, etwas Gutes hervorzubringen, kein Zutrauen besäßen, und nichts geleistet, sondern nur zu Grunde gerichtet hätten. „So haben uns denn“ sagte z. B. Perrig, ein Repräsentant aus dem Wallis, „Intrigue, Zwietracht und Cabale so weit gebracht, daß wir über unsere Auflösung uns berathen müssen. O Schande, zum Beyspiel aller künftigen ungerechten und leidenschaftlichen Regenten! Was haben wir gethan in den zwey Jahren, die nun in den Abgrund der Zeiten verflossen sind? Wo ist etwas Zweckmäßiges, etwas Zusammenhängendes? Nirgends. Wir haben uns mit Privatsachen beschäftigt und dem Eigennutz gefröhnt“ etc. *) Die Spannung im Innern der Räthe, hatte wegen dem Streit der Parteyen den höchsten Grad erreicht, alles war schwankend und ungewiss, bis nach den

*) S. Schweiz. Republikaner, besonders die Sitzungen vom 10. bis 13ten May 1800.

schrecklich entscheidenden Kriegereignissen in Deutschland und Italien, in Folge der von den systematischen Revolutions-Anhängern insgeheim bey der französischen Regierung gethanen Schritte, durch Mitwirkung des französischen Gefandten, und auf Antrag der Vollziehungscommission am 7. Aug. eine neue Revolution erfolgte, wodurch die beyden gesetzgebenden Räthe aufgehoben, dagegen ein einziger in Zukunft sich selbst ergänzender Rath aus einem Theil der bisherigen Repräsentanten von der Vollziehungs-Commission ernannt, und zugleich am Platz der letztern, auch die Regierung anders zusammengesetzt wurde; eine Veränderung, mit welcher für die Schweiz eine neue, noch jetzt fortdauernde Epoche beginnt, von welcher man sich anfänglich, weil sie die Räthe abschafte und die verhasstesten Revolutionärs entfernte, alles Gute versprach, die aber, wenigstens bis jetzt, die laut geäußerten Wünsche und Hoffnungen des Volks keineswegs erfüllt, sondern im Gegentheil entfernt und zurückgeschoben hat, zumal besonders in der neuen Regierung oder vollziehenden Gewalt, der Geist sich eher verschlimmert, und mehr auf die Seite der revolutionären Grundsätze geneigt zu haben scheint. *)

*) Der Gang und geheime Zweck dieser Revolution ist besser als in den Zeitungen, mit genauer Sachkenntniß zusammenhängend beschrie-

Rührender und belehrender ist es aber, die Stimmung zu beschreiben, welche auch nach dem Rückzug der Alliirten, und besonders seit demselben, in dem schweizerischen Volke herrschte, und die sich sowohl in seinen Handlungen, als auch in öffentlichen Schritten bey der Regierung, in der Litteratur, und in tausend andern Thatfachen, auf eine auffallend übereinstimmende Weise äusserte. Diese Stimmung war besonders schon in der angestregten, ausdauernden und alle erdenkliche Hülfsmittel erschöpfenden Wohlthätigkeit zu bemerken, welche das Publikum, zu Gunsten derjenigen Cantone bewies, die wegen ihrem Widerstand gegen die Franzosen am meisten gelitten hatten. Der oben angeführte Aufruf des B. Zschokke über das Elend der Cantone Ury, Schweiz und Unterwalden, brachte in den westlichen Gegenden der Schweiz einen solchen Enthusiasmus hervor, daß kein anderer Gedanke, als der der Hülfsleistung mehr zu herrschen schien. Große Quantitäten von Lebensmitteln, Früchten, Kleidungsstücken, Ackergeräthen u. s. w. wurden auf der Stelle gesammelt, in einer Menge von Wagen den Nothleidenden zugesickt, und die Fuhrleute boten sich unentgeltlich an, solche an den Ort ihrer Bestimmung zu führen. Dann folgte die Auswanderung zahlreicher

ben worden in dem Hamburger Polit. Journal vom Okt. 1800.

Schaaren von Weibern, Kindern und Greisen aus den Cantonen Ury, Schweiz, Unterwalden, Glarus, Sentis, Wallis u. s. w. welche alle in den übrigen Cantonen, durch bloßen Privateifer, schleunige und liebevolle unentgeltliche Versorgung fanden. (vergleiche p. 446. seq.) Dieser beträchtlichen Last und des eigenen Mangels ungeachtet, wurden aber noch den ganzen Winter hindurch für die übrigen Einwohner jener verunglückten Cantone große Geldsteuern gesammelt, und mit einem Eifer gegeben, der, wenigstens der Anstrengung nach, selbst denjenigen überstieg, welcher in den Zeiten des blühendsten Wohlstandes herrschte. Von dem Canton Zürich, und größtentheils aus der doch selbst zu Grund gerichteten Stadt, erhielt die dortige Hülfs-gesellschaft, nebst sehr beträchtlichen Unterstützungen an Kleidungsstücken u. s. w. 9764 Fl. (Carolin zu 10 Fl.), an Lebensmitteln für 1273 Fl. und an wöchentlichen Zuschüssen 506 Fl. womit sie den bedrängten Einwohnern des Cantons Arbeit verschafte, auch 49150 Portionen Rumfordischer Suppe und 19,352 Pfund Brod austheilen liefs. *) Bey einer andern Gelegenheit wurden bloß für die

*) S. Rechenschaft von den Verrichtungen der im Oktober vorigen Jahres gestifteten Hülfs-gesellschaft in Zürich, im Julius 1800. S. 32. wovon in dem Schweiz. Republik. vom 1sten Aug. ein Auszug erschienen ist.

Brandbeschädigten des Cantons in einer einzigen Kirchensteuer 9780 Fl. gesammelt. *) Der jetzige Canton Bern steuerte blofs für den ein-

*) S. Schweiz. Republ. vom 15ten Okt. Die Wohlthätigkeit der Stadt Zürich bey solchen und andern Gelegenheiten, die ihr mit Recht den Namen des guten Zürich verdiente, überstieg in der That allen Glauben, und war vielleicht beyspiellos. Zürich hatte nemlich blofs 10,000 Einwohner, und war unter den Schweizerischen Städten bey weitem nicht die reichste, ganz gewifs weit weniger reich als Basel und Genf, und im Ganzen selbst nicht so reich als Bern. Gleichwohl wurde dort vor der Revolution keine ausserordentliche Collecte in den Kirchen gesammelt, die nicht wenigstens 15 bis 20,000 Gulden abwarf, und für die nachher so undankbare Gemeinde Küfsnacht, wurden z. B. wegen einem erlittenen Wasserschaden, blofs von der Stadt, an einem einzigen Herbst-Sonntag über 35000 Gulden gesteuert. Dafür mufs man aber auch wissen, dafs dort keine Dienstmagd war, die nicht wenigstens einen Laubthaler opferte, kein Kind begüterter Ältern, das nicht aus seinem Sparhafen einen Carolin hergab, kein wohlhabender Hausvater, der nicht 5, 10, 15 bis 20 Carolins und mehr gesteuert hätte. Dabey geschah das alles mit einer solchen Bescheidenheit, dafs es ihnen nicht einmal in den Sinn kam, sich daraus das mindeste Verdienst zu machen. Wenn daher jetzt diese Steuern hier, wie an andern Orten, sich dem Betrag nach sehr vermindert haben, so mufs man darin wahrlich nicht die gesunkene Wohlthätigkeit (denn im Verhältnifs mit den Mitteln ist sie vielleicht noch gröfser) sondern einen traurigen Beweis des herabgesetzten Wohlstandes erblicken.

zigen Ort Schwanden im Canton Glarus 4214 Schweizerfranken (zu 10 Batzen oder 30 franz. Sols) und vom October bis zum 18ten Februar waren grösstentheils aus der Stadt Bern für die verunglückten kleinen Cantone 32483 Franken angelangt, und mit den gelieferten Effekten stieg dieser Betrag auf mehr als 55000 Franken. Dienstmägde, Weiber und Kinder aus den niedrigsten Classen, drängten sich hier mit Thränen in dem Auge hinzu, um den Pfennig der Wittwe für die verunglückten alten schweizerischen Brüder zu reichen, und dazu wandte man noch alle mögliche Künste und Lock-Mittel an, um selbst diejenigen zu Beyträgen zu zwingen, welche sonst nichts gegeben hätten, oder um den Luxus selbst und die wenigen übrig gebliebenen Freuden in wohlthätige Contribution zu setzen. Schauspiele wurden hier von bürgerlichen Gesellschaften aufgeführt, und Concerte von gebildeten Classen gegeben, wobey man zum Besten der kleinen Cantone ein Eintrittsgeld foderte, und beliebte Dichter oder Schriftsteller liessen ihre Werke auf Subscription drucken, um den Profit zu gleichem hülffleistenden Zweck zu verwenden. Von den Bernerischen Pays de Vaud wurden blos für das Oberwallis 14968 Franken gesteuert, von Basel, Solothurn u. s. w. liefen ebenfalls sehr beträchtliche Gaben ein, und selbst das Regiment Reding in Spanien legte 5638 Franken für seine verunglückten Mitbrüder zusammen. Sogar die so gewaltsam von der

Schweiz abgerissenen Städte Genf, Mülhausen und Biel erkannten auch hier noch ihre ehemaligen Verhältnisse, und legten ihre fort-dauernde Neigung für das alte schweizerische Verband durch Aufnahme hilfloser Kinder und erwachsener Personen, durch zahlreiche Unterstützungen an Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die alten Eidgenossen an den Tag *) Vorzüglich zeichnete sich aber hiebey das benachbarte Fürstenthum Neuenburg, welches zwar unter dem Schutze des Königs von Preussen, bisher einer ungestörten Ruhe genossen hatte, auf die großmüthigste Weise aus. Schon im Februar 1800 sandte die Stadt Neuenburg für die verunglückten kleinen Cantone 10,000 L. am 10ten Juny für eben dieselben 12000 L. und am 18ten für die Oberwalliser ebenfalls 12000 L. ein; ein Benehmen, das von ihrer Seite um desto edler und rührender war, da jene demokratischen Cantone sich vormals beständig geweigert hatten, die Grafschaft Neuenburg in den allgemeinen Eidgenössischen Bund aufzuneh-

*) Hier ist wieder zu bemerken, dass bey diesem Anlaß verschiedene Pariser Journale rühmten: „*Combien il étoit touchant de voir des Communes françaises porter d'abondans secours aux malheureux Suisses etc.*“ Sie verschwiegen aber gänzlich, dass diese französischen Gemeinden einzig und allein die drey gewaltsam von der Schweiz abgerissenen Städte Genf, Biel und Mülhausen waren.

men, obschon solches von derselben, so wie von ihrem Oberherren, dem König von Preussen, sehr gewünscht, und von den Ständen Bern, Freyburg und Solothurn stark unterstützt wurde. Endlich soll ich hier auch des wohlthätigen Auslands nicht vergessen, welches von weit entfernten Gegenden her, sein Mitleiden für die zernichteten Schweizer-Cantone auf die werththätigste Art bewies. Von Dänemark allein liefen über 4000 Reichsthaler ein, Frankfurt am Mayn und andere Gegenden Deutschlands sandten ebenfalls beträchtliche Gaben, und von einer einzigen Privatgesellschaft in England wurden 500 Pfd. Sterling übermacht, während andere dort befindliche Schweizer, ebenfalls nur zu Gunsten der kleinen Cantone und des Wallis, 303 Pfund Sterling zusammenschossen. Allein dem Drang des Herzens unbeschadet, welcher manche zu reiner Wohlthätigkeit antrieb, war es gleichwohl unverkennbar, daß, zumal im Innern der Schweiz, die meisten jener Steuern auf Rechnung der politischen Gefinnungen zu schreiben waren. Sie kamen grösstentheils, ja fast ausschliesslich, von denjenigen Personen und Gegenden her, welche ihrer antirevolutionären und antifranzösischen Gefinnungen wegen notorisch bekannt waren, und wurden fast eben so ausschliesslich, mit Uebergang anderer, die zum Theil eben so viel gelitten hatten, blos für die kleinen Cantone Glarus und das Oberwallis, als diejenigen, welche sich gegen die Franzosen geschlagen hatten,

bestimmt. Man fand eine geheime aber lebhaftere Freude darin, den Geist der Opposition gegen die jetzige Verfassung und die Neigung des Herzens bey einer Gelegenheit an den Tag zu legen, wo die Regierung nichts dagegen sagen durfte, und das Direktorium hatte den Verdruss, in allen Journalen die herzergeißendsten Lobsprüche und Dankbezeugungen lesen zu müssen, welche von ganzen Völkerschaften an Städte und Publika gerichtet waren, die es lieber hätte zertreten und zum Gegenstand des Hasses und der Verachtung machen mögen. Aus eben demselben Grund wollte auch das Publikum die Vertheilung seiner Steuern selbst besorgen, und es bildeten sich zu diesem Ende sowohl in Bern, als in andern Städten, eigene Hülfsgesellschaften, *) aus Furcht, das Direktorium und seine Agenten möchten jene Repartition entweder zu parteyisch für die sogenannten Patrioten, oder auch nur nach einer, den Absichten der Geber zuwiderlaufenden Unparteylichkeit vornehmen, und den Dank dieser Wohlthat für sich allein benutzen wollen. **)

*) S. z. B. den Plan einer zu errichtenden allgemeinen Hülfsgesellschaft für die verheerten Schweizer Cantone, von ihrem Präsidenten, Prof. Ith. Bern 14. S. 8.

**) Den Beweis dieser, sich übrigens schon aus der menschlichen Natur ergebenden Bemerkungen über den Geist, der vorzüglich jene Steuern

Noch stärkere Beweise dieser politischen Stimmung äußerten sich in den öffentlichen Schritten, welche von Seiten mannichfaltiger Theile des Volks bey der Regierung gethan wurden. Seit der ganzen Revolution hatte z. B. das schweizerische Publikum nie so viel Zufriedenheit und Hoffnung bezeugt, als bey der Veränderung vom 7ten Januar 1800, und der ganzen darauf bis zum 7ten August fort-dauernden Epoche, wo die Chefs und die ersten Begünstiger der Revolution gestürzt wurden, dagegen aber ehemalige alte Magistraten an die Spitze der Regierung gekommen waren. Die Schadenfreude über den verdienten Fall der ersteren, mochte zwar die Hauptursache dieser Zufriedenheit seyn, aber jeder machte

hervorbrachte, und ihre Verwendung leitete, findet sich erstlich darin, daß die Franzosen sehr unzufrieden darüber waren, und daher mehrere nach den kleinen Cantonen gesandte Wagen mit Lebensmitteln plünderten. Ferner hatte Massena von einer Summe von 60000 Liv. die er von den erpressten Contributionen zu Gunsten der erschöpften Cantone nachließ, den Canton Waldstätten (Uri, Schweiz und Unterwalden) der deren am meisten benöthigt gewesen wäre, ganz ausgeschlossen, und bey Vertheilung der Vermögenssteuer von 1 bis 1000. welche das Direktorium nachher zum Besten der Verunglückten aufnehmen ließ, giengen diese Cantone nebst dem Oberwallis ebenfalls leer aus, unter dem ausdrücklich angeführten Motive, daß sie durch die zahlreichen Privatsteuern bereits hinlänglich unterstützt worden wären.

sich nun eine dunkle Hoffnung alles Besseren, und legte seine weiteren Wünsche in den Zweck jener Revolution hinein. Das Volk glaubte, die alten Regierungen wären wieder in die Höhe gestiegen, und es werde ehester Tagen einen Krieg gegen die Franzosen geben. *) Andere erwarteten nun wenigstens die Einführung eines verbesserten Foederativsystems, und die Herstellung alles dessen, was die Revolution zernichtet hatte. Während man vorher keine, oder nur sehr wenige Adressen an die Regierung gesehen hatte, so langten jetzt von den angesehensten Orten und Classen die wärmsten Glückwünschungsschreiben an die Regierung ein, worin die nunmehrigen Hoffnungen kühn geäußert, auch aufrichtige Hochachtung und ausschließendes Zutrauen auf die neue Vollziehungscommission zugesichert wurden. **) Zwar gab es in diesem Zeitpunkt freylich hie und da noch Schlaken des garstigsten Jakobinismus, der sich dann bey dem Schweizer, welcher schwer erwirbt, und nicht gewohnt ist etwas zu geben, gewöhnlich mit kargem Eigennutz vermengt. So klagte z. B. die Partey der revolutionären Waadtländer

*) S. Allg. Zeit. vom 31sten Jan. 1800.

**) Man sehe z. B. die merkwürdigen Adressen der Städte Bern, Freyburg, der Landschaft Appenzell, der Kirchen-Räthe von Bern und dem Waadtland etc. Allg. Zeit. 14—16. Jan. 1800.

heftig über die am 7ten Januar gestürzte Constitution, über die Verdrängung der sogenannten Patrioten, über die connivirende Begünstigung der sogenannten Aristokraten und ihrer Anhänger etc. Es liefen späterhin auch mehrere, jedoch nicht zahlreich unterschriebene, und auf seltsam — revolutionäre Art gesammelte Petitionen gegen die im Wurf gewesene Vertagung der Räthe ein. Einige wollten weder Zehnden, noch die hergestellten Bodenzinsen bezahlen, und stützten sich dafür auf die Proklamation des General Brüne, der ihnen solches vor zwey und einem halben Jahre versprochen habe; *) Tagelöhner und Einfassen, die

*) So lächerlich dieses Factum scheint, so liegt dennoch sein Grund tief in dem Charakter des alten Schweizervolks, welches Brief und Siegel (die äußern Zeichen des Versprechens) über alles heilig hielt und heilig foderte, auch nicht begreifen konnte, dafs es möglich sey, solche zu brechen. Mehrere dieser ehemals zehndpflichtigen und jetzt zehndscheuen Bauern äusserten sich daher, als es um deren Herstellung zu thun war, oft sehr naiv und gleichsam mit Erstaunen: ob man denn glaube, dafs sie sonst für die Revolution gewesen wären, wenn man ihnen nicht die Abschaffung der Zehnden und Bodenzinsen versprochen hätte? Eine Petition dieser Art von Barga und fünf andern Landgemeinden im Canton Bern gegen die Bodenzinse war sogar sehr satyrisch und auf eine Art abgefaßt, die nichts weniger als revolutionäre Gesinnungen bewies. Sie verlangten nemlich: „Dafs zur Ehre, Lob und Preis des vor ihren Augen stehenden Frey-

nicht in Gemeinden verbürgert waren, oder durch andere Verhältnisse den Rest der Gemeindsgüter nicht benutzen konnten, verlangten die Theilung derselben, man sah auch noch Leute auftreten, die wegen einer vor 20 Jahren für Rebellionsverbrechen erlittenen Strafe, von den noch lebenden Mitgliedern der Regierung, die sie Oligarchen nannten, Entschädigung fordern wollten. Allein dergleichen Phrasen waren ausgenützt und fanden keinen Eingang mehr. Die Stimme des Publikums erhob sich dagegen mit Kraft, in zahlreichen Adressen, nicht nur gegen gewisse sogenannte Excrescenzen der Revolution, sondern gegen die Revolution, ihre Maximen oder deren nothwendige Folgen selbst, auch gegen dekretirte Freyheiten, deren Nachtheile ehemals selbst die Feinde der Neuerungen kaum vermuthet hatten, die aber nun durch die traurige Erfahrung bewiesen wurden. Inhalt und Form waren bey diesen Petitionen gleich merkwürdig; sie führten eine Sprache, worin auch keine Spur von revolutionären Phrasen und Wendungen mehr zu erblicken war, und wo im Gegentheil der Haß der Revolution

„heitsbaums, der in allen Publikationen aus-
„posaunten Gleichheit, der bezahlten 2 von
„1000, so wie zur Ehre des väterlichen Ban-
„des, das von Seiten des Vaters im Geben
„mehr als im Nehmen bestehe,“ ihnen
die Bodenzinsen von 1798 und 1799 nachgelassen
werden etc. (15. Oct. 1800.)

und die sehnfuchtsvolle Rückerinnerung an den ehemaligen glücklichen Zustand überall hervorschimberte. So genügte es z. B. der Ungeduld des Volkes nicht, die Zügel der obersten Regierung in bessern Händen zu sehen, sondern es wollte sogar die gesetzgebenden, wie wohl von ihm selbst erwählten, und im Grunde gar nicht zu zahlreichen Rätthe, aufgelöset, vernichtet, oder wenigstens stark vermindert und mit andern ersetzt wissen, ohne auf deren Ernennung nur einigen Anspruch zu machen. Es kamen dafür häufige, mit bittern Vorwürfen an die Rätthe begleitete Begehren ein, und zwar meist aus denjenigen Gegenden, wo man sonst eine grössere Neigung zur Revolution vermuthet hatte. So sagten am 2ten May 1800. die Einwohner des Cantons Appenzell in einer Petition mit 97 Unterschriften (wobey allenfalls noch mehrere Tausend andere versprochen wurden) den Rätthen gerade heraus: „sie können sich nicht enthalten, ihren „und vieler andern längst genährten Wunsch „zu eröffnen, welcher dahin abziele, das „die gesetzgebenden Rätthe zu Bern, in Hinsicht der wirklichen Umstände, ihre Stellen „verlassen, und hingegen die dadurch abgehende nöthige Gewalt, an den unsers „Zutrauens würdigen Vollziehungsausschuss „provisorisch übertragen möchten. *) Es

*) Zu bemerken ist, das vormalis, wie seither kein einziger Appenzeller in dieser Vollziehungs-Commission sass, und das es also auch diesem,

„könne,“ fuhren sie fort, „aus der fernern
„Bestehung der gesetzgebenden Rätthe nichts
„Gutes, nichts Milderndes für das Elend Hel-
„vetiens, sondern nur neue unerträgliche
„Lasten hervorgehen, und es lasse sich dabey
„leichter fühlen als ausdrücken, mit was für
„einer Gemüthsfassung Beschwerden angefe-
„hen werden müssen, welche aus unnützen
„Verrichtungen (wir wollen nicht sagen aus
„leeren Geschwätzen und ärgerlichen Zänke-
„reynen entspringen.“ *) Merkwürdiger, weil
sie selbst von den neuen Autoritäten eines
der Revolution sonst ziemlich günstigen Can-
tons herkam, war die Bittschrift von dem Can-
tongericht, den Distrikts Gerichten und
fast allen Munizipalitäten des ganzen Thur-
gau, die selbst von ihren Deputirten in dem
gesetzgebenden Rathe unterstützt, und gerade
in dem Augenblick der grössten Siege der
Franzosen eingereicht wurde. Indessen sagten
sie (nemlich während jenen Zänkereyen) „lö-
„set sich alle Ordnung, die lockeren politi-
„schen Bande zerreißen vollends, zerstörende
„Anarchie tritt ein, und unser Elend ist voll-

vormals ganz demokratischen Canton, gar nicht
darum zu thun war, wer regiere? oder auf wel-
che Quelle die Gewalt sich gründe? sondern nur
wie regiert werde? Ein Grundsatz, der dem
revolutionären, oder auch nur dem demokrati-
schen System gerade entgegengesetzt ist.

*) S. diese Bittschrift in dem Helvetischen
Zuschauer vom 10ten May 1800.

„endet. Und wer ist die Ursache hievon? B.
 „B. Gesetzgeber, die Hand aufs Herz, und
 „wiederholt Euch unter dem Jammerge-
 „schrey des zernichteten Volks —
 „Wer ist die Ursache hievon? und auf wen
 „fällt die Verantwortung? Wahrlich, länger
 „kann es nicht gehen, wie es bis jetzt gieng!
 „Ueberlegts, schon zwey volle Jahre sitzt
 „Ihr beysammen, und was habt Ihr gethan?
 „Ihr habt der Nation grosse Summen gekostet,
 „und was habt Ihr dafür geleistet? Was wer-
 „den Sie antworten, wenn einmal das Volk
 „zu Ihnen spricht: Gebt Rechnung von
 „Eurer Haushaltung?“ Sie wünschen
 „daher mit offener Freymüthigkeit, dem ein-
 „zigen Erbtheil ihrer Väter, was ih-
 „nen noch übrig geblieben sey, „dass
 „das gesetzgebende Corps sich in einen klei-
 „nen Ausschuss auflöse, weilen kleine Corps
 „geschwinder und mit mehr Harmonie arbei-
 „ten, und zudem die erschöpften Finanzquel-
 „len zu Ersparung der Kosten laut eine Ver-
 „minderung fodern u. s. w.“ *) Eine dritte

*) S. Schweiz. Republikaner vom 21ten May 1800.
 Man sieht hier wieder, dass auch da selbst die
 gebildeteren des Volks gar nicht an den soge-
 nannten Prinzipien hiengen, vermöge deren
 eine Constitution nur durch die eigens dazu
 vom Volk deputirten Stellvertreter (eine consti-
 tuirende Versammlung) gemacht werden kann,
 sondern dass sie nur eine baldige gute Ordnung
 wünschten, von wem sie auch herkomme und
 wie sie auch sey. Uebrigens ist in allen diesen

im Druck erschienene, unter dem Titel, die Mehrheit der Activ Bürger des Cantons (ehemaligen Grafschaft) Baden an die gesetzgebenden Räthe, führte das Motto an der Spitze: „Fort mit denen, welche „nur rathen, wir brauchen jene, „welche helfen.“ Den einen Gesetzgebern wird darin ihr kostbares Stillschweigen und ihre theure Gegenwart vorgehalten, „sie „seyen nur Consonanten, die nichts denn „Amen sagen. Andere wären wetterwendische, selbstfüchtige Zungendrescher, die mit „dem Eigenthum der Gemeinden, der Kirche „und des Staats, gerade so, als wäre es durch „Hochverrath verwürkt, umgegangen seyen.“ Sie rufen die Stellvertreter ihres Cantons aus der Mitte der Gesetzgebung ab, wollen die übrigen nicht mehr bezahlen, kein Gesetz, noch weniger den Entwurf einer neuen Verfassung von ihnen annehmen, „deren viele „ohne Zuthun der ersten Constitution sich ihr „Lebtag nie zum Ansehen eines Gesetzgebers „erschwungen hätten.“ Sie rühmten endlich in einer besondern Zuschrift an die Vollziehungs-Commission (welche, wie oben bemerkt worden, grösstentheils aus alten Magistraten bestand, und fast ganz antirevolutionär gesinnt war) die Einsicht und Vaterlands-

Bittschriften der alte schweizerische Charakter nicht zu verkennen, der nichts so sehr als überflüssige Kosten scheut, und denjenigen immer vorzieht, der umsonst für ihn arbeitet.

liebe derselben, verlangten Auflösung der jetzigen Verfassung, nebst der aus ihr entsprossenen Gesetzgebung, und Berufung einer neuen durch die Regierung d. h. durch den Vollziehungs-Ausschuß. *) Noch stärker, obgleich in edlerem Ton abgefaßt, war eine Zuschrift, ebenfalls an den Vollziehungs-Ausschuß gerichtet, von einer Menge angesehenen Bürger von Lausanne unterzeichnet: „Es ist,“ sagten sie, „endlich Zeit, dem seit dem 7ten Januar fortdauernden Kampfe zwischen überspannten Köpfen und Männern voll ächter Vaterlandsliebe ein Ende zu machen; Zeit, die Last die Helvetien nur unwillig trägt, zu erleichtern; Zeit, die Räthe zu vertagen, welche der Nation viel Geld kosten, ihr in den gegenwärtigen Tagen der Trauer und des Unglücks nichts nützen, und statt sich mit dem Wohl des Volks zu beschäftigen, unaufhörlich von unruhigen Köpfen bearbeitet, ihre Sitzungen mit, entweder ihrem Auftrage fremden (d. h. mit der Abfassung einer Constitution) oder in mancher Hinsicht schädlichen Debatten zubringen.“ **) Dergleichen Bittschrif-

*) S. Helvet. Zuschauer vom 12ten Jun. 1800.

**) S. Schweiz. Republikaner vom 29. May 1800. Diese Zuschrift an die Vollziehungs-Commission wurde auf ausdrückliches Begehren der unterzeichneten Verfasser, den gesetzgebenden Räthen mitgetheilt, ungeachtet sie sich folgendermaßen über dieselben äusserte: „Was haben

ten kamen vom Januar bis zum August, aus vielen Theilen des Waadtlandes, aus dem

dieselben auch wirklich, wenn man einen Blick ins Vergangne wirft, seit 2 Jahren gethan? Mit Amtskleidungen, Stickereyen und Federn haben sie sich lange, und noch länger mit ihren Gehalten beschäftigt. Alle Einnahmsquellen, die die Nation in Händen hatte, haben sie zerstört, ehe sie für die Befriedigung der selbst beschlossenen Ausgaben sorgten. Sie haben ein Auflagensystem entworfen, das von ihren Finanzkenntnissen einen wenig vortheilhaften Begriff giebt und das die Sittlichkeit des Volkes zerstören hilft. Agenten, die in sehr vielen Gemeinden nichts weniger als das allgemeine Zutrauen genossen, ist der Bezug der Staats-Einkünfte ohne irgend eine Controlle überlassen, solchen Leuten ist das Geheimniß der Glücksumstände der Familien anvertraut worden, wodurch es dann sehr bald zur Kenntniß eines jeden, der sich darum kümmert, gelangte. Sie haben viele Hospitäler, viele Armenanstalten zu Grunde gerichtet. Sie haben die Unterhaltsquellen einer grossen Menge Familien zerstört. Sie haben uns der Gefahr des Verlustes des öffentlichen Gottesdienstes unsrer geheiligten Religion ausgesetzt, indem Sie die Mittel zu Bezahlung der Pfarren vernichteten. Sie haben grausame Blutgesetze gegeben, und hierauf ein fremdes peinliches Gesetzbuch eingeführt, das weder den Sitten noch den Gewohnheiten der Helvetier angemessen ist. Sie haben ein bürgerliches Gesetzbuch abzufassen angefangen, das, wenn es sollte angenommen werden, den Advokaten allein Nutzen bringen würde. Sie haben ein Gesetz für die Municipalitäten und Gemeindskammern entworfen, das, ohne die unzuermüdende Ge-

Conton Solothurn, Zürich u. s. w. noch eine Menge anderer ein, deren Anführung zu weitläufig wäre, und selbst die Anhänger der Revolution mußten aus allen ihren Beobachtungen gestehen, daß die Auflösung der Räthe d. h. der sogenannten National-Repräsentation von der grossen Majorität des helvetischen Volks gewünscht werde.

Eben so zahlreiche Petitionen foderten jetzt, in gleich starkem Styl, die Herstellung der Zehnden und Bodenzinsen, deren Abschaffung, wie selbst die Gesetzgeber eingestanden, nie der Wille des Volks gewesen

duld derer, die das Gesetz angeht, in jeder Gemeinde offenen Krieg hätte hervorbringen müssen. Die Anstalten der Geschwornen-Gerichte und der Friedensrichter, die vielleicht einen Theil der Uebel, die die Schweiz drücken, hätten mindern können, sind vernachlässigt worden. Ohne dazu beauftragt zu seyn, wollten sie der Schweiz eine neue Verfassung geben, die den Intriganten, welchen sie alle mögliche Plätze in die Hände spielen mußte, allein hätte frommen können. — Der Tag indess, an welchem sie sich um das Vaterland verdient gemacht haben, ist jener des 7. Januars. Die Unruhstifter waren erstaunt, die herrschende Minorität, diese Minorität, die an all' unserm Jammer Schuld ist, fand ihre Pläne zerstört und Ihr wurdet erwählt.“ Man kann sich vorstellen, in welchem Grad von Verachtung eine Regierung stehen muß, der man solche Wahrheiten ins Gesicht sagte, ohne daß sie etwas dagegen vornehmen durfte.

war, und von deren Wiedereinsetzung in der That die Erhaltung des Staats, der Kirche, der Armen, der Schulen und vieler tausend Privateigenthümer abhängt. Unter diesen Bittstellern sah man z. B. einen grossen Theil der Stadt Zürich, die dortige Geistlichkeit im Namen von 40,000 Armen, die Waadtländischen Städte Iferten, Lausanne und Vis, den Kirchenrath und die Gemeindekammer von Bern, die Kirchen und Schulen des ganzen Aargau, die Geistlichen von den neuen Cantonen Thurgau und Sentis, selbst mehrere neu constitutionelle Behörden z. B. die Munizipalität von Stanz, das Cantongericht des ehemals Bernerischen Oberlands, und sogar verschiedene Dorfgemeinden, wie z. B. die von Bümplitz, Wangen und anderer Orten im Canton Bern auftreten. Da sagte z. B. die Munizipalität von Stanz in einfältig frommer alter Sprache: „Es
„seye Zeit, dafs jetzt endlich all den traurigen
„Ursachen der täglich zunehmenden Un-
„zufriedenheit des Volks, der immer
„höher steigenden Erbitterung der Gemüther,
„und des nahen unausbleiblichen Sturzes der
„Republik ein Ende gemacht werde; sie wün-
„schen deswegen, dafs jeder bey seinem Recht
„und Eigenthum geschützt bleibe; dafs kei-
„nem genommen und dem andern gegeben,
„keiner unter der Last der Abgaben erdrückt,
„und der andere mit fremdem Gut gemästet
„werde, mit einem Wort, dafs jedem das
„Seinige bleibe, dem Vaterland was des

„Vaterlandes ist, und Gott was Gott gehört.“*) Die übrigen brauchten noch stärkere Argumente, und qualifizirten die Abschaffung der Zehnden gerade zu als einen Diebstahl, es war aber seit der am 7. August eingesetzten neuen Vollziehungs-Commission alles vergeblich.**)

*) Adresse vom 25ten August 1800. S. Schweiz. Republikaner vom 1ten Sept.

**) Die Zehnden und Grundzinsen wurden im Anfang der schweizerischen Revolution von den neuen Regenten abgeschafft, 1) aus revolutionären Prinzipien, weil man sie ohne alle Sachkenntniß, als Auflagen oder Feudallasten ansah, und alles gleich machen wollte; 2) weil viele Beförderer der Revolution solches den reichen Bauern versprochen hatten, um sie dadurch der Revolution günstig zu machen; 3) weil viele zehndpflichtige Bauern selbst in dem Rathe saßen und sich gern von dieser Schuldigkeit zu befreien suchten; 4) weil man neue Auflagen einzuführen gedachte, und befürchtete das Landvolk würde dieselben ohne Abschaffung der Zehnden nicht bezahlen wollen. Nun aber war es durch seitherige zahlreiche Erörterungen allgemein und selbst von der Regierung anerkannt, daß die Zehnden eine rechtmäßige Schuld, ein in gemeinem Commerzio cursirendes Eigenthum, mithin keine Auflage seyen: allein ungeachtet dessen, führte die Vollziehungs-Commission nach dem 7ten August zum Grund ihres Widerstrebens an, daß sich bey den Schuldnern ein fast allgemeiner Widerwille gegen die Entrichtung des Zehndens zeige. Diese (sobald es um eine Schuldigkeit zu thun ist) übrigens ganz unentscheidende Behauptung, war aber größtentheils falsch, indem nicht nur vor der Revolution darüber nie

Noch merkwürdiger für den philosophischen Beobachter, waren endlich eine Menge anderer collectiven Bittschriften, worin ganze Landesdistrikte und ansehnliche Publika, theils in ziemlich deutlichen Ausdrücken die alte, oder wenigstens eine derselben sich möglichst annähernde Ordnung verlangten, theils durch traurige Klagen bewiesen, wie ungegründet und oberflächlich die Vorwürfe waren, welche man ehemals gegen verschiedene minder wesentliche, und in allen Staaten herrschende Einrichtungen der alten Verfassung gemacht hatte. So protestirte z. B. der Canton Appenzell, wie mehrere andere, in der oben angeführten Adresse, gegen die

die geringste Klage geführt wurde, sondern auch während derselben ganze Landschaften sich deutlich dafür äuserten, und endlich in den von den Östreichern besetzt gewesenen Gegenden, der Zehnde von dem ganzen Volk, mitten unter den Kriegslasten, ohne die mindeste Schwierigkeit gestellt wurde. Sie war nur in dem Sinne richtig, daß die zehndpflichtigen Bauern die Zehnden nicht neben den neuen Abgaben, und nicht an diese Regierung entrichten wollten, welche ihnen einerseits jene Abschaffung versprochen, andererseits aber sie mit so vielen andern, weit ärgern Lasten erdrückt hatte. Die Furcht, daß die Bauern zwar wohl die Zehnden, aber dann nicht noch die übrigen Auflagen bezahlen möchten, ist auch noch jetzt der vornehmste Grund, warum die helvetische Regierung die Zehnden nicht herstellen will, wiewohl die Finanzen sich dabey ganz gewiß besser befinden würden.

Abfassung von Constitutionen, „weil der dermalige Zeitpunkt gar nicht der schickliche dazu sey, und weil die Verfassung auf keine feste Grundlage gestellt werden könne, zumal dieselbe, so wie die politische Existenzart der Schweiz, erst von dem Ausgang des noch fortdauernden grossen Kampfes erwartet werden müsse.“ So äusserte sich das *pays d'en haut Romand* (das von Bonstetten so schön beschriebene Saanenland) in einer Adresse an den Vollziehungsausschuss vom 11. May 1800, wo jedes Wort die Sehnsucht nach dem Alten andeutete und worin sie den Räthen sogar die Competenz zur Abfassung einer Constitution absprach, gerade heraus: „Es seye Unfinn, metaphysischen Abstractionen zu lieb, welche die grosse Menge des Volks nicht verstehe, die Schweiz noch einmal desorganisiren, und unserem Nationalcharakter ganz zuwider, durch Versuche und durch abermalige Versuche und durch philosophische Theorien, zum politischen Glück gelangen zu wollen, während dieses Glück nur in einer einfachen, gerechten, und auf durch die Erfahrung erprobten Grundlagen ruhenden Verfassung gefunden werden könne, in einer unsern Localitäten, unsrer Unwissenheit, unsrer Armuth, unsern Sitten und selbst unsern Erinnerungen angemessenen Verfassung; einer Verfassung endlich, wir scheuen uns nicht es zu sagen, die sich jenen alten und geliebten Formen nähert,

„bey denen sich unsere Nation in den Jahr-
„hundertn ihres Wohlstandes so gut be-
„fand.“ *) So sagten endlich auch die Bitt-
steller von Lausanne in jener oben bemerkten
Zuschrift: „sie wünschen die Einführung ei-
„ner den Sitten, den Gewohnheiten und
„dem Charakter der schweizerischen
„Völkerschaften angemessenen Ordnung
„der Dinge, und hätten in dieser Rücksicht

*) S. diese merkwürdige und schön geschriebene Adresse in dem Schweiz. Republikaner vom 21. May 1800. Man möchte vielleicht einige der daherigen Ausdrücke vag und unbedeutend finden; allein sie waren es für Landeskundige gar nicht, denn sie stellten gerade zu alle Vortheile der alten Ordnung dar. Eine einfache Verfassung hieß die durch einen Souverain, denn es ist keine Einrichtung einfacher, als diejenige, wo das älteste und mächtigste Glied des Staats zugleich das Oberhaupt desselben ist; Angemessenheit mit den Localitäten bedeutete eine solche, wo jeder seine Rechte und Gewohnheiten behalten kann, mithin eine Föderativverfassung; die Worte auf Unwissenheit und Armuth berechnet, wiesen auf eine solche Verfassung, wo nicht jeder, am allerwenigsten durch Volkswahlen, zur Regierung gelangen kann, und wo die obersten Regenten nicht bezahlt zu werden brauchen; den schweizerischen Sitten angemessen, hieß keine französische, noch von fremden Ländern nachgeahmte Verfassung, und was endlich die auf Erfahrung erprobten Grundlagen und die Angemessenheit mit alten Erinnerungen anzeigen sollten, bedarf keiner weitem Erklärung.

„von dem Vollziehungsausschuss grössere, „schnellere und entscheidendere Massregeln „erwartet“ u. s. w. mehrerer ähnlicher zuge-
schweigen, deren Anführung zu weitläufig
wäre. Nicht minder äusserte sich die Sehnsucht
für andere alte, sonst zu flüchtig getadelte Ein-
richtungen. Anstatt dass im Anfang der Re-
volution alle Zünfte, alle Corporationen, alle
durch das gesellschaftliche Zusammenwohnen
nöthig gewordene Regulirungen und Ein-
schränkungen gewisser Gewerbe, vermöge der
Freyheit und Rechtsgleichheit mit grossem
Prunke abgeschafft worden: so langten nun
von allen Seiten her Beschwerden gegen die
Folgen der von allen Zunftseinrichtungen un-
abhängigen, ordnungslosen Gewerbsfrey-
heit ein, und selbst die Vollziehungscom-
mission stellte diese Nachtheile den Räthen in
einer eigenen Botschaft vor Augen. *) Dort
hatte man selbst die Gemeinds-Bürgerrechte,
d. h. die natürlichen Rechte und Befugnisse,
der in einer Stadt oder Gemeinde zusammen-
wohnenden, durch gemeinschaftliche Bedürf-
nisse, Besitzungen und Einkünfte in eine Ge-
sellschaft vereinigten Bürger aufgehoben, und
jeden Einfassen, jeden hinzugelaufenen Vaga-
bunden mit ihnen in die gleiche Classe gesetzt;
jetzt aber sah man die Stadt Vivis im Waadt-
lande und verschiedene andere, die Wiederein-

*) S. die Bittschriften der Städte Zofingen und
St. Gallen vom 3. u. 17ten Sept.

führung dieser Bürgerrechte verlangen, auf welchen doch im Grunde die alte Verfassung beruhte. Ja sie begehrte selbst die Herstellung gewisser Ehrschätze, von denen sie nun selbst einfah, daß sie auf billige Verträge gegründet seyen. (27. Aug.) Von allen Gegenden der Schweiz ertönten jetzt die bittersten Klagen gegen die zahllosen Inconvenienzen des freyen Weinauschenken, was doch, wenn es nur um strenge Gleichheit der bürgerlichen Rechte, und um gar keine andern moralischen Rücksichten, oder gesellschaftliche Vorthelle zu thun seyn soll, schlechterdings nicht bestritten werden kann. Im gesetzgebenden Rathe selbst wurden diese Inconvenienzen mit den schwärzesten Farben gemahlt, und es erfolgte darauf ein Reglement, welches gänzlich die alten Ordnungen und ausschließenden Privilegien wieder einführte. Man klagte ehemals über die Menge und die Kostbarkeit der Prozesse; allein auch hierin fand es sich jetzt, daß die alten Gesetze noch besser waren als die neuen, indem ganze Cantongerichte sich beschwerten, der neue Tarif der Gerichtsgebühren sey so übermächtig hoch, daß der Arme kein Recht erhalten könne, da hingegen ehemals die Rechtspflege in mehrern Cantonen unentgeltlich verwaltet worden, und die Distriktsrichter Entlassung von ihren Stellen foderten, aus Furcht, von den Parteyen, wegen den unerträglichen Forderungen, mißhandelt zu werden. Endlich stellten auch die Kirchenräthe von Bern,

Zürich, Lausanne u. a. O. in stark abgefaßten Petitionen, die schrecklich überhandnehmende Sittenverwilderung vor, und drangen auf die Nothwendigkeit, Religion und Kirchenverfassung herzustellen, welche durch die neue Ochsfische Constitution in jeder Rücksicht untergraben, ihrer Erhaltungsmittel beraubt, außer alle Verhältnisse mit dem Staat gesetzt, und immer nur eine Sekte genannt worden war. Besonders merkwürdig waren in dieser Rücksicht die Ausdrücke des bernersischen Kirchenraths, der doch keineswegs aus sogenannten steifen Orthodoxen, sondern aus Männern von sehr hellen Einsichten bestand. „Die „Freunde der Religion,“ (sagten sie in einer Adresse, nach dem 7ten Aug.) unter einem „Volk, das beständig den Ruf der Religiosität „behauptet hat, harren jetzt zutraulich der „Heilung der Wunden entgegen, welche ihr, „und damit der Moralität und Zucht, der all- „gemeinen häuslichen Wohlfahrt und Ruhe, „bald von der Unwissenheit und Rohheit, „bald von den geheimen Machinationen einer „mit Zerstörungsplanen umgehenden After- „philosophie geschlagen worden sind.“ Sie schilderten sodann, „wie die neue Verfassung, „unter der Helvetien seufze, unter dem „schön tönenden Namen der Religionsdul- „dung eine Religionsgleichgültigkeit aufge- „stellt habe, vor welcher das reine, Sittlich- „keit befördernde Christenthum mit dem un- „gereimtesten Aberglauben, mit dem zerstö- „renden Unglauben, und mit jeder Unruhe

„und Unordnung gebährenden Empfindung
„fanatischer Köpfe in einer Linie stehe; wie
„die Handhaber jener Constitution, die Kirche,
„diese moralisch religiöse Gesellschaft, in jeder
„Rücksicht aufzulösen gesucht, ihren Einfluß
„auf Sittlichkeit und Volksglück abgegraben,
„und damit zu allen die Revolution beglei-
„tenden Uebeln, das Uebel der Aufhebung
„aller Zucht und der Lähmung aller morali-
„schen Hülfsmittel hinzugethan hätten, und
„schlossen am Ende wieder: die Erhaltung
„der religiösen Institute werde gewiß zur
„Beruhigung des an dem Glauben seiner Väter
„hängenden Volks gereichen; dieses Volks,
„gegen dessen überwiegende Mehrzahl, ein-
„zelne Anhänger einer wider Christenthum,
„wie wider alle bürgerliche Ordnung und
„alles Eigenthum verschwornen Sekte in kei-
„ne Betrachtung kommen können.“ *).

*) S. Allg. Zeit. vom 30ten Sept. 1800. Ich will hier die Frage nicht untersuchen, ob diese neuere Behauptung in jener Ausdehnung wahr sey, oder ob, was mir eben so wahrscheinlich ist, bloß einzelne Grübler, die im Anfang nur von Bestreitung von Vorurtheilen ausgingen, zuletzt in ihrer Verirrung dahin geriethen, fast alle göttliche und menschliche Einrichtungen für Vorurtheile zu halten, und die Mannichfaltigkeit der natürlichen Verhältnisse der Menschen, nebst ihren verschiedenen Formen und Ausbildungen, für Abweichung von, ich weiß nicht welcher Natur, auszugeben; während die Menge scheinbarer Anhänger, sich gleichsam in philosophischer Seligkeit ob dergleichen Sätzen und Speku-

Ein eben so veränderter und zum Theil ganz antirevolutionärer Geist, zeigte sich jetzt auch in der schweizerischen Litteratur, was um desto merkwürdiger war, da nicht andere Schriftsteller auftraten, sondern meist nur solche, die gar nicht zu der vormals begünstigten Classe gehörten, sondern wegen dem Einfluß ihres Standes, ihres Berufs, ihrer habituellen Studien und Verhältnisse, sonst der Revolution und ihren Grundsätzen theils geneigt, theils wenigstens nicht abgeneigt waren, und welche nun die öffentliche Meynung in Absicht auf Verfassung, Regierung, Religion und Kirche, weniger hervorbrachten, als vielmehr auffassten, und mit Gründen unterstützten. Unter den häufig gedruckten Kanzelreden der berühmtesten Geistlichen, war auch kaum eine zu finden, wo nicht der Abscheu gegen die Revolution her-

lierungen entzückte, ohne an ihre praktische Ausführung zu denken, noch ihre Folgen zu ahnden. Ich lasse dieses dahin gestellt seyn, *non nostrum est tantas componere lites*, und führe diese Stellen hier nur deswegen an, um die veränderte Stimmung zu beweisen, welche die Revolution hervorgebracht hatte, und auf die merkwürdige Erscheinung aufmerksam zu machen, daß in Ländern, wo doch das neue System auf dem Throne sitzt, Männer von den vortrefflichsten Einsichten, durch die Ereignisse aufgeschreckt, jetzt öffentlich und unwidersprochen eine solche Sprache führen, während ihnen vorher kein Gedanke zu dergleichen Äußerungen aufgestiegen wäre.

vorleuchtete, und je nach dem Charakter ihrer Verfasser, entweder diese traurige Erfahrung zur Belehrung und moralischen Besserung benutzt, oder mit paulinischem Eifer das Unrecht selbst kühn angegriffen, und gegen die mit der Irreligion anfangende und mit der Zerstörung aller Staaten sich endigende Sophistik, geprediget ward. *) Was die Zeitungen betrifft, so wurde darüber schon in den gesetzgebenden Räthen öffentlich geklagt, daß, eine oder zwey ausgenommen, (meist von Fremden verfaßt) die übrigen alle mehr oder weniger die Contrerevolution predigen, d. h. in antirevolutionärem Geist geschrieben seyen. Die wenigen revolutionären Flugschriften aber, wurden jetzt von den übrigen an Zahl und Gewicht ohne alle Vergleichung überstimmt, und die Mode war so sehr verändert, daß letztere von dem Publikum mit einer unbeschreiblichen Begierde aufgenommen wurden, und selbst die ersteren, wenigstens Ton und Ausdrücke zu ändern gut fanden. Lavaters Brief an das helvetische Direktorium vom Dec. 1799 (den man nicht mit seinem Schreiben an Reubel verwechseln muß)

*) Sehr merkwürdig sind in dieser Rücksicht die zu Bern unter den Augen der neuen Regierung im Sept. 1800 gehaltenen Bettagspredigten von Ith, Stephani und Müslin. Man sehe auch die Sammlung der Predigten von dem Zürcherischen Antistes Hefs, betitelt: Der Christ bey Gefahren des Vaterlandes 2. B. 8.

ward so reißend gekauft, daß er nicht genug nachgedruckt werden konnte, und seine Bekanntmachung von Seiten des Direktorii, gerade die dem beabsichtigten Zweck entgegengesetzte Wirkung hervorbrachte. Das Direktorium glaubte nemlich, mittelst dieser Publikation den würdigen Pfr. Lavater als einen Schwärmer darstellen zu können; allein das Publikum sah die Sache aus einem ganz andern Gesichtspunkt an, und liefs dem Verfasser nur noch mehr Gerechtigkeit über seine Einsicht und seine Tugenden wiederfahren. Die Schrift eines würdigen und talentvollen Geistlichen im Canton Zürich, Pfarrer Schweizer von Embrach, *) drang so stark und bitter auf die Vertagung der Räthe, daß sie von denselben als aufrührerisch denunciirt wurde. Der Verfasser ward aber von dem Cantongericht mit einer Ermahnung entlassen, und gab eine Vertheidigung heraus, die noch kühner als das Memorial selbst war. **) In einer ferneren Schrift nach dem 7ten August, griff er sogar die ganze Revolution selbst an. †) „Man rede „und schreibe immer,“ heist es hier, „als ob

*) Entwurf eines Memorials an die Vollziehungscommission und die helvetische Regierung 1800.

**) Rechtfertigungsrede des Pfr. Schweizer von Embrach etc. 28. May 1800. S. 40.

†) Zuruf an alle warmen Vaterlandsfreunde. 8. Zürich 1800. S. 15.

„nothwendig eine Revolution hätte seyn müssen, und als hätte man in der Schweiz vor dem Einfall der Franzosen, in wilder Barbarey gelebt, und gar keine Begriffe von bürgerlicher Gesellschaft gehabt. Die französische Constitution sey bereits umgestürzt, und die jetzigen Gewalthaber hätten keine Vollmacht, eine neue zu machen, es trete daher eigentlich das Alte an Platz; wenigstens solle man an ein solches Werk nicht denken, bis daß die Unabhängigkeit der Schweiz hergestellt sey, indem diess nur eine Erneuerung der Revolution seyn würde, sie solle auch allenfalls gar nicht auf die Grundlagen der Revolution gesetzt werden u. s. w.“ Ein anderer, der sich ebenfalls mit seinem Namen unterschrieb, trug sogar darauf an, die Räthe durch die Vollziehungscommission aus einander sprengen zu lassen, wenn sie nicht freiwillig gehen wollten, *) und foderte die „wenigen Edlen, die sich noch unter jenen finden, welche dem armen, betrogenen Schweizervolk, das Recht es zu mißhandeln und auszuplündern, abgestohlen und abgelogen haben, auf nicht länger mit diesen Ruderknechten zu arbeiten, sondern einmal ein Werk der Barmherzigkeit an dem armen

*) Versuch eines Constitutionsentwurfs für Helvetien, von Christoph Zimmermann, Pfr. an der französischen Kirche in Zürich. Anfangs Maymonats 1800. 8. S. 19.

„Vaterlande dadurch zu thun, daß sie die ersten von der ekelhaften Tollhäusler „Schaubühne“ abtreten. Wo bloße Vernunft nichts fruchtete, da wurden Bilder und andere Formen zu Hülfe genommen, und in treffenden Carrikaturen (eine Gewohnheit, die sonst in der Schweiz gar nicht existirte) sowohl als in ernsthaften und launigen Gedichten, die Revolution, deren Maximen und die jetzigen Regenten, mit Spott und Schande überworfen; *) zahlreiche und gründliche Schriftsteller stritten noch ferner, obschon fruchtlos, wie seit zwey Jahren, für die Wiederherstellung der Zehnden und Bodenzinsen, wobey manche andere, der Revolution ganz entgegengesetzte Grundsätze, kühn und gründlich erörtert wurden. **) Was die Verfassung betrifft, so äußerten sich die meisten Schriften, wie die meisten Adressen dahin, eher im provisorischen Zustand zu bleiben, als unter den

*) Ein ernsthaft satyrisches Gedicht dieser Art erschien unter dem Titel: Zuruf an mein Vaterland. Nach den Bedürfnissen der Zeit von einem Schweizer, mit Anmerkungen begleitet von D. Martin Luther. gr. 8. 1800. S. 24.

**) Ansprüche der Pfarrer auf den Zehnden, von Thadd. Müller, Pfr. zu Luzern. 1800. 44 S. 8.

Erklärung der Eigenthümer der Zehnden und Bodenzinsen, von der Zürcherschen Geistlichkeit. Apr. 1800. 16 S.

Geschichte des Zehndens von Professor Schulthess. 1800. u. a. m.

jetzigen gezwungenen Umständen von der dormaligen verachteten Regierung eine solche abfassen zu lassen, indem bey jeder Zögerung doch noch die Hoffnung zur möglichen Rückkehr des Alten übrig blieb. Im übrigen hatten durch die zweyjährige traurige Erfahrung, die einen gefühlt und die andern deutlich einge-
sehen: daß eine Regierung oder Gewalt, welche keinem Publikum, keiner Provinz, weder Existenz noch einige Rechte und Befugnisse läßt, alles und jedes gleich und einförmig haben will, (die so gepriesene Einheit und Untheilbarkeit) die naturwidrigste von allen Einrichtungen, und der monstruöseste von allen Despotismen sey. Die Sehnsucht nach den alten Gewohnheiten zeigte sich daher auch darin, daß fast alle disörtigen Schriften zu Gunsten des Föderativsystems, d. h. zu Gunsten der eigenen Existenz unter einem Bunde oder andern Vereinigungspunkte, abgefaßt waren. Die Schrift von dem Repräsentanten Kuhn, über Einheit und Föederalism, als Grundlage einer künftigen Verfassung für Helvetien, machte hierin die einzige bedeutende Ausnahme, und wollte gleichwohl noch einige Verschiedenheit in den Provinzialverwaltungen zulassen; dagegen aber wurde in einer Menge anderer Schriften, die Zweckmäßigkeit des Verbündungsystems für die Schweiz mit ernsthaften Gründen aus einander gesetzt,*)

*) Die vorzüglichsten dieser Schriften sind:

und in kleineren Aufsätzen mit treffender Satyre gegen die revolutionäre Einheit zu Felde gezogen. Die Idee schwebte, wie durch ein unzerstörbares Gefühl, dunkel in allen Köpfen, und junge Metaphysiker wollten jetzt aus der Vernunft eine modifizierte Einheit herausbringen, die aber entweder aus Mangel an eindringender Sachkenntniss, oder aus Trägheit des Geistes, oder aus Schwärme-

Helvetien zu Anfang des Jahrs 1800, von Prof. Ith, mehrmals nachgedruckt, und auch in die helvetische Monatschrift aufgenommen.

Essai sur les nouveaux principes par F. Monneron, aus dem Waadtland. Lausanne 1800. 234 S. 8. grossentheils antirevolutionär — oft scharfsinnig und neu.

Betrachtungen zum Vorthail des Bundesystems, von F. R. Lerber aus Bern, May 1800. S. 55. sehr populär und oft witzig.

Des avantages et des inconvéniens du Système fédératif, considéré comme base de la future constitution de l'Helvetie. 1800. S. 46 8. vorzüglich gegen die Schrift Kuhn gerichtet.

Ueber Einheit und Federalism — ein Brief aus Luzern vom 10. Jun. 1800.

Hieher gehören auch die obigen von Pfarrer Schweizer, Zimmermann u. f. w.

Alle diese Schriften sind auch wegen ihrem übrigen Inhalt, für die Kenntniss der Stimmung der Schweiz ausserordentlich merkwürdig. Allein es würde schon zu weitläufig seyn, hier nur die vorzüglichsten Äusserungen anzuführen.

rischer Verachtung der Realitäten, immer nur bey ihren allgemeinen Sätzen blieben, und daher wenig oder keine Belehrung gaben, worin eigentlich ihre modifizierte Einheit bestehen solle, und wie sie eingeführt werden könne? *) Endlich gehört es auch unter die Beweise der antirevolutionären Stimmung, daß dormalen Religion und Kirche, die in der That mit gewissen Grundsätzen der Revolution gar nicht verträglich sind, nun von den schweizerischen Schriftstellern mehr als je in Schutz genommen werden, kein einziger mehr dagegen auftreten darf, und dergleichen Schriften, die in Zeiten des Glücks von vielen mit Gleichgültigkeit wären beyseite gelegt worden, nun von dem Publiko verschlungen werden. Der Streit zwischen Philosophismus und christlicher Religion wird hier kühner als in keinem andern Lande geführt, und der Sieg scheint sich offenbar auf die Seite der letztern zu neigen. In dieser Hinsicht, schrieb Schulthess in Zürich ein sehr aufgeklärter Geistlicher, seine Herzensergießungen über den Religions- und Sitten-Verfall in unterm armen Vaterlande;

*) S. Analytischer Versuch zu einer Modification der Einheit in der Schweiz. Luzern 32 S. 8.

Ideen über die Form und den Inhalt einer Staatsverfassung, von Genhard. 16 S. 4.

Müslin seine Vertheidigung der Geistlichen gegen eine sophistisch verschrobene Sentenz, die in Kuhns Schrift erschien: „dass die Regierungen und die Priester sich seit Jahrhunderten um die Wette bemühet hätten, die moralische Natur der Menschen zu verderben; *) Hefs und Ith ihr protestantisches Kirchenrecht für die Schweiz, **) während ein Göldlin u. a. m. nicht ohne Scharfsinn und Talent, und mit einem edlen Toleranzgeist gegen andere Religionsvereine, auch die catholische Kirche vertheidigten, und ihre Uebereinstimmung mit wahrer Vernunft gegen ungereimte Verdrehungen auseinander setzten. Die öffentliche Meynung war, was man vor der Revolution nie vermuthet hätte, in dieser Rücksicht so stark, dass selbst der Minister Stapfer, ehemaliger Professor in Bern, ein junger Mann von den seltensten Talenten, und durchdringend hellen philosophischen

*) Diese, in mehr als einer Rücksicht, auch wegen ihrer treffenden Kühnheit merkwürdige Schrift des Diac. Müslin, hat zwar wegen andern beyläufigen Äußerungen, zu einer unanständigen litterarischen Personalfehde zwischen dem Verf. und seinem Gegner Kuhn Anlass gegeben, die aber mit dem eigentlichen unwiderlegt gebliebenen Hauptgegenstand, in gar keinem Zusammenhange steht.

**) Ueber die Rechte der Kirche und derselben freye Ausübung in unserm Staat. Bern 8. S. 38. S. Allg. Zeit. vom 20sten Oct. 1800.

Einſichten, ſich zum nicht geringen Erſtaunen des Publikums, von den diſſorts gegen ihn geäußerten Verdächtigungen, öffentlich rechtfertigte, das Chriſtenthum und die chriſtliche Kirche, ſogar die Nothwendigkeit einer bindenden (zwar der Verbeſſerung fähigen) Lehrform, freylich auf eine nicht gemeine Art, in Schutz nahm, und ſelbſt die hiſtoriſche Entwicklung eines methodiſchen Planes zur Zerstörung des Chriſtenthums zu liefern verſprach. *)

Allein entſcheidender noch als in jenen Adreſſen und in dieſer Litteratur, zeigte und zeigt ſich noch jetzt die Stimmung aller Gegenden und aller Claſſen der Einwohner, in tauſend andern Thatſachen, die alle aus dem nemlichen Geiſte hervorgehen; Thatſachen, die in den gewöhnlichen Zeitungen entweder gar nicht, oder wohl hie und da abgeriſſen vorkommen, deren Menge und Gleichartigkeit aber darin nie bemerkt, oder unter einen Geſichtspunkt zuſammengeſtellt werden. Seit dem Rückzuge der Alliirten aus der Schweiz, wo doch die Hoffnung eines beſſeren Erfolgs ſich ſehr vermindert hatte, nahmen gleichwohl die Auswanderungen immer zu, und während dem ganzen Winter von 1799 bis 1800 hatten die Rekrutirungen für die bey

*) S. ſeine merkwürdige Schrift über die Lage der Religion und ihrer Diener in Helvetien, Bern 1800.

der kaiserlichen Armee stehenden Schweizer-Regimenter einen solchen Fortgang, daß fast keine Nacht vergieng, wo nicht 10 bis 20 Schweizer mitten durch die französischen Vorposten sich mit Gefahr ihres Lebens insgeheim über den Rhein setzen ließen; daher auch jene Regimenter bey Eröffnung des letztjährigen Feldzugs wenigstens zweymal stärker waren, als wie sie mit den Russen aus der Schweiz zogen, und zwar, ohne daß man andere Rekruten zugelassen hätte, als diejenigen, welche aus dem Innern des Landes kamen. *) (vergleiche S. 135. und 137.) Auf der andern Seite aber desertirten die von den Franzosen angeworbenen sogenannten Helvetier so zahlreich, daß von ungefähr 3000 Mann, aus denen sie bestanden, bey der Ankunft in Mainz, wo man sie einschließen wollte, kaum noch

*) Noch am 6ten Juny 1800, wo doch die Franzosen schon ganz Schwaben eingenommen hatten, hörte man daher in den Räthen zu Bern von revolutionären Deputirten die merkwürdige Klage führen, „daß die Auswanderungen immer zunehmen, und daß selbst im Augenblick „der größten Siege der Franzosen, die „Werbungen für die Östreicher d. h. für die auswärtigen Schweizer Regimenter, einen scandalösen Fortgang haben.“ Das Factum ist z. B. zuverlässig wahr, daß etwa 20 Rekruten für das von England besoldete Schweizer Regiment Roverea am 2ten May, zu gleicher Zeit mit den Franzosen, unbemerkt bey Waldshut über den Rhein gekommen, und richtig bey dem Regiment eingetroffen sind.

1000 übrig blieben, und von ferneren Werbungen gar keine Rede mehr war. *) Die Volkswahlen, welche unmittelbar nach dem Rückzug der Russen und Östreicher vorgenommen wurden, fielen fast überall im sogenannten aristokratischen Sinn aus, d. h. auf Anhänger der alten Verfassung, und im Canton Solothurn hatten sogar die Landleute unter sich die Vereinigung getroffen, keinem Patrioten, keinem neuen Beamten, und keinem, der nicht in die Kirche gehe, die Stimme zu geben. In mehreren Städten gab es blutige Händel zwischen den Bürgern und den Franzosen, und Aufstände mußten noch hie und da, wie z. B. zu Schwändi im Distrikt Sarnen, im Thurgau, im Locarnesischen, im Bernerischen Oberland u. s. w. durch Annäherung von Truppen gestillet werden. „Ueberall wo man hinblickt,“ sagte selbst die Vollziehungscommission in ihrer merkwürdigen Botschaft vom 7ten August, „findet sich nur Gleichgültigkeit oder Partey-
„sucht, eine Erschlaffung alles öffentlichen
„Ansehens, und eine Verachtung der Regie-
„rung und der Gesetze, bey der nur der Cha-
„rakter eines von Natur nicht leicht bewegli-
„chen, und durch zweyjähriges Elend
„gebeugten Volks, den gänzlichen Umsturz
„der bürgerlichen Ordnung (d. h. allgemeinen

*) Dieses Factum stand damals in allen, selbst schweizerischen Zeitungen, und ist nie widersprochen worden.

Aufstand gegen die jetzige Verfassung) habe „verhindern können.“ Wirft man von diesen allgemeinen Zeugnissen einen Blick auf die einzelnen Cantone, so ist fast keine Gegend zu finden, wo nicht der Haß der Revolution und der Franzosen, und die unauslöschbare Neigung für die alten Gewohnheiten, durch auffallende Handlungen hervorleuchten. Wo kein Widerstand mehr möglich ist, da sucht man sich wenigstens durch Absonderung zu trösten, gleichsam eine andere Gesellschaft zu bilden, und sich durch Erinnerungszeichen aller Art in die alten Zeiten zurückzusetzen. Als Lecourbe im Winter von 1799 bis 1800. zu Zürich Bälle geben wollte, so fand sich niemand ein, die Gesellschaften und sogar die öffentlichen Concerte wurden seinen Offizieren verschlossen. *) In Bern, wo doch die neue Regierung ihren Sitz hat, darf ebenfalls kein Franzos und kein Helvetier **) in eine Gesellschaft kommen, die

*) S. hierüber merkwürdige Anekdoten in der allgemeinen Zeitung vom 29ten April 1800.

**) Hier muß ich für das Ausland bemerken, daß nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch in der Schweiz das Wort Helvetier im Gegensatz mit dem von Schweizer gebraucht wird. Man versteht unter jenen vorzüglich diejenigen, welche die Uniform der neuen helvetischen Republik tragen, oder für die Franzosen dienen. Sie sind in dem Publiko fast noch verhaßter als die Franzosen selbst.

Einladungen des französischen Ministers oder seiner Frau werden ausgeschlagen; selbst unter den mittleren Ständen giebt es Vereinigungen, wo keiner, der nur im mindesten der neuen Ordnung günstig wäre, hinzugelassen wird. Zu Stadt und Land tragen beyde Geschlechter die alten Bernerischen Farben auf ihren Kleidern, sie werden auf Mobilien, Theegeschirren u. s. w. in allen möglichen Formen angebracht, und das alte Standeswappen muß fast auf allen Fabrikaten erscheinen, wenn sie Absatz finden wollen. *) Der 5te März 1800, als der Tag, wo vor zwey Jahren die Franzosen in Bern eingezogen waren, glich daselbst einem religiösen Trauerfest; ohne alle Verordnung, bloß aus einem moralischen Gefühl, das alle Classen der Einwohner theilten, zog sich jeder ins Innere seines Hauses zurück, um sich mit seiner Familie den schmerzlichsten Erinnerungen zu überlassen. Fast niemand ließ sich außer dem Hause sehen, alle Gesellschaf-

*) Am 30sten May 1800 ward sogar ein Bernerischer Hafner in den gesetzgebenden Räthen verklagt, weil er viele tausend Milchtöpflein, auf denen Bären gemahlt erscheinen, verfertigt habe, die reisenden Absatz gefunden hätten. Der Kläger fand aber doch nicht vielen Eingang und wurde mit der Tagesordnung abgefertiget. Indessen beweisen dergleichen, einer Regierung zum Trotz getragene oder ausgestellte Zeichen, mehr als man glaubt, wie wenig man ihr zugehan ist, und wohin die Stimmung des Herzens sich neiget.

ten wurden auf diesen Tag abgesetzt, und des Abends war es so öde und leer in den Strassen, als ob die Stadt ausgestorben wäre. Am folgenden Tage geschah die pompöse Präsentation des französischen Ministers, die man noch aus einem Rest von menschlichem Gefühl, nicht auf den 5ten März hatte geschehen lassen wollen. Unter Musik und zwischen einer doppelten Reihe Soldaten fuhr der Proconsul in glänzenden Wagen, von zwey Husarenregimentern escortirt, die ganze Stadt hinab; allein die Fenster blieben verschlossen, und das ganze Spektakel vermochte nicht einmal den Pöbel herbeyzulocken. Die Wahlen, welche im May-Monat 1800 für die Gemeindskammer und Munizipalität von Bern vorgenommen wurden, fielen nur auf entschiedne Feinde der Revolution, grösstentheils auf Männer von den ehemaligen edleren Familien; den sogenannten Patrioten wurde Ausschluss oder Entlassung gegeben, jenen aber die geforderte Entlassung verweigert. Bey Anlaß der angekommenen Nachricht von der Wiedereroberung Maylands durch die Franzosen, konnte man kaum in der Kaiserstadt betrübter seyn, als man es in Bern war; niemand sah den angeordneten Festivitäten zu, alle Fenster blieben verschlossen, und die Repräsentanten klagten selbst in den Räthen, sie hätten in der ganzen Stadt nur lange Gesichter erblickt. Als am 7ten August der grösste Theil der bisherigen Volksrepräsentanten, mit ziemlicher Schande, entfernt worden, so wurden diesel-

ben von dem Pöbel auf den Strassen verspottet, und im ganzen Lande nicht nur kein Bedauern, sondern der lauteste Beyfall über ihre Verstoßung geäußert. Wie man aber unlängst vollends die Freyheitsbäume wegschaffte, so entstand, zum nicht geringen Mißvergnügen einiger Glieder der Regierung, eine so allgemeine Freude, daß ganze Schaa- ren des Volks, mit lautem Jubel durch die Stadt zogen und sich erleichtert fühlten, wenigstens dieses ärgerliche Sinnbild der Revolution und der französischen Bedrückungen verschwunden zu sehen. Das nemliche läßt sich von allen übrigen ehemaligen Hauptstäd- ten sagen, selbst im Canton Zürich konnte das von den französischen Generalen im Herbst 1800 geforderte Bataillon von 500 Mann schlechterdings nicht zu Stande gebracht wer- den, und wie die Cantone Ury, Schweiz, Unterwalden, Glarus u. s. w. gestimmt seyn müssen, das läßt sich nebst ihrem con- stanten Betragen, auch aus dem Elende schlie- ssen, welches sie leiden mußten; von dort hört man fast keine Stimme mehr, weil da kein Leben mehr ist. Von dem Canton Un- terwalden (ob dem Wald) von dem man sonst glaubte, daß er der neuen Constitution günstig sey, weil er im Jahr 1798 seinen unglücklichen Nachbarn nid dem Wald, keine Hülfe hatte leisten wollen, wurde nun gemel- det, daß die dortige Stimmung sich ganz ver- ändert habe; die neuen Beamten wurden be- schimpft, mißhandelt, und keinerley Abgaben

bezahlt. In dem Bernerischen Waadtlande, wo eine tumultuarische Minorität zuerst die Revolutionsfahne aufgesteckt hatte, zeigten sich jetzt ebenfalls ganz entgegengesetzte Gefinnungen. Von da kamen die ersten und meisten Glückwünschungs-Schreiben für die Veränderungen vom 7ten Januar und 7ten August ein, obgleich durch dieselben eben der Credit der waadtländischen revolutionären Partey gefährdet worden war. Dort waren fast in allen Städten antijakobinische Gesellschaften eingerichtet, die vorerst öffentlich, nachdem sie aber verboten wurden, insgeheim ihren Fortgang hatten. Dort waren die Auswanderungen zu den von England befoldeten Schweizer-Regimentern so stark, daß der Polizeyminister im Februar 1800. eine eigene Proklamation gegen dieselben erlassen mußte. Von dort wurden jetzt öffentlich Constitutionsprojekte herausgegeben, die geradezu auf das Alte zurückkamen, und zwar mit weniger bedeutenden Abänderungen, als man in Bern selbst, allenfalls hatte treffen wollen. Dort hatte endlich das bloße Gerücht, daß das Pays de Vaud mit Frankreich vereinigt werden solle, eine so heftige Gährung hervorgebracht, daß von allen Seiten öffentliche Protestationen und Petitionen einkamen, die in den stärksten Ausdrücken verlangten, mit der Schweiz vereinigt zu bleiben, ungeachtet der Zustand eines schweizerischen Bürgers wahrlich jetzt nicht besser als der eines französischen ist. Selbst

die Städte Genf und Biel gaben kühne Memorialien an die französischen Consulen ein, um wieder von Frankreich getrennt, und in ihre alten Rechte gesetzt, oder mit der Schweiz vereinigt zu werden. In der ganzen Stadt Basel wollte sich jetzt kein gebildeter Mann zu der Stelle eines Regierungsstatthalters gebrauchen lassen, und die Vollziehungscommission war genöthiget, einen Fremden (Zischoke) dahin zu setzen. Im Thurgau war die Unzufriedenheit in wirkliche Bewegungen ausgebrochen; keine Gesetze wurden respektirt, die Auflagen nicht bezahlt, die Beamten forderten alle ihre Entlassung *) und der ganze Canton mußte mit Exekutionstruppen besetzt werden. Eben so war es mit dem benachbarten Canton Sentis bewandt, welcher Appenzell, St. Gallen, Rheinthal u. s. w. in sich faßt. Als es z. B. im Junius 1800. nur den Anschein hatte, daß ein Theil der kaiserlichen Truppen aus Bündten ins Rheinthal vorrücken würde, so äußerten sich dort die Freunde der Östreicher, oder vielmehr die Feinde der Franzosen, auf eine so nachdrückliche Art, daß der Unterstatthalter eine durch ihren Styl höchst merkwürdige, bittende, und was seit der Revolution sehr ungewohnt ist, ganz in christlichem Gewand abgefaßte Proklamation gegen die befürchteten Bewegun-

*) S. hierüber die Allg. Zeitung vom 20. Apr. 1800.

gen erlassen mußte. *) Hier und in andern Gegenden konnte man die Bezahlung der Auflagen ebenfalls nicht anders als durch Executionstruppen erzwingen. Aus den Italienischen Cantonen endlich berichtete der Regierungs-Commissär Zschokke, selbst nach dem Wiedereinzug der Franzosen, daß er nirgends, selbst nicht einmal in Bündten, den Partheygeist d. h. hier den Oppositionsgeist gegen die dermalige Verfassung, (denn sonst heißt der Partheygeist Patriotismus) heftiger als in dem Luganesischen angetroffen habe.

*) „Man seye,“ hieß es z. B. darin, „an den „Gränzen öfteren Veränderungen ausgesetzt, bald „komme diese bald jene Macht, und durch Aus- „brüche der Wuth gegen anders denkende Mit- „bürger, könne man doch dem Kriege keine „andere Wendung geben, wohl aber die Aus- „plünderung und Verbrennung seines Wohnorts „veranlassen. Niedergedrückt wie wir seyen, „durch Uebermacht, bleibe uns vernünftigerweise weiter nichts übrig, als mit Geduld „auf den Frieden zu warten, der über das „Schicksal der Schweiz und ihrer künftigen Ver- „fassung entscheiden werde, indessen ruhig und „friedlich unter einander zu leben, auf Gott zu „vertrauen, und uns seines Schutzes durch eine „ihm wohlgefällige Eintracht würdig zu machen.“ S. Schweiz. Republikaner vom 23ten Juny 1800. Zu bemerken ist, daß diese Publikation in dem Augenblick der größten Siege der Franzosen in Deutschland erlassen wurde, und daß sie dem ungeachtet kein Wort von den gewöhnlichen Floskeln, der Revolution, der Freyheit, der Constitution u. s. w. enthielt.

(6. Jun.) Mehrere Monate lang durfte man alldort die neuhelvetische Constitution nicht herstellen, die Regierung war genöthiget, die von den Oestreichern angestellt gewesenen Beamten an ihrer Stelle zu lassen, und auf das ausdrückliche Verlangen des neuen Statthalters, mußte zur Beruhigung des Volks, die Entrichtung der Zehnden gestattet werden. Im Locarnesischen enttunden ebenfalls zu Ende des Junius 1800, mithin sogar nach der Schlacht von Marengo, heftige Gährungen, Volksaufläufe gegen die Franzosen und den Flecken Locarno, welche mit Truppen gestillt werden mußten. Die Beamten führten dabey die merkwürdige Klage, daß ihre Proklamationen nichts fruchten, und daß sie insbesondere nicht von der Geistlichkeit unterstützt würden, welche vielmehr bey ihren Gebeten um Glück und Sieg für die K. K. Waffen bleibe. *)

*) S. die Allg. Zeitung vom 10ten Julius 1800. Ein Brief aus Bellinzona vom 6ten July, der in eben dieser Zeitung vom 23sten Jul. erscheint, enthält ebenfalls sehr merkwürdige Äußerungen über die Stimmung jener italienischen Cantone, welche mit demjenigen, was ich oben S. 402. aus eigener Sachkenntniß bemerkt habe, genau übereinstimmen. „Im Ganzen,“ heißt es da, war das Volk von Locarno und Valmaggia vor der Revolution mit seinen Verhältnissen zufrieden. Die ganze Last der Abgaben betrug jährlich etwa die Summe von 100 Louisd'or. Man hatte sich eigentlich über nichts als über schlechte

Aus allen diesen so mannichfaltigen Zeugnissen läßt sich wahrlich genug erkennen,

Justizpflege zu beklagen, die Revolution war daher diesen Gegenden nicht so willkommen, als man von einem Unterthanenlande erwarten konnte. Das Landvolk, ohnedem scheu vor dem Neuen und Ungewöhnlichen, fürchtete ganz besonders die Einführung drückender Auflagen, die Geistlichkeit erschrack (und zwar mit Recht) über den 6ten Art. der neuen Constitution, welcher die Religion und die katholische Kirche untergrub, die Städte fanden wegen ihren Rechten und Privilegien eben so wenig Vortheil bey der Staatsumwandlung. Die helvetische Constitution ward da, obgleich die ganze Schweiz bereits unterjocht war, nur nach langem Sträuben angenommen, und dennoch zeigte sich die Anhänglichkeit an die Schweiz darin, daß, ungeachtet der Ähnlichkeit der Sprache, der mannichfaltigen Personal- und anderer Verhältnisse, ein unüberwindlicher Widerwille gegen die von einigen Vornehmern betriebene Vereinigung mit Cisalpinien herrschte. Im Frühling 1799. ward der Unmuth des Volks wegen dem Beschlufs gegen die Prozeffionen und der Militärconscription aufs höchste getrieben, und das Gesetz gegen die Auswanderung brachte die Landleute, welche dort gewohnt sind, mit Sommeranfang ihr Brod in der Fremde zu suchen, vollends in Verzweiflung. Die Insurrektion gährte, die tranzösischen Niederlagen in Italien und der Aufstand in Lugano (s. p. 90.) machten die Contrerevolution reifen. Doch war zum Glück der Aufruhr nicht so blutig als in Lugano. Man begnügte sich, die Freyheitsbäume zu zer schlagen, die helvetische Republik zu verfluchen, übrigens mit Mord und Brand

welcher Geist auch nach der veränderten Wendung der Dinge in der Schweiz geherrscht habe und noch herrsche. Wie wäre es aber auch möglich, daß eine andere Stimmung existiren könnte, wenn man den gegenwärtigen Zustand der Schweiz betrachtet. Ach! dieses Schlufsgemälde würde mehr Raum, als mir hier noch verstattet ist, und ein weniger von Traurigkeit gepresstes Herz als das meinige erfordern, wenn es in seinem allgemeinen Umrifs und in seinen Theilen vollständig ausgeführt werden sollte. Mein Vaterland, das mehr als kein anderes, und jetzt mehr als sonst, eigener Existenz und fortdauernder Ruhe von innern und äußern Plagen bedarf, ist nun zu einer französischen Colonie geworden, wiewohl es zum Spott und Hohn noch eine unabhängige Republik genannt wird. Ihr Scheingebiet ist nicht einmal bestimmt, das wesentlichste davon ist abgerissen, und es hängt blos von französischer Willkühr ab, noch mehreres hinwegzunehmen, wozu sie bereits den Willen zeigt. Truppen werden unangefragt hineingeschickt,

blos zu drohen, und dem Flecken Locarno (der für französisch gesinnt gehalten ward) eine Contribution von 40 Louisd'or abzunehmen. Dieses Factum von Locarno war bisher völlig unbekannt, und gehört unter die Beweise der Stimmung des Volks vor dem Einrücken der Östreicher, welche im 1sten Theil dieses Werks angeführt worden.

fortdauernd auf Kosten des ausgefogenen Landes unterhalten, und Contributionen unter mannichfaltigen Vorwänden, bald von Strafen, bald von Vorschüssen, bald von Anleihen, bald von sogenannten Handlungstraktagen, ausgeschrieben, und mit Militärgewalt eingetrieben. Ein französischer Minister ist dort der Vicekönig, ob er sanftere oder willkürlichere Formen annehme, das hängt blos von der wandelbaren Mode ab, die von Paris aus angegeben wird. Ein Wink von ihm ist ein Befehl, und ohne ihn darf nichts wesentliches geschehen. Grundgesetze, nach denen die Schweiz leben soll, werden vorgeschrieben und wieder abgeschafft, und bald diese, bald jene Classe in Ungnade herabgestürzt, oder mit flüchtiger Gunst geschmeichelt, damit die Zwietracht immer fortdaure, und die französische Regierung immer den Vorwand habe, zu Beybehaltung der öffentlichen Ruhe ihre Truppen in der Schweiz zu erhalten. Ohne Frankreichs Einwilligung darf die Schweiz kein Bündniß, keinen Traktat eingehen; von allen zutraulichen Verhältnissen mit ihren Nachbarn getrennt, wozu Natur und Charakter sie einladen würde, wird sie je länger je mehr unter Frankreichs Joch gebeugt. An allen Kriegen, welche dessen Herrschfucht unternimmt, wird sie Antheil nehmen, und ohne Ehre noch Vortheil zum leidenden Theater der Zerstörung dienen müssen. Die Regierung selbst ist nichts als ein Werkzeug in französischer Hand, um den

letzten Pfennig von dem unglücklichen Lande zu erpressen; und weil unter solchen Verhältnissen nichts Gutes zu bewirken, kein Zutrauen des Volkes möglich ist, so wollen die rechtschaffensten, vaterländisch gesinnten Männer die Stellen nicht einmal annehmen. So wird der Charakter des Volkes entnervt und allmählig zur niedrigen Sklaverey entbildet. Der Schweizer, der vorher an bescheidene Selbstständigkeit gewöhnt war, muß jetzt um die Gunst französischer Machthaber buhlen, ihre Launen ausstudiren, und der Hof des Bonaparte ist mit Leuten umringt, die in der vergeblichen Hoffnung, Uebel von ihrem Vaterlande abzuwenden, sich zu kriechenden Schmeichlern herabwürdigen, und ihrer Natur Gewalt anthun müssen, um sich in die Treulosigkeit und die Verdorbenheit französischer Intriganten hineinzufinden.

Betrübter noch sieht es mit den inneren Verhältnissen aus. Die Grundfeste der menschlichen Gesellschaft, Religion und Kirche ist untergraben, beraubt, und beyde existiren nur noch in ihren Trümmern. Viertausend Geistliche ringen mit der Verzweiflung, kein junger Mensch widmet sich mehr der Kirche, die Academien sind verlassen, die Hörsäle leer, die Professoren ohne Brod, man ist bereits genöthiget, fremde Vagabunden, die elendesten moralischen Quakfalter, den Gemeinden als Lehrer und Seelforger zu geben. Die Verwilderung hat daher schon unter dem Volk auf

eine fürchterliche Weise zugerommen, und durch die Gegenwart der französischen Truppen, ist die Sittenlosigkeit auf einen solchen Grad gestiegen, den man nicht ohne Entsetzen betrachten kann. Eben so traurig ist es mit der intellectuellen und wissenschaftlichen Erziehung bewandt. Die mannichfaltigen öffentlichen und Privatanstalten sind zerfallen, wenn man sie schon nicht gewaltsam vernichtete, so haben sie doch dem zerstörenden Einfluss der Revolution nicht entgehen können. Die Landschulen sind verlassen, weit entfernt dafs deren mehrere oder bessere errichtet seyen; die Kinder sind mehr als je genöthiget, dem Betteln nachzulaufen, oder zu frühzeitig körperliche Arbeiten zu treiben. Von gründlichern Studien ist keine Rede mehr. Da kein bestimmter Stand mehr existirt, und selbst der Staat noch keine feste Gestalt hat, so weifs niemand was er lernen soll, noch wozu es ihm nützen wird; es mangelt den Eltern an Vermögen, den Schülern an gutem Beyspiel, wie an dem Reiz der Ehre und des Nutzens, den Lehrern an Muth, an reellen Hülfsmitteln, den Anstalten selbst an der alles belebenden Kraft der öffentlichen Unterstützung, an der Ruhe und dem Wohlstand, ohne welche Wissenschaften und Gelehrsamkeit unmöglich gedeihen können. *)

*) Ausländer mögen sich z. B. erkundigen, wie der Buchhandel nach der Schweiz und allen revo-

Und was ist jetzt der gesellschaftliche Zustand der Schweiz? Da sind freylich alle Theile, alle Individuen dem Zwang und der todten Form nach, in eine einzige Gesellschaft vereinigt, aber sie existirt weder in dem Herzen, noch in andern Verhältnissen, im Gegentheil sind Cantone gegen Cantone, Distrikte gegen Distrikte, Dörfer gegen Dörfer, Familien gegen Familien, und besonders die einzelnen Personen mehr als je entzweyt, gegen einander erbittert, und werfen sich wechselseitig die Schuld des allgemeinen Unglücks vor, wiewohl an demselben im Grunde nur der äussere Feind schuld ist. Niemand besitzt mehr einige gesellschaftliche Rechte, als diejenigen, welche die Regierung aus Gnade noch lassen will; kein Publikum, keine Gemeinde, keine Stadt, keine Landschaft genießt mehr eine feste Verfassung oder eigene Gesetze; von der obersten Behörde bis in das kleinste Dorf hinab, herrscht nichts als Zerrüttung oder die gesetzloseste Willkühr. Die Regierung selbst beruht auf gar keiner Grundlage mehr, diejenigen, welche dieselbe provisorisch führen, sind bloß durch einen Gewaltstreich dahin gekommen, und weder durch die Landesverfassung, (denn deren exi-

lutionirten Ländern fast ganz abgenommen hat, und wie wenig junge Leute mehr von dort auf fremde Universitäten kommen. An beydem ist die Armuth und das Unvermögen schuld.

führt keine, oder was sie Landesverfassung nennen, ist nichts als die Anordnung ihrer Werkzeuge) noch durch Gesetze, die sie sich selbst gegeben hätten, an einige Schranken gebunden. Die Justizverfassung ist schlechter, als selbst da wo sie vormals am schlechtesten war, die schwierigsten Civil- und Criminalfälle werden von unwissenden Bauerngerichten entschieden, die kaum eine Prozedur zu lesen, vielweniger daraus ein Resultat zu ziehen verstehen; und die Instanzen sind so sehr vervielfältiget, daß man zu keinem Ende gelangen kann, und nach Durchlaufung von vier bis fünf, weit von einander entfernten Behörden, zuletzt wieder zu unbeeideten Schiedsrichtern zurückkehren muß. Das ganze Volk ist ohne Waffen, es sieht keine Milizen, keine Musterungen, keine jener militärischen Vorräthe mehr, die ihm ein Gefühl seines Werthes und seiner Nationalexistenz gaben, dagegen aber hat es überall den entehrenden Druck von fremden Soldaten vor Augen. Gutes und Besseres wird durch den Mangel an Geld durchaus unmöglich gemacht, denn von der Regierung bis zur untersten Gemeinde, hat alles mit dem Elend zu ringen. Staats, Kirchen, Armen- und Gemeindgüter, Magazine, Millionen von Zinschriften, alles ist in einem Zeitraum von zwey Jahren verschleudert worden, und dagegen noch der neue Staat in einen Abgrund von Schulden und Unordnung gerathen, dessen Umfang und Tiefe man weder zu fassen noch zu ergründen ver-

mag. Bloß zur Bezahlung rückständiger Besoldungen unnützer Funktionen, und sogar ohne Rücksicht auf das im Streit liegende Eigenthumsrecht, werden nun alle Domainen, die schönsten Gebäude, Felder, Wiesen, Rebberge, Wälder, Mühlwerke u. s. w. in dem Augenblick der allgemeinen Gelderschöpfung um einen Spottpreis verkauft, diese Domainen, deren jährlicher Ertrag vormals allen Beamten reichliche Befoldung gab, deren fortwährendes sich immer erhöhendes Capital zugleich das Zeichen und die Stütze des öffentlichen Wohlstandes war, und deren Verwaltung dem Lande zur Zierde, dem Ackerbau zum Muster diente, während sie jetzt allbereits von habfüchtigen Pächtern ausgenützt und zu Grunde gerichtet sind. Dagegen werden Auflagen ausgeschrieben, deren GröÙe schauderhaft und ohne Beyspiel ist, *) aber sie

*) In allen andern Ländern werden z. B. die Auflagen nur von den Einkünften bezogen, oder auf die Ausgaben gelegt, in der neuen Schweiz aber immer auf das Capital. So ist die Grundsteuer auf 2 von 1000 des Werths der Liegenschaften bestimmt, ohne Abzug der Schulden. Die Patenten für alle Arten von Handel und Gewerbe 2 v. 1000 des Capitals womit der Handel getrieben wird; die Getränkesteuern 6 v. 100 des Capitals, die Gebühren von allen Käufen, Donationen, Erbschaften u. s. w. 2 v. 1000, und bey entfernten Erbschaften bis auf 6 v. 1000 des Capitals. Dazu kommen noch Stempelpapier, Abgaben von Dienstboten, Pferden, Wagen, Hunden u. s. w. ohne die außer-

reichen gleichwohl nicht hin, denn die Revolution verschlingt alles und vermag sich doch nie zu sättigen. Beamtete, Arbeiter, alles schreyt vergeblich um Bezahlung; Strafsen, Brücken, Dämme, Gebäude, Bergwerke, öffentliche Erziehungs- und andere Institute, müssen durch gänzliche Vernachlässigung zu Grunde gehen. Die schönen Früchte der menschlichen Gesellschaft, die Stiftungen, welche die Frömmigkeit errichtet hat, die Anstalten, wodurch Menschen sich entweder wechselseitig die Uebel der Natur erleichtern, oder ihre Wohlthaten zu gemeinsamen Vortheilen benutzen, und das Leben einander angenehm und reizend machen, sind verschwunden und in den Abgrund der Vernichtung herabgestürzt. Spitäler wurden durch Beraubung zu Grunde gerichtet, Kranke und Geistesverirrte müssen aus den ehemaligen liebevollen Zufluchtsörtern verdrängt werden, und wo der Arme sonst Hülfe und Unterstützung fand, da ist man jetzt genöthiget, ihn brod- und verdienstlos hinwegzuweisen. Und wo ist sie hin, jene öffentliche Reinlichkeit, Ordnung und Bequemlichkeit, deren Anblick eine sanfte Stimmung über das Gemüth verbreitete, die Sitten veredelte, das Herz liebevoll an das Vaterland band, und in der verschönerten Ge-

ordentlichen Vermögenssteuern zu rechnen, welche 4. 5. 6 bis 7 vom 1000 des Capitals betragen, und oft mehreremal in einem Jahr wiederkommen.

stalt der Natur, gleich wie in einem erfreulichen Spiegel, die Vorthelle der geselligen Verbindung erblicken liefs? Ach, auch sie werden jetzt vergebens gesucht! Zerstörung und Verwilderung sind an ihren Platz getreten, das Gras wächst auf den Strassen, Brunnen stehen durch Vernachlässigung ab, Gebäude werden zu Ruinen, Tempel sind zu Casernen und Spaziergänge zu Wüsteneyen oder zu Cloaken umgewandelt. So scheint der Himmel seinen Zorn über Unverstand und Wahnsinn in der umgebenden Schöpfung zu offenbaren, die Natur sich an der Verachtung ihrer Gesetze zu rächen, und wo Gründe nichts fruchteten, da wird jetzt durch alle Sinne Entsetzen und Belehrung in die menschliche Seele gebracht. Ich mag von dem Privatelend nicht reden, welches das Gemälde des jetzigen Zustandes der Schweiz vollendet; genug und nur zu viel hat meine Feder bereits davon geschrieben, und dann ist dieses Jammers jetzt in aller Welt so viel, dass das Gefühl dafür fast ganz abgestumpft ist, und die schauderhaftesten Beschreibungen desselben kaum den geringsten Eindruck mehr machen. Mir ist es unbegreiflich, wie die Menge unglücklicher Menschen noch existiren kann, denn alle Verhältnisse sind umgestürzt, alle Zweige des Verdienstes zu Boden getreten. Dem Hirten wurde sein Vieh geraubt, die Alpen bringen ihm zwar noch die nemlichen balsamischen Pflanzen, aber er ist an vielen Orten nicht im Stande, dieselben zu benutzen, vielweniger darauf

das Gebäude seines Wohlstands zu gründen. Dem Weinbauer wurden seine Reben zertreten, seine Weinstöcke verbrannt, der Ackerbau findet keine Vorschüsse mehr, und seine Früchte werden von raubgierigen Soldaten oder erdrückenden Auflagen aufgezehrt. Manufakturen und Fabriken bleiben leer und unbeschäftigt, Handel und Verdienst sind fast gänzlich vernichtet, Zutrauen und Credit sind von dem Lande der Revolution geflohen, nur unsittliche Gewerbe finden noch von Soldaten und Revolutions-Creaturen einen reichlichen Gewinn. Dem, der durch älttern Fleiß und Sparsamkeit sich ein reiches Capital gesammelt hatte, sind seine Häuser und Güter entwerthet, Concurse und Banquerotte rauben ihm das übrige, die wenigen noch bleibenden Schuldner können nicht bezahlen, die Noth treibt die Gläubiger zu grausamen Executionen, und der Ueberrest des väterlichen Erbtheils muß zur kümmerlichen Friftung des Lebens dienen. Wer ehemals reich war, darf jetzt nicht ohne Schrecken in die Zukunft blicken; auch nimmt die Bevölkerung aller Orten ab, eine Heirath ist in den Städten zur Seltenheit geworden, aus Ueberlegung wird keine mehr getroffen, denn der Tag, der dem rechtschaffenen Mann eine Gattin gegeben oder ein Kind gebohren hat, muß jetzt von ihm als ein Tag des Unglücks betrachtet werden.

Aber wird dieser Zustand sich nicht verändern? Wird der Friede nicht das Schicksal

der Schweiz verbessern? O! es ist wahrlich kein Anschein dazu, und wenn die Tugend nicht erfoderte, an die Möglichkeit des Bessern zu glauben, so müßte mein Verstand an allen Rettungsmitteln verzweifeln! Sie liegen grösstentheils nicht in unserer Hand, Europa ist zu zerrüttet oder zu entnervt, als daß wir einige Hülfe zu erwarten hätten, und ein Land das einmal so tief gesunken und niedergedrückt ist, kann schwerlich je wieder zu eigener Existenz gelangen. Man wende mir hier nicht das Beyspiel von Frankreich ein, welches nach allen Zerrüttungen sich furchtbarer und mächtiger als je zu erheben scheint. Die Dinge sind zu verschieden, als daß der Schluss von einzelnen Analogien gelten könnte. Uns ist es nicht gegeben, durch den Raub unglücklicher Nationen den zerstörten öffentlichen und Privatwohlstand herzustellen, durch schreckende Gewalt eine Furcht zu erzwingen, die der Hochachtung ähnlich sieht, und im Innern durch das den Stolz berauschende Gefühl überlegener Nationalstärke, und eines wiewohl unrühmlichen Ruhms, alle übrigen Empfindungen der Unzufriedenheit und allen Zunder der Zwietracht zu ersticken. Ganz andere Mittel werden hier erfodert, wenn der Schweiz, wenigstens für die Zukunft, geholfen werden soll. Wir können nur durch fortdauernde äussere und innere Ruhe, durch bescheidene religiöse Tugend, durch eine einfache nicht kostbare Regierung, durch anhaltenden Privatfleiss und Ökonomie, dem Un-

tergang entgehen und gleichsam ein neues Leben beginnen, das gleichwohl nie weder glänzend noch beneidenswerth seyn wird. Da alles Uebel von äußerer Gewalt, von innerer Zerstörung und zugefügtem Unrecht herkommen, so scheint schon der gesunde Verstand anzudeuten, daß diese Ursachen so viel möglich gehoben werden müssen, daß die äußere Gewalt entfernt, an Platz der Zerstörung Herstellung eintreten, und das Unrecht so viel möglich vergütet werden muß. Räumung der Schweiz von den französischen Truppen, ist also das erste Erforderniß eines möglichen bessern Zustandes; ohne sie wird das Nationalgefühl, die Grundtriebfeder alles Guten erstickt, der Muth niedergeschlagen, und die wenigen Hülfsmittel, die noch das vernichtete gemeine Wesen beleben könnten, von fremden Söldnern aufgezehrt. Wenn Pflicht und Gewissen auf herrschfüchtige Regierungen etwas fruchteten, so wäre diese Räumung das wenigste, was man von Frankreich erwarten sollte, um dem zugefügten Unrecht wenigstens ein Ziel zu setzen. Allein nach den jetzigen Umständen, wo selbst Italien eine französische Provinz bleiben soll, und alles zur Erleichterung künftiger Angriffskriege eingeleitet ist, scheint sie wahrlich, ohne ein Wunder von verändertem Geist, nicht gehofft werden zu können, oder wenigstens nie von einiger Dauer zu seyn. Im Inneren dann ist es, was in unsern Zeiten, (wo mehr doctrinaler Eigensinn als menschen-

freundliche Liebe herrscht) wenige zu bemerken scheinen, nicht sowohl um willkürlich ausgedachte Constitutionen, als vielmehr um einen Friedensvertrag zu thun, der die Gemüther befänftige; um weise Einleitungen, aus welchen allmählig Existenz und Verfassung von selbst hervorgehen. Denn die beste Constitution ist nicht diejenige, welche am consequentesten aus irgend einer einzelnen Idee hergeholt, sondern diejenige, mit welcher jedermann am besten zufrieden ist; und wiewohl man in inneren Zwisten wie in äusseren Kriegen den Sieg durch eigene oder fremde Gewalt allein davon tragen und Unterdrückung Frieden nennen kann: so bleibt es doch immer ein unfreundlicher, unleidlicher Zustand, wenn nicht zuletzt ein billiger Vertrag folgt, der wenigstens das Unglück erträglich macht, und durch möglichst freye Einwilligung die Leiden schaften stillt. Zwar bin ich innigst überzeugt, daß wenn der Krieg einen entgegengesetzten Ausgang gewonnen hätte die Herstellung der alten Verfassung mit den oben angezeigten Verbesserungen, den innern Frieden würde hervor gebracht haben, und daß auch ohne neue Entzweyung nichts besseres zu bewirken möglich gewesen wäre. Allein das scheint jetzt nicht mehr, weder auf dem nemlichen Fuß, noch auf dem nemlichen Wege geschehen zu können; ein Friedensvertrag ist zwar noch immer nöthig, aber die Bedingungen können nicht mehr dieselben seyn, und nach dem nemlichen Geist muß hier wie dort jetzt auf das Mög-

liche Rücksicht genommen, und von dem, was ist, ausgegangen werden. Da ist es aber nicht so schwer zu erkennen, was im Grund in jedermanns Wünschen liegt, die dunkeln Begriffe von allen, durch weise Massregeln in klarer Anschauung zu realisiren; und was ich Friedensvertrag nenne, das braucht deswegen nicht in einem bilateralen Contrakt unterhandelt und abgeschlossen zu werden. Ja, es sey oder bleibe in der Schweiz nur eine oberste Regierung, und ausser ihr keine andere ganz unabhängig; sie besorge ausschliesslich alle gemeinsamen Angelegenheiten, man lege sogar noch mehrere in ihre Hände nieder, als in dem Geist der alten Bünde, oder in der Natur eines strengen Verbündungssystems freyer Staaten liegen; das ist des Friedens halber, und zumal nach den durch die Revolution bewirkten Entzweyungen unentbehrlich nöthig; aber das System einer naturwidrigen Einheit und Untheilbarkeit, ausser der Regierung und ihren Werkzeugen, gar keine gesellschaftlichen Rechte im Staate zu dulden, den Bedürfnissen, Hülfsmitteln und Gewohnheiten zuwider, alles in ebendieselben Gesetze, Formen und Gestalten zwingen zu wollen, diese schwärmerische Idee muss ebenfalls aufgegeben werden, zumal sie bey all dem glänzenden Aussehen, mit welchem man sie auszieren mag, doch nur ein übertünchtes Grab und eine schimmernde Armseligkeit ist. Sie vermisst sich wahnsinnig, die Mannichfaltigkeit der Natur zerstören und gleich machen zu wollen,

was von der Hand des Schöpfers selbst ungleich gemacht worden ist; sie verwirft alle Privatzwecke unter der albernen Behauptung, als ob sie nicht mit dem allgemeinen Besten bestehen könnten; sie tödtet daher alle Vaterlandsliebe, die Triebfeder aller gemeinnützigen Thätigkeit, die sich, den höhern Pflichten unbeschadet, zunächst auf den jeden Menschen umgebenden Gesichtskreis bezieht, und wodurch die Vorsehung gewollt hat, daß jeder Theil des schönen Ganzen angebaut, ausgebildet und vervollkommnet werde; sie erfordert unerschwingliche Kosten, denn wo niemand mehr eine eigene Existenz hat, nicht für sich selbst sorgen darf, sondern in jeder Rücksicht nur der Diener eines andern ist, da arbeitet auch niemand unentgeltlich aus Vaterlandsliebe oder aus Liebe zu seinen Mitbürgern, sondern nur aus Eigennutz, um Besoldung; sie bildet aller gesellschaftlichen Gerechtigkeit zuwider, eine despotische Alleinherrschaft, die keine Schranken, kein Gesetz als ihren Willen kennt; sie widerstreitet endlich so sehr allen schweizerischen Gewohnheiten und dadurch entstandenen Rechten und Verhältnissen, daß mit ihrer Fortdauer keine Herstellung, selbst der unbestreitbarsten dinglichen Rechte, mithin keine Versöhnung, keine Zufriedenheit möglich ist. Man kehre also, was mit jener obersten Einheit gar wohl bestehen kann, so viel möglich zur Natur und zur Billigkeit zurück. Man gebe einer jeden Gemeinde, Stadt oder Landschaft ihre alte, den Localbe-

dürfnissen angemessene Verfassung, ihre Güter und Besitzungen wieder; man lasse sie, in so weit es gut ist, ihre alten Gesetze, Reglemente, Gewohnheiten und Benennungen wieder annehmen, und wenn hierüber Schwierigkeiten entstehen, oder Verbesserungen nöthig sind, so sey die Hebung von jenen und die Sanction von diesen, der Entscheidung der obersten Regierung überlassen. Jeder Canton erhalte wieder, zwar nicht die Souverainität, aber doch eine eigene Existenz und eine seinen Bedürfnissen angemessene, seinen Gewohnheiten sich annähernde Verfassung, seine Güter und Einkünfte, und Rechte wodurch er zwar wohl ein Theil des Allgemeinen, aber auch ein Ganzes für sich ausmacht, und sein Bestes nach eigener Sachkenntniss besorgen kann. Dabey ist es dann nicht nöthig, sich genau an alle alte Formen und Einrichtungen zu binden, das Oberhaupt eines jeden Cantons kann gleichwohl einen Arm der gemeinsamen Regierung ausmachen; wenn diese letztere einerseits Güter die ihr nicht gehören, wieder abtritt, und Geschäfte die sie nicht so gut versehen kann, den Cantonen überläßt, so erspart sie andererseits auch viele Zeit und Unkosten; die Gerechtigkeit wird ihr mehr Vortheil als die Raubfucht bringen, und über manche Gegenstände, wo das Recht zwar auf der einen, die Convenienz aber auf der andern Seite ist, kann eine billige Uebereinkunft geschlossen werden, damit Vertrag dasjenige zu Recht mache, was durch Gewalt Unrecht war, und

der Beleidigte wenigstens durch möglichst freye Einwilligung getröstet werde. Die oberste Regierung endlich, gleichsam der Souverain der ganzen Schweiz, könnte alsdann aus der jetzigen Regierung hervorgehen, wenn sie einst besser zusammengesetzt ist, sich noch andere Mitglieder aggregiren, ihre eigene Constitution entwerfen, sich gewisse Befugnisse auch gewisse Steuern oder Einkünfte vorbehalten, und sodann unter einem Präsidenten, den ersten schweizerischen Staats-Rath bilden. Dieses System, mit Weisheit eingeleitet, würde gewiss die Wünsche und Ansprüche von allen erfüllen, wenigstens scheint es mir die erste und nothwendigste Bedingung des innern Friedens zu seyn; es liegt im Grund in allen Gemüthern, nur dafs, wie die Menge überall zu thun pflegt, dunkle Worte anstatt deutlicher Begriffe gebraucht werden, und jeder seine Besorgnisse in die ihm widrige Benennung hineinlegt. Man kann ihm dann diesen oder jenen, oder auch gar keinen scientificchen Namen geben, die ohnehin unnütz, und in so fern sie Definitionen vertreten sollen, allemal unpassend oder zu einseitig sind. *) Die Ge-

*) Dergleichen Formeln und Benennungen, sind überhaupt in mancher Rücksicht sehr gefährlich, darum weil sie eben durch ihre dunkle Allgemeinheit, vermittelt der sich hinzugesellenden willkührlichen Ideenassociation, eine Menge schwer zu entwurzelnder Irrthümer in den Köpfen hervorbringen, und oft den Zunder zu

stalt, die aus jenem Friedensvertrag hervorgieng, wäre im Grund kein Föderativsystem, weil es nicht aus einem Bund bereits unabhängiger Staaten entsteht, und auch nicht jene zerstörende Einheit, die keine Theile, keine Mannichfaltigkeit anerkennen will, und wo alle gesellschaftliche Rechte, alle Gewalt

einer ungereimten Zwietracht geben. Das menschliche Gemüth ist aber so geartet, daß selbst unbedeutend scheinende Worte, eben wegen jener Ideenassociation, in gewissen Zeitpunkten nicht gleichgültig sind. Ich wünschte daher, zu Bewirkung des Friedens, daß selbst die Benennung *helvetische Republik* abgeschafft würde. Denn sie ist vielen ein Stein des Anstoßes und des Argernisses, den übrigen aber gleichgültig, in so fern sie das Wesentliche ihrer Wünsche erhalten. — Sie erinnert immer an die äußere zerstörende Gewalt und an die zahllosen Uebel und Kränkungen, welche mit jenem unseligen Worte begleitet waren. Ueberdem ist sie auch sehr unschicklich ausgewählt: denn zu der Zeit wo die Schweiz *Helvetien* hieß, war sie in dem elendesten Zustand, von Römern unterjocht, und bald von diesen bald von jenen Barbarenhorden überschwemmt. Erst seitdem sie den Namen *Schweiz* erhalten hat, d. i. seit dem Schweizerbunde, datirt sich die Epoche ihrer eigenen und glücklichen Existenz. Hingegen kann man sie auch nicht mehr *Eidgenossenschaft* nennen, denn sie macht keinen Bund mehr aus, der bloß durch einen Eid beschworen und zusammengehalten wird. Ich wußte aber nicht, warum man die Schweiz, sie mag nun diese oder jene Verfassung haben, nicht *Schweiz* oder die *Republik Schweiz* heißen könnte.

nicht aus den natürlichen Verhältnissen und Besitzungen, sondern, ich weiß nicht aus welchen Machtsprüchen, die man Vernunft nennt, emaniren sollen. Die Schweiz würde blos, was sie unter jetzigen Umständen werden kann und seyn soll; sie erhielte jene einfache natürliche Ordnung, die alle Theile zu gemeinsamen Zwecken unter einem Oberhaupt verbindet, die auf die Rechte eines jeden gestützt, dieselben zu handhaben bestimmt ist; die sich der Natur und den Gewohnheiten anpaßt, daher auch jedermann befriediget, weil jeder darin Schutz findet und niemand Kränkung oder Zerstörung erfährt; die nicht kostbar wird, weil jeder das Seinige oder das, was er fast als das Seinige betrachten kann, unentgeltlich oder mit weit wenigern Kosten besorget, die allein zu Beförderung einer restaurirenden Thätigkeit geeignet ist, und nützliche Nacheiferung bewirkt; eine Ordnung endlich, die durch ihre Billigkeit, durch die Bescheidenheit ihrer Ansprüche, durch ihre immer denkbare rechtliche Erweiterung, durch ihre friedliche und menschenfreundliche Tendenz für die Schweiz geschaffen wäre, wenn sie auch nicht schon von der geringsten Rückkehr zur Gerechtigkeit geboten würde. *)

*) In so fern man unter Föderativsystem nur Mannichfaltigkeit und zweckmäßige Verschiedenheit versteht, so existirt solches in allen Staaten, und ist gleichwohl mit einer vernünftigen Einheit, die man Bund oder Oberherrschaft nennen

Nächst diesem Hauptpunkt bleibt aber noch ein anderer zu beseitigen übrig, ohne welchen in der Schweiz zwar wohl eine mit Gewalt erzwungene äussere Ruhe, aber nie ein wahrer Friede unter den Gemüthern zu hoffen ist. Dieser zweyte Friedensartikel muss in einer, wo nicht gänzlichen, doch wenigstens billigen und erträglichen Ausgleichung zwischen der sehr zahlreichen Classe der alten Souverains, und denjenigen bestehen, welche jetzt zum Besitz der Gewalt oder zu höhern Ansprüchen gelangt sind. Denn hier tritt der, sonst in ähnlichen Revolutionen

kann, verträglich. Wiewohl aber dasselbe für die Schweiz in etwas ausgedehnterem Sinne nöthig wäre, so besteht doch der wesentliche Unterschied zwischen den Anhängern des sogenannten Einheits- und des sogenannten Verbündungssystems nur darin, dass jene von der jetzigen Einheit, als welche nach ihrem Ideengang das Fundament vorstellt, ausgehen, und dann den verschiedenen Cantonen gewisse Rechte einräumen, diese aber von der ehemaligen Existenz der besondern Theile anfangen und dann einer allgemeinen Regierung ebenfalls gewisse Rechte und Befugnisse zugestehen wollen, um dadurch eine zweckmässige Einheit des Ganzen zu bewirken. Da es nun hier nur auf das mehr oder mindere ankommt, und die Einleitung zuletzt gleichgültig ist, so sieht man dass der Friede in dieser Rücksicht wohl zu bewerkstelligen möglich wäre, wenn man einst mehr in Realitäten eintreten, und weniger mit Worten streiten wollte.

ganz ungewohnte Fall ein, daß die gestürzten Souveraine, eben weil sie in Corporationen bestanden, der Revolution ungeachtet im Lande bleiben, und ihre Ansprüche wo nicht auf Souverainität doch wenigstens auf Existenz und Privat Eigenthum noch immer bey behalten, und daher ohne eine billige Ausgleichung nothwendig, mit allem was ihnen aus der natürlichen Verflechtung der Interessen anhängt, auf ewige Zeiten geschworne Feinde der neuen Ordnung bleiben müssen. Ich will zwar hier die Rechtsgründe nicht wiederholen, auf welche sich jene Souverainität stützen könnte. (s. p. 354 — 359) Wenn fremde Gewalt entschieden hat, und es nur um einen billigen Friedensvertrag zu thun ist: so scheint die strenge Gerechtigkeit nicht mehr verlangt werden zu können. Zwar dürfte die, mit weiser Rücksicht auf Personen und Umstände eingeleitete Rückkehr zu jener Gerechtigkeit immer noch Vergleichungsweise die größten Vortheile haben. Sie würde das wesentlichste Hinderniß heben, welches sich der Herstellung einer besonderen Existenz der Cantone entgegensetzt, nemlich die Schwierigkeiten, die sonst mit der ihnen zu gebenden Verfassung begleitet sind; und wenn die Schweiz dermalen mehr als je eine einfache, wohlfeile und ruhbeförderliche Ordnung nothig hat, so ist dieselbe nirgends besser als unter dieser Form zu finden. Die Natur der Dinge erfordert hier, daß die Regierung größtentheils in den Händen der Hauptstädte liege,

wo die meiste Bildung, Geschäftskunde und alle dazu erforderliche Anstalten vorhanden sind, und nichts ist einfacher als dafs diese Hauptstadt theils die oberste Cantonsbehörde, theils zugleich ein Arm der allgemeinen Regierung sey. Wenn ferner eine Verfassung wohlfeil seyn soll, so müssen die obersten Staatsbeamten an ihren Wohnörtern, bey ihren Familien und ihren Geschäften verbleiben können, denn so allein ist es möglich, dafs sie ohne Befoldung, oder mit sehr geringer Befoldung arbeiten; sie müssen aus den reichern und gebildeten Personen genommen werden, die mittelst dessen ihre Musse dem gemeinen Wesen widmen, anstatt dafs sie dieselben sonst in Nichtsthun verschwenden würden; sie müssen durch den Reiz eines eigenen Besitzes, durch Ehre, durch gleichzeitige Bekleidung anderer Ämter u. s. w. die unteren Bedienungen aber durch Anwartschaften und successive Beförderungen bezahlt werden können, und das alles ist schlechterdings nur unter einer Art von Souverainität zu erreichen möglich, wo nicht jeder zur Regierung gelangen kann, und wo daher weniger um Sold als um Ehre und Auszeichnung gedient wird. Auch wird die öffentliche wie die Privatökonomie nur dann gedeihen, wenn sie nicht wandelbaren Verwaltern, sondern dem hellsehenden, und in die Zukunft blickenden Auge des bleibenden Eigenthümers anvertraut ist. Dabey würde es aber nicht schwer seyn, den jetzigen Verhältnissen gemäfs, auch die billigen

Ansprüche der übrigen Staatsglieder zu befriedigen, der Souverainität gleichsam eine nationellere Gestalt zu geben, und ihr alles dasjenige zu benehmen, was sie für den Ehrgeiz kränkendes, oder in anderer Rücksicht nachtheiliges haben konnte. Die Individuen, welche sich jetzt durch Fähigkeiten, Kenntnisse und andere Eigenschaften zur Regierung geeignet haben, müßten sogleich darein aufgenommen, die Erwerbung jenes politischen Bürgerrechts erleichtert, die Admissibilität zu gewissen Regierungscollegien und anderen Stellen, auch ohne dasselbe erweitert, und ähnliche Anordnungen getroffen werden, wodurch die Oberherrliche Stadt, (oder auch Landschaft) ohne Zerstörung ihrer Existenz, zur gemeinsamen Stadt des ganzen Cantons gebildet würde. Sollte aber diese Art des Friedens zwischen den Souverains und den allgemeinen Republikanern, es sey wegen äußerer Einwirkung, oder wegen veränderten inneren Gewohnheiten nicht möglich seyn, so bleiben noch andere billig versöhnende Mittel übrig, nemlich das nun geschehene Unrecht, wenigstens auf den mindest möglichen Grad herabzusetzen, und mit jenen souverainen Städten und Landschaften einen Vertrag zu schließen, der ihnen diesen Verlust erträglich mache, und einzig die neue Ordnung theils vollends rechtfertigen, theils durch allgemeine Vergessenheit und Zufriedenheit befestigen kann. Wenn sie bereits Unabhängigkeit und Souverainität verlohren haben, so folget

nicht daraus, daß sie auch alle übrigen Rechte und wohlerworbenes Eigenthum verlieren sollen, die andern Publicis gelassen wurden. Jener Verlust läßt sich zuletzt noch wohl verschmerzen, zumal, wenn nicht innere Gewalt, sondern äußere den einen wie den andern verderbliche Uebermacht ihn bewirkt hat, und wenn man an einer andern billigen Regierung Theil nehmen kann; aber Zernichtung des eigenen Daseyns, willkührliche Beraubung und unverdiente Beleidigungen sind nicht zu ertragen, und müssen auf ewige Zeiten verschlossene Erbitterung und Wunsch nach Rache hervorbringen. Man gebe also jenen Städten ihre rechtmässig besessenen Güter, Besitzungen und Einkünfte wieder, die nicht bloß auf das, was in ihren Mauern liegt eingeschränkt sind; und wo solches nicht mehr möglich wäre, oder sonst zu große Inconvenienzen hätte, da werde darüber eine ausgleichende Transaction geschlossen, indessen aber der Verkauf von jenen Domainen und Capitalien ausgesetzt, deren Eigenthumsrecht im Streite liegt, und deren Verkauf ohnedem den Ruin des Staates ausmacht. Man lasse sie übrigens wieder eine eigene, ihren Gewohnheiten sich annähernde innere Verfassung annehmen, und gestatte ihnen in Absicht auf ihre eigene Judikatur, Ökonomie und Polizey gewisse Freyheiten, die man so ansehnlichen Gesellschaften schuldig ist, welche gewöhnt sind, sich selbst zu regieren, und besser als niemand ihre eigenen Bedürfnisse kennen.

Dieſs würde ihnen wenigſtens ein Schattenbild ihrer ehemaligen Exiſtenz übrig laſſen, ihren gänzlichen Ruin verhindern, und die Unterwerfung erträglich machen; ich ſehe auch auf dieſe Art noch eine Möglichkeit der Herſtellung des Friedens übrig, wiewohl dabey immerhin die ſehr bedeutende, wenn gleich nicht unbefiegbare Schwierigkeit übrig bleibt, alsdann noch eine beſondere Cantons-Regierung, welche ſonſt dieſer Stadt anvertraut werden könnte, zu bilden, zu beſolden, ihr die nothwendigen Gebäude, Bedürfniſſe u. ſ. w. anzuweiſen, und die zwiſchen ihr und jenen Städten entſtehenden rechtlichen Collifionen zu vermeiden.

Endlich giebt es noch andere Bedingungen des Friedens, oder der herzuſtellenden Zufriedenheit, über welche man nach der jetzigen Stimmung ſich wahrſcheinlich viel leichter einverſtehen könnte, darum weil ſie mit jeder Verfaſſung verträglich ſind, und im Grunde nur die Rückkehr von revolutionären Irrlehren und Zerſtörungen betreffen, deren Ungereintheit und Verderblichkeit nun ſelbſt von ihren ehemaligen Anhängern eingesehen werden. Der Kirche werde z. B. ihre Exiſtenz und eine feſte Geſtalt gegeben, durch möglichſte Zurückſtellung ihres Eigenthums das Auskommen ihrer Diener geſichert, und dieſer Stand mit der nöthigen Conſideration umgeben, damit der immer zunehmenden Verderbnis geſteuert, das ganze Volk eine

zur religiösen Tugend verbundene Gesellschaft vorstelle, und wieder ein Hirt über seine Moralität gesetzt werde. Man stelle die in den Paroxysmen der Revolution wegdekretirten Eigenthumsarten wieder her, so werden Hunderttausende zufrieden werden, und Städte, Armen- und Erziehungsanstalten wieder aus dem Grabe hervorgehen. In den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung kehre man zu der bescheidenen Einfachheit unserer Väter zurück, und um die Zahl der Beamten nicht ins Unendliche zu vervielfachen, trenne man nicht, was nicht getrennt werden kann, oder nicht zu trennen möglich ist, und gehe von der albernen, der Natur widerstrebenden und doch nie auszuführenden Maxime ab, alle Funktionen ins Unendliche zersplittern zu wollen. Der Männer, die in so schwierigen Zeiten zur Regierung fähig sind, giebt es in jedem Lande wenige, und in der Schweiz hat wahrlich jetzt jeder mehr für sich selbst zu sorgen und zu arbeiten nöthig, als seine Zeit mit gemeinsamen Angelegenheiten zu versäumen, die andere besser besorgen können. In Absicht der Finanzen suche man sich ebenfalls dem Geist der alten Wirthschaftlichkeit wieder zu nähern, die den Staat zum wohlthätigen Capitalisten macht, anstatt daß er nach den neuen Systemen zum Bettler oder zum Räuber werden muß. Man schaffe die Vermögenssteuern ab, denn sie empören wegen ihrer Willkührlichkeit, sie haben keine Schranken, sie tödten alle Sicherheit des Eigenthums, sie

zwingen den Bürger das Geheimniß seiner Glücksumstände zu offenbaren, und machen einem jeden den Betrug des Staats zur Nothwendigkeit oder zum höchsten Interesse. Dagegen bemühe man sich, wie der gesunde Verstand es andeutet, allmählig wieder Capitalien zu bilden, zu erhalten, zu alimentiren, zu äufnen, und vorerst so viel möglich aus ihrem Ertrag, oder aus einträglichen National-Unternehmungen (Regalien genannt) zu leben, die zum Besten des Landes noch sehr erweitert und vervielfacht werden könnten. Wenn weitere Steuern oder Auflagen nöthig sind, so werden sie auf die Ausgaben gelegt, die dem Bürger wenigstens eine scheinbare Freyheit lassen, und ihm nicht überall das Bild eines widrigen Zwanges vorstellen. In Absicht der Ausgaben treffe man solche Einrichtungen, wo nicht alle Beamte bezahlt zu werden brauchen, oder durch Ehre, durch Anwartschaften, durch den fixen Bestand ihrer Stellen, durch billige Accidenzen u. s. w. bezahlt werden können, und wo der Privatmann, so weit es möglich ist, die Arbeit bezahlt, die er von der Regierung für sein besonderes Interesse nöthig hat. Wenn baares Geld nicht in genugsamer Menge zu erhalten ist, so gebrauche man die übrigen Hülfsmittel, und weise den Beamten wie vormals, ihre Besoldungen in Nutznießung von Gütern, die mittelst dessen gut besorget werden, in Gebäuden, in Naturalien u. s. w. an, die ihren Werth behalten, und oft mit besserem

Vortheil als das gemünzte Geld benutzt werden können. Man begünstige endlich und tödte oder beraube die mannichfaltigen Subsidar-Anstalten nicht, welche durch Okonomie oder Privatwohlthätigkeit dotirt worden, und durch eigenes wohl verwaltetes Vermögen, dem Staat die größten Kosten ersparen, und unentgeltlich die wichtigsten gesellschaftlichen Bedürfnisse bestreiten. Auf diese und ähnliche Art allein kann dem öffentlichen Elend abgeholfen werden, und die Zufriedenheit wieder eintreten. Die Einkünfte werden sich verbessern, durch den natürlichen Seegen der die Gerechtigkeit und den Verstand begleitet, der Staat wird für seine Bedürfnisse genug haben, ohne zum Rauben genöthiget zu seyn, der Privatmann aber von den ewigen Erpressungen sich erholen, und in der billigen Hoffnung, daß ihm die Früchte seines Erwerbes bleiben, mit erneuertem Fleisse arbeiten können.

Aber wie? und durch wen sollen diese Friedensbeförderlichen Einleitungen getroffen werden? Diese Frage ist jetzt bey weitem nicht so schwierig, als sie es im Jahr 1799 unter der Voraussetzung war, daß ohne eine oberste entscheidende Autorität, vorerst die ehemaligen Cantonsverfassungen wieder aufgerichtet werden sollten. Das Werk einer vernünftigen Restauration kann jetzt von niemand anders, als von der gegenwärtigen Regierung geschehen, und muß ihr auch des Friedens hal-

ber überlassen werden. Wenn sie einst besser zusammengesetzt wäre und Weisheit ohne Leidenschaft und ohne Widerspruch des Unverständes, hierbey das Ruder führte: so könnte sogar aus dieser Einleitung noch Gutes gezogen, manche Schwierigkeit entfernt, und manches sonst schwer oder gar nicht zu befiegender Hinderniß vermieden, manches besser und leichter ausgeführt werden, als es auf jede andere Weise möglich wäre. So würde z. B. nichts leichter seyn, als daß die jetzige Regierung in jedem Canton aus den fähigsten und zutrauenswürdigsten Personen, die provisorischen Behörden ernenne, welche einerseits die Geschäfte fortführen, anderseits die untern Theile des gemeinen Wesens auf gleiche Art herstellen, und einen Plan für die künftige Verfassung des Cantons, die jetzt nur eine Art von Provinzialverfassung wäre, entwerfen könnten, welcher bey sich ergebenden Schwierigkeiten der Regierung zum Entschaid, in jedem Fall aber zur Sanction vorgelegt würde. Dergestalt würden alle die bedeutenden Schwierigkeiten wegfallen, welche sonst mit der gänzlichen Herstellung und provisorischen Einrichtung zahlreicher und schwer zu leitender Regierungen verbunden wären; (vergl. S. 360 — 365.) in den vormaligen Popularcantonen könnten die Nachtheile der Demokratie vermieden, und doch manche gute Gebräuche und Gewohnheiten beybehalten; in den städtischen Cantonen aber, ohne zu befürchtenden Widerspruch, die Regierungsfä-

higkeit erweitert, die übrigen Verbesserungen getroffen, und in Absicht auf die angezeigten Rechts- oder Eigenthumscollisionen mit den ehemaligen Hauptstädten die billigen Unterhandlungen eingeleitet, und in kurzer Zeit beendigt werden. So hätte es jetzt auch keine Schwierigkeiten mehr, nach bloßer allgemeinen Convenienz, und sogar ohne Widerspruch von den ehemaligen, ohnedem nicht mehr existirenden Souverainen, einige der vormaligen gemeinen Herrschaften zu eigenen Cantonen zu erheben, und andere den benachbarten einzuverleiben, zumal in jenem Fall von der bereits existirenden obersten Einleitungsbehörde, eine Regierung gesetzt, und eine Verfassung angeordnet, in diesem aber die Verfassung des erwerbenden Cantons, leicht nach den erweiterten Bedürfnissen modificirt werden könnte, auch übrigens die Verhältnisse mit ihren Nachbarn, oder mit der ganzen Schweiz, durch die Unterwerfung unter eine oberste Centralgewalt bereits bestimmt wären. Was endlich diese allgemeine Regierung betrifft, die man sonst unter dem Namen eines Bundesraths einzuführen gedachte, so wäre dieselbe schon da, und mithin alle Hindernisse ihrer Einführung von selbst gehoben. Es bedarf weiter nichts, als die Verfassung derselben für die Zukunft gesetzlich zu bestimmen, was sowohl durch jenes System, als durch diese Einleitung selbst sehr erleichtert würde, und hier besonders, könnte jetzt ohne einige Schwierigkeit man-

ches vollkommener gemacht werden, als wenn vorerst die alten Regierungen hergestellt, und dann zur Uebereinkunft und zur Annahme eines solchen Plans bewogen werden müßten. So fiel z. B. die schwierige Frage von der Zahl und der Proportion der Glieder dieses Staatsraths weg, ob sie von jedem Canton in gleichem Verhältniß, oder nach dem der Volksmenge, den Beyträgen u. s. w., geliefert werden sollen. Die Zahl könnte jetzt willkürlich bestimmt, daher auch verkleinert, und die Glieder ohne Bedenken bald aus diesem bald aus jenem Canton genommen werden, als worin insbesondere die Einheit, in so fern sie wünschenswerth ist, und der Unterschied von einem bloßen Bunde bestehen würde. So könnte diese oberste Regierung, wenn man es gut finden sollte, sich unter gewissen Bedingungen auch in der Folge selbst ergänzen (was nach einem strengen Verbündungssystem nicht möglich oder nicht consequent wäre) und ihren Sitz allenfalls da beybehalten, wo sie ihn bisher aufgeschlagen hat. So wäre es jetzt auch nicht nöthig, ihre Funktionen einzig und allein auf Beforgung der äußeren Verhältnisse, und im Inneren, auf das Amt eines Beschützers und Schiedsrichters der verschiedenen Stände einzuschränken, man könnte ihr ohne Bedenken noch mehrere Befugnisse, wie z. B. das Münzwesen, das ausschließende Mannschaftsrecht, die allgemeinen Regalien, die Anordnung gemeinsam nützlicher Anstalten u. s. w. jedoch nach billiger Transaction

mit den vorherigen Besitzern oder Nutznießern einräumen, und dadurch die Schweiz noch mehr zu einer vernünftigen Einheit bilden. So würden ihr ferner von selbst mehrere natürliche Coercitivmittel übrig bleiben, um jeden Stand in den Schranken seiner Rechte zu erhalten, und zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu zwingen. So wäre man auch nicht so sehr genöthiget, mit gleicher Ängstlichkeit auf die Herbeyschaffung eigener, niemand beschwerender Hülfsmittel bedacht zu seyn; durch die jener Regierung eingeräumten Regalien, und durch Beybehaltung einiger wenigen, der bereits eingeführten, (jedoch in Zukunft nicht ohne Einwilligung der Stände zu vermehrenden) Auflagen, würde sie wahrscheinlich ihre vereinfachten Bedürfnisse leicht zu bestreiten im Stande seyn, und das übrige den besonderen Cantonen verbleiben. Eines weiteren, jener obersten Regierung an die Seite gestellten gesetzgebenden Rathes bedürfte es endlich gar nicht, und die dissörtigen Kosten könnten mithin gänzlich wegfallen; die Abschaffung der unaufhörlichen Gesetzfabrikation ist eine der ersten Bedingungen, um von den Revolutionsplagen befreyt zu werden, und wenn je noch allgemeine Anordnungen für die ganze Schweiz nöthig sind, so können sie eben so gut von dieser Centralregierung getroffen werden. In dem zerrütteten Zustand, in welchem sich überall die öffentliche und Privatexistenz befindet, haben wir wahrlich der Beschäftigungen genug, um fähige

Menschen, und die sparsam zugemessene Zeit anderswo zu gebrauchen; was man mit wenigen Mitteln besser erreichen kan, dafür soll man nicht mehrere anwenden, und die Erfahrung hat leider! genug bewiesen, was die gesunde Vernunft schon längst vermuthete, daß durch jene naturwidrigen Trennungen, die Willkühr keineswegs verhindert, wohl aber sachverderbliche Unthätigkeit und beständiger Krieg in die Regierung selbst hineingebracht wird.

Aber es ist Zeit, auch diese doch immer nur flüchtig hingeworfne Gedanken, und mit ihnen das ganze Werk zu beschliessen. Ich würde es nicht unternommen, vielweniger unter den vielen Thränen die es mich kostete, zu vollenden die Kraft gehabt haben, wenn mich nicht die Hoffnung gestärkt hätte, durch die gerettete Wahrheit einerseits das Ausland zu bewegen uns seine tröstende Achtung und Theilnahme auch fernerhin nicht zu versagen, und andererseits im Innern die redlichen Freunde des Vaterlandes, deren es doch noch viele geben muß, zu fruchtbarem Nachdenken zu veranlassen. O! mögen sie aus dem Inbegriff so vieler tief erschütternden, traurig belehrenden Thatfachen, sich gegenseitig annähern lernen, erkennen was dem Vaterlande Noth ist, und wie leicht die dem Scheine nach entgegenschreitenden Wünsche zu vereinigen wären, wenn der Himmel einst uns wieder einen Blick seiner Gnade schen-

ken; den doctrinalen Eigensinn verbannen und unsere Angelegenheiten menschenfreundlicher Weisheit anvertrauen wollte. Ach! vielleicht sind alle diese Hoffnungen nur tröstende Träume, fromme Wünsche eines tiefgebeugten, aber warm und uneigennützig für das zertretne Vaterland schlagenden Herzens, welches in dieser Stimmung auf die zahllosen, in äußerer und innerer Zerrüttung liegenden Hindernisse, vielleicht nicht hinlängliche Rücksicht nimmt. Aber ich vermag es wenigstens nicht, diesen trostlosen Gedanken zu ertragen, noch an der Vorsehung oder an der besseren Natur meiner Nation zu verzweifeln, die ehemals so achtungswürdig war, durch Unglück jetzt mehr als je belehret worden, und selbst in dem Strudel, wohin Gewalt und die Verirrungen der zerstörenden Zeit sie hinrissen, noch manche Beweise ihrer Rechtlichkeit gegeben hat. Einst werden, ich hoffe es zu Gott, die Leidenschaften ausgetobet haben, einst wird der Unverstand verstummen, einst wird der Himmel uns einen rettenden Geist, einen zweyten von der Flue erwecken. O! er komme bald, und in einem Zeitpunkt wo er nützen kann. — Wir wollen ihn umarmen, uns an ihn schliessen, seine Lehren befolgen, seinen Geist in unsere Kinder und Kindeskinde pflanzen, sein Andenken auf alle Zeiten der dankbaren Nachwelt überliefern. Wäre aber durch ein solches Wunder, endlich eine billige Verkommnis geschlossen und der Friede in den Gemüthern hergestellt,

so werden wir freylich noch lange nicht glücklich seyn; denn was an äußerer Achtung, an innern reellen Hülfsmitteln u. s. w. zerstört ist, das ist zerstört, und das geschehene vermag selbst ein Gott nicht ungeschehen zu machen; aber es wäre doch der erste Grundstein zu unserm künftigen Daseyn gelegt; in die Kindheit der Gesellschaft zurückgestürzt, würden wir wenigstens wieder da anfangen können, wo unsere Väter angefangen hatten, und wohl uns, wenn wir es in Jahrhunderten so weit bringen, als sie es brachten. Durch eine wahre moralische Wiedergeburt müssen wir alsdann die Fehler ablegen, die unsern Untergang, wo nicht bewirkt doch wenigstens beschleunigt haben, Irreligion, sophistirenden Eigennutz, Müßiggang, Weichlichkeit und Charakterchwäche, wie die Pest der Staaten meiden, dafür aber die entgegengesetzten Tugenden wieder annehmen, die unsere Väter emporgebracht haben, und durch welche allein die Völker erhöht werden können. Bescheidenheit in unsern Ansprüchen und in unserer ganzen Lebensweise, Sparsamkeit und wohlgeleiteter Fleiß werden alsdann lange noch unsere ersten Bedürfnisse seyn, denn mit den Gewohnheiten des Wohlstandes und des Uebermuths, können wir uns nicht in den Zustand des Elends und der Demüthigung finden, vielweniger uns aus demselben hervorarbeiten. Was übrigens isolirter Wille nicht zu leisten vermag, das müsse gesellschaftliche Anstrengung zu bewirken trachten, denn

ihr ist nichts unmöglich. Sie allein kann alle Mittel und Triebfedern in Bewegung setzen, damit Religion und Tugend wieder geehrt, Gerechtigkeit gegen Innere und Äußere gehandhabet, wahre Wissenschaft und solide Kenntnisse gepflanzt, die Armen unterstützt, die Kranken verpfleget, die Jugend unterrichtet, damit überall die Noth gehoben, neue Hülf's - oder Verdienstquellen eröffnet werden, und man im ganzen Lande das erfreuliche Bild einer herstellenden Thätigkeit erblicke. Nur unter dieser Voraussetzung wird es uns vergönnet seyn, allmählig unsere tief geschlagenen Wunden zu heilen, und dann von der Zukunft zu erwarten, ob die göttliche Güte uns und den kommenden Generationen hiezu wieder eine dauerhafte Ruhe schenken, und unsere Bemühungen mit ihrem Segen beglücken werde, oder ob uns mit so vielen Völkern älterer Zeit, das Loos der Vernichtung zuge-dacht sey, und die Schweiz aus der Reihe gesitteter und gebildeter Nationen verschwinden folle.

B e y l a g e n.

I.

*Relation der helvetischen Regierungs-Commissaire,
Schwaller und Herzog, über den Aufstand
in Graubünden. (Zu p. 78.)*

Wesen, den 4. May 1799.

Mittags um 1 Uhr.

Bürger Direktoren! Wir zeigten Ihnen gestern an, dass im obern Graubundt eine Insurrektion ausgebrochen sey, und dass die Insurgenten bereits bis Reichenau vorgedrungen seyen. Diese Nachricht bestätigte sich leider durch ein sehr blutiges Gefechte, welches von gestern Morgens früh bis Abends dauerte; wir theilen Ihnen hierüber mit, was wir bis itzt erfahren konnten.

Gestern Morgen frühe, ohne dass die Franken einige Berichte erhielten, drangen die Insurgenten bis Reichenau etwan 4000 Man stark vor, und wollten sich dasiger Brücke bemächtigen; ein französischer Posten vertheidigte sich lange und schlug die Rebellen mit grossem Verlust zurück. —

Sie wagten einen neuen Angriff; und da die Franken in sehr geringer Anzahl waren, wurden sie genöthigt, sich bis eine Viertelstunde vor Chur zurückzuziehen, wo sie von der Garnison von Chur, aus 2 bis 300 Mann bestehend, unterstützt wurden,

und sich in der gleichen Position wenigstens 2 Stunden ohne Entscheid auf das hartnäckigste schlugen. Endlich konnte General Chabran von der Steig her 600 Mann Verstärkung schicken, wodurch das Gefecht zum Vortheil der Franken entschieden worden.

Man schätzt die Niederlage der Rebellen auf 1000 bis 1500 Mann, und der Rest wurde auseinander gesprengt. Offiziers und Soldaten versichern, daß sie in ihrem Leben mit keiner solchen Wuth fechten gesehen haben; trotz dem fürchterlichsten Kartätschenfeuer, seyen diese Irrgeführten mit Axen, Gabeln, Hacken etc. bewaffnet, wie rasend auf die Franken gefallen, und ungeachtet ganzer Haufen Todten, die vor ihnen niedergestreckt lagen, wiederholten sie mit der größten Entschlossenheit ihre Angriffe.

Gestern Abends um 6 Uhr erhielten wir beyliegenden Brief von General Chabran durch seinen Adjutant, der den Auftrag hatte, uns mündlich beyzufügen, daß wir sogleich aufbrechen und nach Wesen zurückziehen sollen, worauf hin wir Abends um 7 Uhr mit dem fränkischen Resident Gujot verreisten, und diesen Augenblick hier anlangten. Wir waren nicht weiter rückwärts gegangen, als bis Wallenstadt, allein weder dort noch hier fanden wir nicht einmal Stroh, um darauf liegen zu können; alles wimmelt von Truppen, die mit dem Transport von Lebensmitteln, Equipage etc. etc. sowohl rückwärts als vorwärts, beschäftigt sind, so daß wir genöthigt sind, bis nach Lachen zurückzugehen, wo wir von den fränkischen Generalen Nachricht erwarten, woraus es sich zeigen wird, ob wir wieder vorwärts gehen und unsere Mission beenden können.

Die provisorische Regierung und die Munizipalität von Chur haben sich theils nach Ragaz, theils nach Wallenstadt geflüchtet; wir haben erstere heute aufgefordert, sich in Zizers oder Ragaz zu versammeln, um von dort aus ihre Arbeiten so lange es

möglich seyn wird fortzusetzen, und uns von allem ungesäumte Berichte zu geben.

Wir bitten Sie, B. Direktoren, uns zu sagen, wie wir uns auf jeden Fall hin zu verhalten haben.

Republikanischer Gruss und Hochachtung!

Unterz. Schwallier. Herzog.

II.

Creditiv-Schreiben des Standes Glarus für die Herren, Landmajor und dermaligen ersten Vorsteher des Landes Glarus, Fridolin Ziwiki, und Herrn Rathsherrn und alt Landvogt Anthony Hauser, als Abgeordnete an Herrn Schultheiss von Steiger in Zürich. (Zu p. 169.)

Da nun der glückliche Zeitpunkt eingetreten, unser gemeinsam Eidgenössisches Vaterland, worin auch der alt Eidgenössische Canton Glarus begriffen, von der durch die Kriegsübermacht unter vielem Jammer und Ungemach, uns aufgedrungenen Staats- und Regierungs-Verfassung zu befreyen, und nun nach der uns so erfreulich gegebenen Zusicherung Sr. Excellenz des K. K. Feldmarschall Lieutenant, General und Freyherrn von Hotze, es der allerhöchsten Willensmeynung Sr. K. K. Majestät, gemäß ist, beynebens der Befreyung von dem französischen Joch, uns anwiederum in die vorigen Rechte einzusetzen, aber zu deren Einleitung, Organisirung der Cantone und ihrer Regierungsform, nach der von Sr. K. K. Herrn Obersten und Commandanten des Grafen von Gavassiny, an uns geschehenen Proklamation, reife Uebereinkunft erforderlich seye, so haben wir, die Ausschüsse der Vorstehern der gesamten Gemeinden des Cantons Glarus, zu entnehmen gehabt, dass unter Landesvä-

terlicher Mitwirkung, Ew. Hochwohlgebohrnen Gnaden, alle diese wichtige Staats- und Regierungsgeschäfte vorgehen werden, so haben wir, die Ausschüsse, nicht säumen können noch wollen, Nahmens unsers Cantons Glarus, zwey unserer Mitglieder, die Wohledelgebohrnen Herren, Hrn. Landmajor und dermaligen ersten Vorsteher, Fridolin Zwiki und Hrn. Rathsherrn alt Landvogt Anthony Hausler, an Ew. Gnaden abzuordnen, mit dem Auftrag, bey Hochselben all das erforderliche vor unsere Cantons-Organisirung und Regierungsform vorzutragen, wie es die dermalige Lage der Dingen zu Erhaltung unserer Rechte und Freyheit erfordert. —

Wir ersuchen also hierin Falls, dieser unserer fürgeliebten Abgeordneten, ihren machenden Vorträgen nicht nur vollen Glauben zuzustellen, sondern geneigte Audienz, und günstige Willfähr unsers so wichtigen, wie angelegenen, als geziemenden Ansuchens angedeyen zu lassen, und wann hierüber, an weitere Hohe und Höchste K. K. Behörden sich zu verwenden erforderlich, Ew. Gnaden geruhen möchten, mit Empfehlung gedacht unsere Abgeordnete kräftigt zu unterstützen. Mit der frohen Aussicht, unser geliebtes Eidgenössisches Vaterland, bald, bald, in dem alt vereinten, ruhig und friedlichen Stande beglückt zu sehen, empfehlen wir Ew. Gnaden samt uns in den Machtschutz Gottes und verharren etc., die Ausschüsse der gesamten Gemeinden des Cantons Glarus, in deren Nahmen unterzeichnet und mit unserem alten Standes-Siegel verwahrt von

Gegeben in Glarus

d. 13. Juny 1799.

(L. S.)

Caspar Schindler
alt Zeugherr.

III.

Glückwünschungs-Schreiben des Löbl. Standes Glarus an den Löbl. Stand Schaffhausen über seine wiederhergestellte Verfassung vom 29. July 1799.
(Zu p. 171.)

Ueberschrift. Denen Frommen, Fürsichtigen, Ehrfamen und Weisen Burgermeister, Klein- und Großen Räthen der Stadt Schaffhausen, Unsern Insonders guten Freunden und getreuen lieben Eidgenossen.

Titulatur. Unser freundlich willig Dienst, samt was wir Ehren Liebs und Guts vermögen, zuvor; Fromme, Fürsichtige, Ehrfame und Weise, Insonders gute Freunde, und getreue liebe Eidgenossen!

Wie angenehm und entzückend es für uns ist, Euch wieder in dieser vertrauten alten Brüdersprache als unsere gute Freunde und getreue liebe Eidgenossen anreden und begrüßen zu können, läßt sich wahrlich nur empfinden, nicht beschreiben. Eben da wir abgeschlossen hatten, an gleichem Posttag auch Euch von unserer veränderten Lage, von unserer glücklichen Wiedergeburt und Einsetzung in unsere von unsern Vätern ererbte alte Regierungs-Rechte, Nachricht zu geben, kommet ihr uns zuvor, und überraschet uns mit eurem lieben Schreiben vom 16ten curr., welches bey Verlesung desselben, in unserer heutigen Rathsverammlung, manchem Thränen der Freude aus brüderlicher Theilnahme an Eurem Glück, in uns erzeugte. Ja! theure, liebe Eidgenossen, schneller als auch wir erwarten durften, erhörte Gott unsere Seufzer, erweckte uns einen unvermutheten Freund, den man uns als unsern größten Feind schilderte, und der uns wieder großmüthig gab, was man uns so hinterlistiger Weise raubte.

Und möge es doch Gott gefallen, daß uns dieſes theure Kleinod der Leibes- und Seelen-Freyheit nun nimmer entzogen werde! — Ach, wir fühlen jetzt den wahren Werth davon gedoppelt; und wie eifrig, wie vertraut, wie brüderlich wollen wir gerne zu allem mitwirken, was immer die Befestigung derſelben ſtärken, und etwas dazu beytragen kann; wie gerne ein unzertrenntes Band neuer Bruderliebe, ächter Schweizertreue und Freundschaft mit Euch und allen lieben Eidgenossen aufs neue anſchließen und unterhalten! — Nehmet die ungefälſchte Zuſicherung hierüber mit jener Ächtheit von uns an, als ſolche aus redlichem Herzen flieſt. Und laßt uns jetzt, ſo viel wenigſtens in unſern Kräften iſt, mitwirken; und uns mit unſern Waffenbrüdern, die uns Freyheit gebracht haben, vereinigen, damit uns ja ſolche nicht wieder geraubt werden kann.

Ihr werdet wiſſen, getreue liebe Eidgenossen, daß wir bereits ein Piquet von 400 Mann ſchon eine geraume Zeit im Feld bey Schweiz ſtehen haben; daß ſich viele unſerer Völker unter die ſogenannten engliſchen Schweizer-Truppen freywillig begeben und anwerben laſſen, und daß wir wieder ein Piquet von 400 Mann marſchfertig in Bereitschaft haben. Eilen Sie, lieben Brüder, ſich auch mit dieſen zu vereinigen, es iſt höchſt nöthig. Wir müſſen wahrlich, wahrlich jetzt wirken, weil es Tag iſt! — Doch Eure Klugheit, Eure Rechtſchaffenheit iſt uns zu bekannt, als daß wir nöthig haben, ſolten mehr Worte hierüber zu verlieren!

Gott, der mehr thun kann, als wir wünſchen können, dieſer gütige Gott ſtehe uns von neuem mit ſeinem Schutz bey. Er laſſe uns nach ſo vielen Tagen des Leidens auch wieder mit einander Tage der Freuden genießen. Sein Schutz, ſein Segen, ſeine Liebe beglücke uns, und ſey mit uns und unſern Nachkommen. Ihm wollen wir von Herzen dafür danken, und uns ſeiner Liebe durch ein frommes Leben würdig zu machen ſuchen. Wo-

mit wir Euch, unsere getreuen lieben Freunde samt uns seiner gnädigen Obhut bestens empfehlen.

Gegeben den 29. July 1799.

Landammann und Rath zu Glarus.

IV.

Ideen über die Einrichtung und die Befugnisse eines allgemeinen Eidgenössischen Bundes-Raths; oder über die Befestigung des Schweizerischen Staatenbundes — abgefaßt zu Zürich im Aug. 1799.

Man setzt als eine durch den Wunsch des grösseren Theils der Schweiz, den Zweck des Kriegs, den Drang der Nothwendigkeit, die Gerechtigkeit und das allgemeine Beste selbst, unzweifelhafte Sache voraus: daß die Existenz und die besondere Verfassung eines jeden Theils der Schweiz im Wesentlichen wieder hergestellt, somit die Popular-Stände in *statum ab ante* zurückgesetzt werden, in den städtischen Cantonen die Oberherrschaft bey den Hauptstädten, mit allfälligen Modifikationen für die Öffnung des Bürgerrechts verbleibe, die gemeinen Herrschaften zwar wohl einige mehrere Privilegien erhalten mögen, aber doch immerhin in gewisser Verbindung und Abhängigkeit von gemeiner Eidgenossenschaft bleiben sollen, und daß die zugewandten Orte fernerhin als wahre Bestandtheile der Schweizerischen Eidgenossenschaft angesehen und betrachtet werden.

Diese verschiedenen Staaten nun, waren nur durch gewisse, mehr oder weniger ausgedehnte Bündnisse, durch die Erinnerung gemeinschaftlich geführter Kriege, und durch einige gemeinsame Besitzungen zusammengehalten. Die Einheit der Eidgenossenschaft, selbst gegen das Ausland, existirte im Grund

mehr in der Idee als in der Wirklichkeit, weil sie durch keine dieselbe handhabende Autorität vorgestellt war. Die gewöhnlichen Zusammenkünfte der Abgesandten der Schweizerischen Stände, waren eigentlich nur Jahrrechnungs-Tagatzungen zu Abnahme der Rechnungen und Schlichtung der Appellationen aus den gemeinen Herrschaften, sie sind nur *accessorie* hie und da zur Berathung über allgemeine Angelegenheiten gebraucht worden. Bey außerordentlichen Zusammenkünften fehlte es immer an Vollmacht, so wie an einem gemeinsamen Vermögen, und die Majorität selbst hatte gar keine Autorität zur Ausführung der gutbefundenen Maafsregeln. Die Nicht-Einwilligung eines einzigen Standes hemmte den Fortgang aller allgemeinen Angelegenheiten, und selbst zur Vollziehung der einhelligen Beschlüsse war kein hinreichendes Mittel vorhanden. In Zeiten von äußerer Gefahr waren die Schweizerischen Staatskräfte nicht von einem Willen, einem Zweck geleitet, es konnte daher nach der Natur der Sache nicht anders kommen, als dafs sie sich nie in ihrer Gesammtheit äufsern konnten, und dafs dieselben bey gleich guten Gefinnungen doch wegen der sich entgegenwirkenden Kraft ungleicher Mittel und Meynungen dem gemeinschaftlichen Zweck nicht nur nicht beförderlich, sondern sogar hinderlich werden mußten.

Es ist daher eine von allen einsichtsvollen Schweizerischen Staatsmännern gefühlte Nothwendigkeit, dafs dieser alte Staatenbund, der schon in seiner Unvollkommenheit so glückliche Folgen hervorgebracht hatte, bey seiner wahrscheinlichen Wiederherstellung etwas fester geknüpft werde. Wenn er in der That einige Wirksamkeit haben und seinen Zweck erfüllen soll, so muß ein mehr oder weniger beständiger Eidgenössischer Bundes-Rath zusammengesetzt werden, welcher die ganze Schweiz bey äufsern Mächten vorstellen, einem jeden Theile der Schweiz die Vortheile des gemeinsamen Verbandes zusichern, im Innern das Recht unter allen hand-

haben, und das Recht von allen gegen auswärtige vertheidigen, die Kräfte des gesamten Bundes im Nothfall gegen innere Gefahr oder äußern Angriff leiten, und auch in gewöhnlichen Zeiten den gemeinsamen Willen ausführen, gemeinsame Vorthelle betreiben könne. Jedermann fühlt, daß eine solche Institution unser einziges Rettungsmittel gegen den französischen Ueberfall gewesen wäre, und ohne nur alle ihre übrigen Vorthelle in Anschlag zu bringen, ist sie während der Fortdauer des gegenwärtigen Krieges unumgänglich nothwendig, wenn die Schweiz, als ein Staatskörper betrachtet, mit den kriegführenden Mächten, mit welchen sie in so vielen Verhältnissen steht, correspondiren, an dem Kriege selbst Antheil nehmen, und bey einem künftigen Frieden noch als ein achtungswürdiger unabhängiger Staat soll erscheinen und etwas erhalten können.

In der Vermuthung also, daß die Formation eines solchen Eidgenössischen Bundes-Raths bald etwa zur Sprache kommen möchte, wagt man es demnach, über desselben Bildung, Einrichtung, Befugnisse und Erhaltungsmittel nachfolgende Ideen zu äußern:

Erster Abschnitt.

Von der Formation und innern Einrichtung des Eidgenössischen Bundes-Raths.

§. 1.

Composition. Ein Deputirter von jedem der 13 Cantone — einer von Abt und Stadt St. Gallen, einer von der Republik Wallis, und einer von Bündten, welches zu diesem Ende in diesen neuen Schweizerbund eingeladen werden müßte. Genf, Biel und Neuenburg, wenn die erstern Stände wieder dem französischen Gebiet entrissen werden, und letzteres

in den Schweizerbund aufgenommen wird, sollten zusammen nur einen Deputirten geben, und demnach in der Abfindung desselben abwechseln.

§. 2.

Formation. Die Deputirten würden, wie vorher, von der obersten Gewalt jedes Eidgenössischen Standes, auf die von denselben gutfindende Weise, unter den angesehensten Magistratspersonen erwählt werden.

§. 3.

Organisation. Der Eidgenössische Rath würde sich in Baden oder Frauenfeld versammeln, alldort seine gewohnten Sitzungen halten, und die Eidgenössischen Archive dorthin transportirt werden.

A. Er würde unter sich selbst einen **Präsident** erwählen, der lebenslänglich oder bis zu allfälliger Resignation an seiner Stelle bleiben soll. Ihm würde ausschliessend überlassen seyn, die einlangenden Depeschen zu öffnen, den Eidgenössischen Rath zu versammeln, die Materien zugleich mit seiner Meynung in Proposition zu setzen, die Fragen zu bestimmen, das Mehr aufzunehmen, das Siegel und allfällige Unterschrift zu führen etc. und vielleicht wird es nicht undienlich seyn, ihm noch einige andere Vorrechte, als z. B. den Vorschlag zu allfälligen Gesandtschaften, Commissionen, die Präliminardirektion auswärtiger Negotiationen, die Ernennung gewisser Stellen u. s. w. anzuvertrauen,

B. Er wird sich ferner unter den, in innern und äussern Verhältnissen erfahrensten Männern, einen permanenten, lebenslänglich oder bis auf Beförderung, Resignation u. s. w. an seiner Stelle bleibenden Eidgenössischen Staatssekretär erwählen, der ausschliesslich den Versammlungen beywohnen, die Verhandlungen niederschreiben, ausfertigen, die Archive und Registratur unter seiner Aufsicht hal-

ten, und endlich auch seine Untersekretärs, deren vier, einer für das auswärtige oder Diplomatische, einer für das allfällige Militärische, einer für das innländische allgemein Eidgenössische, und einer für das Ökonomiewesen nöthig scheinen, mit Genehmigung des Präsidenten ernennen könne, welche den verschiedenen daherigen Commissionen als Sekretarii beygeordnet wären.

C. Der Eidgenössische Bundes-Rath sollte auch aus seinem Mittel, zur Untersuchung und Vorbereitung der verschiedenen Geschäfte, vier Commissionen ernennen.

- a) eine für die auswärtigen oder diplomatischen Angelegenheiten, unter dem Vorsitz des Präsidenten.
- b) eine für die allmähliche Einrichtung, die Oberaufsicht und die Direktion des Gemeineidgenössischen Militärs.
- c) eine für die innern Angelegenheiten zwischen den verschiedenen Ständen, und in den gemeineidgenössischen Ländern.
- d) eine für das Ökonomische, falls, wie unten wird vorgeschlagen werden, ein gemeineidgenössisches Gut zusammengebracht werden kann.

Alles in dem Verstand, daß ohne Untersuchung und Rapport von einer dieser vier Commissionen nichts dahin einschlagendes sollte entschieden werden können.

D. Die übrigen Details der innern Einrichtung als z. B. Auswahl oder Vorschrift der Bedingungen für die Bekleidung der unteren Sekretärsstellen, Zeit, Form und Polizey der Berathschlagungen etc. etc. würden dem Eidgenössischen Rath selbst anzuordnen überlassen seyn.

§. 4.

Funktionen. Da die Errichtung eines Eidgenössischen Bundes-Raths die besondere Existenz, Verfassung und Regierung eines jeden Schweizerischen Standes keinesweges angreifen noch schmälern soll, sondern im Gegentheil solche zu schützen bestimmt ist, so sollten sich seine Funktionen auf folgende Gegenstände beschränken:

- a) die gewöhnliche Correspondenz mit allen auswärtigen Mächten, Gesandten und andern Behörden, in so fern sie die ganze Schweiz betreffen; die Direktion und Abschließung aller allgemeinen Negotiationen, Allianzen, Traktaten, Capitulationen und anderer Conventionen; die allfällige Erklärung und in diesem Fall die Direktion des Kriegs, die Negotiation und endliche Abschließung des Friedens, die Ernennung und Instruktion der permanenten oder temporären Gesandten, Repräsentanten bey auswärtigen Mächten etc.
- b) die Verfassung und Regierung eines jeden Eidgenössischen Standes, auf desselben Requisition hin, entweder durch Handbietung mittelst des allfälligen Eidgenössischen Militärs oder durch Aufmahnung der benachbarten Cantone gegen alle innere unrechtmässige Gewalt zu schützen und zu schirmen, nachher aber dann auch zu Befestigung des innern Friedens allfällig das Schiedsrichteramt auszuüben. *)
- c) alle Streitigkeiten, welche sich zwischen den ein und anderen Eidgenössischen Ständen erheben möchten, und die nicht zwischen ihnen

*) Dieser Art. ist auch schon der durch Niklaus von der Flüh gestifteten Stanzer-Verkommnis von 1481 angemessen.

selbst in Freundlichkeit ausgemacht werden könnten, nach den existirenden Traktaten, oder sonst nach Recht und Billigkeit, schiedsrichterlich zu entscheiden. *)

d) die direkte und ausschliessliche Oberherrschaft über die ehemaligen Mediatämter oder gemeineidgenössischen Besitzungen auszuüben, demnach mit Vorbehalt der ihnen allfällig zu ertheilenden Freyheiten, die für dieselben nothwendigen Civil-Criminal- und andere Gesetze zu machen oder zu sanktioniren, die allenfalls vorzubehaltenden Appellationen über gewisse Gegenstände zu schlichten, die landesherrlichen Einkünfte verwalten und als gemeineidgenössisches Gut benutzen zu können u. f. w.

e) das allfällige gemeineidgenössische Militär zu formiren, einzurichten und mit allem

*) Dieser Punkt ist schon in dem ersten Eidgenössischen Bund von 1315 und allen folgenden enthalten, laut welchen alle Streitigkeiten zwischen den Eidgenossen schiedsrichterlich ausgemacht werden sollten. In dem Bund von 1315 heisst es: „So Misshäll oder Krieg zwischen den Eidgenossen selbst entstünde, so sollen die Witzigsten zusammen kommen und selbigen richten und schlichten, und den Verfallten auf seinen Schaden gehorsam machen.“ Mittelt dieses Eidgenössischen Bundesraths würde nun die Sache so eingeleitet, dass die Witzigsten nicht nur zusammen kommen, sondern für diesen und zugleich auch für andere gemeinsame Zwecke immer beyammen sind. Im Ganzen genommen, wird auch dieser Eidgenössische Rath weit weniger kostbar seyn, als die ehemaligen Sätze, die auch deswegen grösstentheils abgegangen sind, und die vielen Conferenzen zwischen einzelnen Cantonen, durch welche doch die streitigen Geschäfte selten ausgemacht wurden.

nöthigen zu versehen, zu diesem Ende alle erforderlichen Reglemente abzufassen, und über ihre Vollziehung die Aufsicht zu halten, endlich auch die allfällige Anwendung desselben durch Beyziehung eines gemeineidgenössischen Kriegsraths zu leiten; jedoch so, daß die Truppen im Innern nicht anders als auf Requisition irgend eines einzelnen Standes, und im Ausland nicht anders als auf vorhergegangene Kriegserklärung sollen gebraucht werden können.

f) die dem Eidgenössischen Rath als Gemeineidgenössisches Gut überlassene Capitalien und Einkünfte zu verwalten, solche zu besorgen und beziehen zu lassen, über ihre Verwendung zu entscheiden, die daherigen Rechnungen abzunehmen und zu passiren u. s. w.

g) Endlich kann der Eidgenössische BundesRath auch den natürlichen Mittelpunkt zur Erleichterung und Beförderung aller für das gemeine Beste der ganzen Eidgenossenschaft sich äussernden wünschenswerthen, aber durch gar keinen Zwang einzuführenden Vorschläge, als da sind: die Aufhebung der Lebensmittel-Sperren zwischen den verschiedenen Cantonen, die gegenseitige Beförderung und Erleichterung der Polizey und Justiz, nach dem Sinn und Geilt der alten hierin noch zu vervollkommenden Abschieden und Concor daten, die allmähliche Einführung eines gleichen Münzfusses, wie auch von gleichem Maafs und Gewicht, die allfällige Errichtung von neuen allgemein zu wünschenden Strassen oder Brücken, die Benutzung unbearbeitet liegender Bergwerke, die Vervollkommnung des Post- und Botenwesens, die allfällige Errichtung einer Gemeineidgenössischen, vorzüglich auf Erwerbung vaterländischer Kenntnisse abzielenden Akademie; von allgemeinen Vieh- Brand- und andern Affekuranstalten u. s. w. ausmachen; in diesen und ähnlichen Rücksichten die Anträge von

einzelnen Eidgenössischen Ständen empfangen, dergleichen auch selbst machen und darüber negotiren, jedoch aber solche nicht anders als auf Einwilligung der interessirten Stände, oder nur in denen, welche dazu eingewilliget haben, ausführen können. *)

§. 5.

Eid und Instruktion. Die Mitglieder des Eidgenössischen Bundesraths sollen das erstemal gleich nach der Erwählung ihren Committenten, in der Folge aber bey der ersten Erscheinung in dem Rathe selbst, schwören: „der Schweizerischen Eidgenossenschaft Treu und Wahrheit zu leisten, durch alle „rechtmässige Mittel ihren Nutzen zu fördern und „ihren Schaden abzuwenden, die Existenz, die Verfassung und die besondern Rechte eines jeden Eidgenössischen Standes zu schützen und zu schirmen, „und auf keinerley Weise zu beeinträchtigen; ihre „allfälligen schiedsrichterlichen Sprüche nach dem „Geist und Zweck der alten Bünde, oder, wo diese „nicht hinreichen, nach dem allgemeinen Recht aus-

*) Was insbesondere den gegenseitigen freyen Handel und Verkehr zwischen den verschiedenen Cantonen betrifft, so sind dieselben jetzt schon daran gewöhnt, und es wäre eben so unnütz als höchst unpolitisch, die ehemaligen Sperren, besonders von Lebensmitteln, die überdem gar nicht zur Verfassung gehören, und zum Theil sogar den Bünden zuwider sind, herstellen zu wollen. S. z. B. den Bund zwischen Bern und Zürich von A. 1423, wo es Art. 14 heisst: „Jedwede Stadt soll „der andern unbedingten Kauf, beyde Wein und Korn „und ander Ding lassen zugahn.“ Allein durch die aus fremden Ländern zu uns hingekommene sogenannte philosophische Staatspolitik, wurden in neuern Zeiten Recht und die heiligsten Verträge, der (meistentheils noch übelverstandnen) Convenienz untergeordnet.

„zufallen; die Oberherrschaft über die Gemeineidge-
 „nössischen Länder gerecht und väterlich zu verwal-
 „ten, sie in ihren Rechten und Freyheiten zu schütz-
 „zen und zu schirmen, und sich das Beste derselben
 „angelegen seyn zu lassen; mit dem Gemeineidge-
 „nössischen Gut getreulich hauszuhalten, solches so
 „viel möglich zu vermehren, und nicht anders als
 „zum Besten gemeiner Eidgenossenschaft anzuwenden;
 „in ihren Verhältnissen mit auswärtigen Mächten, so
 „viel möglich zum Augenmerk zu haben, daß die
 „Schweizerische Eidgenossenschaft in keinen ihr frem-
 „den Krieg verwickelt werde; übrigens sich in allem
 „nach dem Inhalt und dem Zweck ihrer Instruktion
 „zu verhalten.“

In Betreff ihrer verschiedenen Funktionen wären ihnen folgende Hauptsätze zur Instruktion zu ertheilen, die in der Folge ebenfalls weiter ausgeführt werden können:

a) mit allen auswärtigen Mächten nach bestem Vermögen Frieden und gutes Einverständniß zu unterhalten, zu diesem Ende gegen dieselben in allen Vorfällen das allgemeine Völkerrecht oder den Inhalt allfälliger positiver Traktaten zu beobachten, die sich erhebenden unbedeutenden Streitigkeiten so viel möglich durch Briefwechsel oder mündliche Unterredung in Freundlichkeit auszumachen, oder zu deren Beendigung je nach den Umständen einen schiedsrichterlichen Spruch anzubieten; dabey aber auf alles, was die Ehre, die Rechte und die Unabhängigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder eines ihrer Theile angreifen oder gefährden könnte, aufmerksam zu seyn und dagegen in Zeiten die nothwendigen Mafsregeln zu treffen.

b) Der Krieg soll nicht anders als auf schriftlichen, mit Beweisen seiner Nothwendigkeit begleiteten Antrag des Präsidenten, Untersuchung der Commission für die auswärtigen Angelegenheiten und

durch mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Eidgenössischen Rathes erklärt werden können. Falls aber irgend ein Eidgenössischer Stand sich oder sein Gebiet angegriffen oder auch nur augenscheinlich bedroht fühlt, und zu diesem Ende die Gemeineidgenössische Hülfe requirirt, den Bund anruft, so soll, nach der Natur und den Grundsätzen des Verbündungs-Systems, daß wenn einer angegriffen ist, alle angegriffen sind, ohne im mindesten in die Frage, ob die Gefahr wirklich oder selbst zugezogen sey, einzutreten, auf die bloße Requisition hin, augenblicklich die verlangte Hülfe geleistet, der Gemeineidgenössische Krieg vorbereitet und allenfalls erklärt werden, auch der Präsident darauf anzutragen gehalten seyn. *) Der allgemeine

*) So streng dieses scheint, so ist es gleichwohl vollkommen rechtlich und in der Natur des Bundesvertrags selbst gegründet. Ob jemand in Gefahr sey, darüber hat niemand das Recht zu urtheilen, als derjenige, welcher sich in Gefahr befindet; sonst brauchte man nur die letztere zu negiren, um sich jeder Bundespflicht entziehen zu können, welches aber der Natur eines Bundes, dem unbedingten Gebot *pacta sunt servanda* widerspricht. Eben diese Bewandniß hat es mit den übrigen Fragen: ob man selbst an der Gefahr schuld sey? ob es räthlich oder in eigenen Rücksichten nützlicher sey, die Hülfe nicht zu leisten? u. s. w. Denn wollte ein verbündeter Stand über solche Fragen rechtskräftig selbst urtheilen, so hiesse das so viel als allein urtheilen, ob er den Bund erfüllen wolle oder nicht, welches wiederum den Bund selbst gerade zu aufhebt. Also muß es nothwendig nur auf die Anrufung des requirirenden Theils ankommen, wie es auch unsere alten Bünde wollen, zumal dieses reziprozisch seyn kann, mithin auch rechtlich ist. Schon der Bund von Ao. 1315 befiehlt im 1sten Artikel: „einan-

Kriegsrath soll alsdann sogleich zusammenberufen werden, und alle sowohl Gemeineidgenössischen als besondern Streitkräfte der verschiedenen Stände zu seiner Disposition und Direktion haben, bis die Gefahr abgewendet oder der Friede hergestellt seyn wird.

„mit Lyb und Gut in eigenen Kosten zu helfen aufserhalb des Lands und innerhalb, gegen jeglichen.“ In dem Bund mit Zug von Ao. 1352 heisst es noch deutlicher, Art. 1. „Wenn ein Ort beschädiget ist, so sollen die übrigen auf Mahnung hin, und (Art. 2.) in schleunigen Gefahren sogar ungemahnt, unverzüglich und ohne Widerred zuziehen in eigenen Kosten.“ In dem Bund mit Bern von Ao. 1353 verpflichtete man sich „einander zu schützen und zu schirmen und zu helfen mit Lyb und Gut wider alle Feinde und unbillige Ansprenger.“ Was konnte nun z. B. für ein unbilligerer Anspruch seyn, als der, wo die Franzosen von mehreren Eidgenössischen Orten prätendirten, sie sollen ihre Verfassung umstürzen, sich nach Frankreich modeln und, man mochte es thun oder nicht, gleichwohl mit ihren Truppen ins Land kommen wollten. Bern war dagegen (Art. 13) verbunden, selbst wenn es nur von einem Ort gemahnt wäre, „mit ihm zu ziehen und ganz kein Aufzug noch Ausflucht zu suchen, weder heimlich noch öffentlich ohne alle Gefährde.“ Ach, warum waren diese Bünde und ihre so naiven starken Ausdrücke so wenig mehr gekannt! Hätte man sie wörtlich angerufen und sich nicht immer bloß mit allgemeinen Ausdrücken, die nicht ans Herz reden, noch treffend den Fall der eintretenden Pflicht beweisen, auf die Bünde bezogen: sie würden gewiss noch vielen Eindruck gemacht haben; denn der Eidgenössische Sinn war im Grund noch nicht erstorben.

c) Die Friedens - Handels - Freundschafts oder andere Traktaten und allgemeinen Conventionen sollen von den verschiedenen Eidgenössischen Ständen in einer zu bestimmenden Frist ratifizirt werden, im Fall sie aber von der mehreren Anzahl genehmiget würden, für alle zusammen Kraft und Verbindlichkeit haben.

d) Falls die Verfassung oder die Rechte irgend eines Eidgenössischen Standes durch innere Gewalt angegriffen oder bedroht sind, und er zu diesem Ende die Gemeineidgenössische Hülfe anruft, so soll dieselbe ebenfalls auf die bloße Requisition hin, ohne in die Rechtmäßigkeit oder Nothwendigkeit derselben einzutreten, sogleich geleistet werden, in diesem Fall aber die absendenden Truppen einzig und allein zur Disposition des requirirenden Standes stehen, und auf dessen Verlangen sogleich wieder zurückgezogen werden.

e) Die allfällig auf solche geleistete Hülfe hin zu gänzlicher Befestigung der innern Ruhe erfolgende Gemeineidgenössische Mediation oder schiedsrichterliche Sprüche, sollen immerhin nach der Natur der vorhandenen Verfassung und den existirenden rechtlichen Verhältnissen zwischen einem jeden souverainen Stand und seinen Unterthanen abgefaßt oder ausgefällt werden, mithin dieselben den Mediatoren oder Schiedsrichtern dissorts zum Gesetze dienen. Ein mehreres zu thun ist allein der rechtmäßigen Landesobrigkeit eines jeden Eidgenössischen Standes überlassen.

f) Die Hauptsätze zur Instruktion über die Verwaltung des Gemeineidgenössischen Guts werden unten in dem Artikel von den Finanzen vorkommen.

§. 6.

Dauer und Erneuerung. In Gleichförmigkeit mit den Verfassungen der einzelnen Eidgenössischen Stände sollen der Präsident sowohl als die Mitglieder des Eidgenössischen Bundesraths lebenslänglich oder bis auf allfällige Resignation an ihrer Stelle bleiben. Indessen soll jedem Eidgenössischen Stand freygestellt seyn, seinen Deputirten, falls er nicht zugleich Präsident wäre, in jeder beliebigen Zeit zurückzuberufen und einen andern an dessen Stelle zu senden.

§. 7.

Vakanzen. Da zu vermuthen ist, das nicht immerhin hinlängliche Geschäfte vorhanden seyn werden, welche erfordern, das der Eidgenössische Bundesrath beständig versammelt bleibe, so soll derselbe sowohl aus diesem Grund, als zu Ersparung der Kosten, nach Abschließung des allgemeinen Friedens, ordentlicher Weise nur von Martini bis zum 10ten Julius versammelt seyn, vom 10ten Julius aber bis zum 10ten November Vakanzen halten mögen, während welchen die laufenden Geschäfte von dem Präsidenten oder einer zu bestimmenden Provisionalcommission besorget werden können. Indessen soll der Präsident das Recht haben, bey wichtigen oder ausserordentlichen Vorfällen den Eidgenössischen Rath auch in dieser Vakanzzeit zusammenberufen zu können.

§. 8.

Honorifica und Beneficia. Dem Eidgenössischen Bundesrath soll der Titel Hochwohlgeborne, Hochgeachte und Weise, von den Partikularen aber noch, in Rücksicht der auf die Gemeineidgenössischen Besitzungen ausübenden Oberherrschaft, der Titel Gnädige Herren gegeben werden.

Sie mögen in derjenigen Stadt, wo sie ihre Sitzungen halten, eine Gemeineidgenössische Ehrenwache haben, und ihnen so wie jedem einzelnen Mitgliede des Eidgenössischen Rathes sollen sowohl von sämlichem Gemeineidgenössischen Militär als von den allfälligen Truppen der besondern Stände die militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen werden.

Sie sollen sowohl in als ausser den Versammlungen, die Vakanzzeit allein ausgenommen, beständig in schwarzer Kleidung erscheinen.

Ihnen soll an dem Orte, wo sie ihre Sitzungen halten, in der Kirche ein eigener ausgezeichnete Ehrensitz angewiesen seyn.

Falls ein Mitglied des Eidgenössischen Bundesraths in Geschäften zu irgend einem der verschiedenen Eidgenössischen Stände abgeordnet wird, so soll er in der Rathversammlung immerhin den ersten Sitz nach dem in Activität befindlichen obersten Haupt der Regierung zu beziehen haben. *)

Da die Schweizerische Eidgenossenschaft, theils durch die Zerstörungen der durch die Franzosen bewirkten gewaltsamen Umstürzung, theils durch den darauf erfolgten Krieg sehr verarmet und von allen Hilfsmitteln entblöst ist, es übrigens auch zweckmässig scheint, dass selbst die oberste Autorität der Eidgenossenschaft sich durch einfache, gepränglose Lebensart auszeichne, dem ganzen Volk das Beyspiel der Genügsamkeit und Sparsamkeit gebe, auch so viel möglich nur vermögliche Leute zu diesen Stellen kommen: so sollen die jährlichen Besoldungen einstweilen nicht höher als folgendermassen bestimmt werden:

*) Dieses letztere Ceremoniel ist ebenfalls der alten Eidgenössischen Uebung angemessen.

für den Präsidenten	-	fl. 4000.
für jeden der übrigen Gefandten	-	3000.
für den Eidgenössischen Sekretär	-	3000.
für jeden der 4 Unterschreiber	-	1500.

mittelt welcher sie sich dann vollkommen unentgeltlich erhalten sollen. *)

Es wird nach eingeholter nähern Kenntniss der vorhandenen Hülfsmittel, zu entscheiden seyn, ob diese Befoldung nicht theils in Geld und theils in Naturalien, als Getraide, Wein, Holz, Wohnung u. s. w. bestimmt werden könne.

Das erstemal wird es vielleicht nöthig seyn, dass jeder Eidgenössische Stand seinen Deputirten selbst bezahle; in der Folge aber, und wo möglich von Anfang an, sollen die Befoldungen aus dem Gemeineidgenössischen Seckel durch den Seckelmeister oder Cassier, quartaliter während der achtmonatlichen Activitätszeit ausgerichtet werden.

Nach gänzlicher Wiederherstellung des äussern Friedens, so wie der innern Ruhe, und allmählicher Vermehrung der Hülfsmittel, mögen die Befoldungen in der Folge etwas erhöht werden. Der Antrag dazu soll aber von einem Eidgenössischen Stande geschehen und die Erhöhung selbst nicht von dem Eidgenössischen Bundesrathe erkannt, sondern von der Mehrheit der Stände selbst bewilliget werden.

§. 9.

Autorität und Executions-Mittel. In allen Staatenbünden, es sey, dass sie zu Handhabung

*) Es ist zu bemerken, dass, da der Eidgenössische Rath laut dem vorigen §. ordentlicher Weise nur 8 Monat lang in Activität seyn soll, diese Befoldungen als bloß auf diese Zeit berechnet, um den halben Theil höher, nemlich 6000 fl. anstatt 4000, 4500 fl. anstatt 3000 u. s. w. zu betrachten sind.

desselben in einen gemeinsamen Mittelpunkt vereinigt seyn, wie das deutsche Reich und die amerikanischen Freystaaten; oder dieselbe bloß von der Bundesstreu und dem Interesse eines jeden Theiles erwarten, wie vormals die Schweizerische Eidgenossenschaft; fehlte es gleichwohl immer an hinreichenden Mitteln die Erfüllung aller bundesmässigen Pflichten auf jeden Fall zu bewirken, und demnach die Vortheile zu erzielen, welche man bey der Stiftung jener Verträge beabsichtigt hatte. Wenn aber schon jeder mitverbündete Stand seine Souverainität, seine Verfassung und innere Verwaltung ungekränkt beybehält und beybehalten soll, so ist er nichts desto weniger schuldig, die zum allgemeinen Nutzen eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, und den Bundespflichten zu entsprechen, die er in andern Fällen auch von den übrigen fordert, und eben wegen dieser eigenen Erfüllung auch zu fordern berechtiget ist. Es liegt aber in der Möglichkeit und in der Natur der Dinge, daß einzelne Glieder verbündeter Staaten gleich wie einzelne Menschen in einem Staat, hie und da jene Verbindlichkeiten zu bestreiten oder sich derselben, aus besondern, es sey wohl oder übel verstandenen Interessen, wäre es auch nur auf kurze Zeit, zu entziehen suchen werden; und daher muß nicht nur eine Autorität vorhanden seyn, welche über den Erfüllungsfall jener Verbindlichkeiten entscheide, sondern es müssen ihr auch hinreichende Mittel an die Hand gegeben werden, um auf jeden Fall dem Bunde Wirksamkeit, dem vertragsmässigen Recht auch die correspondirende Kraft zu verschaffen. Diese Mittel aber sollen nicht gewalthätig seyn, sondern nur aus der Natur der Sache selbst fließen, und nicht weiter gehen, als es das Recht und die Nothwendigkeit erfordert.

Wenn also irgend ein Eidgenössischer Stand auf beschene Aufmahnung, es sey gegen äußere oder innere Gefahr, keine Hülfe senden, oder solche vor dem gemeinsamen Frieden zurückziehen, zu den

gemeinsamen Bedürfnissen nichts beytragen, einem ausgefallten schiedsrichterlichen Spruch nicht nachkommen, oder sonst irgend eine andere Bundespflicht nicht erfüllen wollte: so soll derselbe vorerst von dem Eidgenössischen Rath freundschaftlich jedoch ernstlich ermahnt werden, inner einer zu bestimmenden Frist seinen Verbindlichkeiten ein Genüge zu leisten.

Falls die Regierung eines solchen Eidgenössischen Standes durch innere Gewalt oder Aufruhr an Erfüllung ihrer Bundespflichten gehindert würde, so soll sie gehalten seyn, dagegen sogleich Gemeineidgenössische Hülfe zu reklamiren, und solche ihr auch geleistet werden; in dem Verstand, daß wenn sie diese Reklamation unterlassen würde, ihr die Schuld der Nichterfüllung allein beyzumessen seyn wird.

Sollte die Regierung, bey gutem Willen ihr gänzliches Unvermögen vorschützen und solches glaubwürdig zu beweisen im Stande seyn, so mag darauf von dem Eidgenössischen Rath, je nach den Umständen, jedoch mit Sorgfalt, einiger Bedacht genommen, Termin ertheilt, oder der diesem Stand zukommende Beytrag, in eine andere Art von Hülfsleistung verwandelt werden.

Ist aber keiner von diesen Fällen vorhanden, und die Ermahnung läuft gleichwohl fruchtlos ab, so soll der seine Bundespflicht nicht erfüllende Stand von allen übrigen als Feind betrachtet, demnach auf den Antrag des Präsidenten und auf den bloßen Beweis des Faktums, von dem Schweizerbund und allen seinen Vorthelen ausgeschlossen, ihm sowohl gegen innere als äußere Gefahr keine Hülfe geleistet, in Streitigkeiten mit benachbarten Cantonen weder Gehör noch Recht ertheilt, seine Angelegenheiten bey auswärtigen Mächten weder unterstützt noch begünstiget, auch sein Deputirter im Eidgenössischen Rath verabschiedet, ja sogar wenn durch diese Bundesverletzung das allgemeine Vaterland Gefahr leiden sollte, mit der ganzen übrigen Gemein-

eidgenössischen Macht zu Leistung seiner Pflicht und zwar auf seine eignen Kosten angehalten werden, zumal man in Zeiten von Gefahr nicht aus der Verbindung soll treten können. *)

Ein solcher einmal ausgeschlossener, oder selbst aus der Verbindung zurückgetretener Eidgenössischer Stand soll nicht früher als nach Verfluß von 5 Jahren, durch Einwilligung sämtlicher übriger Stände, wieder in den Schweizerbund aufgenommen werden können, und den durch die Nichtleistung seiner Bundespflicht der allgemeinen Eidgenossenschaft zugefügten Schaden nach einer billigen Schätzung des Eidgenössischen Raths, zu restituiren schuldig seyn.

§. 10.

Finanzen. Zu Bestreitung der Gemeineidgenössischen Ausgaben sowohl in Friedens als in Kriegzeiten ist es nicht nur rathsam, sondern unumgänglich nothwendig, einen eigenen Gemeineidgenössischen Sekel und bleibende Gemeineidgenössische Einkünfte zusammenzulegen und

*) Wie sehr unsere Väter schon die Nothwendigkeit dieser Verfügungen gefühlt, und sogar noch stärker ausgedrückt haben, beweisen ebenfalls die alten Bünde. Wie kraftvoll ist nicht der 4te Art. in dem Bund von Ao. 1315. wo es heist: „Wer der Ländern eines verriethe oder wider den Bund handelt, der soll treulos und meineidig und sein Lyb und Gut den Ländern verfallen seyn.“ Der Vier Waldstätter Bund von 1332 befiehlt wiederum Art. 7. „dass alle Ort den Ungehorsamen gehorsam machen sollen in desselben Kosten.“ Was man aber hier vorschlägt, ist nichts anders als eine sehr glimpfliche und mit allen billigen Rücksichten begleitete Art den Ungehorsamen gehorsam zu machen, folglich unserm alten Staatsrecht vollkommen angemessen.

anzunordnen. Der Mangel derselben ist es vorzüglich, was vormals alle guten, sonst allgemein gewünschten Anstalten und Unternehmungen gehindert, geschwächt, ja zum Theil selbst unmöglich gemacht hat. Ohne ein solches Gemeineidgenössisches Gut wäre der Eidgenössische Rath ein leerer Name, und durchaus unmächtig, seine gemeinnützigen Befugnisse zu erfüllen. Wäre er genöthiget, wie es vormals geschah, die erforderlichen Hülfsmittel sich nur durch Beyträge von den verschiedenen Eidgenössischen Ständen zu verschaffen, so würde nicht nur ihre Vortheilung und Beziehung äusserst schwierig, langsam, unzureichend und verdrießlich seyn, sie würden selten oder nie zu gehöriger Zeit noch in gehöriger Menge einlangen, ihre Bezahlung sogar als eine lästige Beschwerde, eine Art von Tribut angesehen werden, und allen gemeinsamen Anstalten, Unternehmungen und Vertheidigungsmitteln unübersteigliche Hindernisse und Schwierigkeiten entgegensetzen. Hingegen kann durch Formirung eines Eidgenössischen Sekels nicht nur allen diesen Nachtheilen vollkommen ausgewichen werden, sondern derselbe zugleich den besondern Eidgenössischen Ständen zur grossen Ersparnis dienen, wenn man bedenkt, wie viel vormals für Tagfatzungen, Conferenzen, Repräsentanten, Piquete, Contingente u. s. w. von jedem derselben ausgegeben werden mußte,

Vor Zeiten, wo noch alle Eidgenössische Stände und Publika, so wie die Einwohner überhaupt reich und wohlhabend, auch die als gemeinsam zu betrachtenden Hülfquellen weder zerstört noch geschwächt waren, wäre es allerdings leicht gewesen, ohne einige nur fühlbare Beschwerde in kurzer Zeit ein sehr beträchtliches Gemeineidgenössisches Gut zusammenzulegen; jetzt ist es freylich schwer, aber doch nicht unmöglich, wenn dafür durch kluge Auswahl der zu bestimmenden Hülfsmittel, durch Einschränkung der Bedürfnisse und durch haushälterische Verwaltung gesorget wird. In dieser Ueber-

zeugung wagt man es daher, über die Formation, die Destination, die Disposition und Administration eines solchen Gemeineidgenössischen Sekels nachfolgende Gedanken anzugeben.

A. Formation. Die Hülfquellen, um einen Eidgenössischen Sekel unter der Verwaltung des Eidgenössischen Bundesraths zu bilden, sollen bestehen:

- 1) in allen Domainen, Zehnden, Bodenzinsen, Zöllen, Capitalien von ausgekauften oder auszukaufenden Herrschaftsrechten, Salzregal u. s. w. in den gemeinen Herrschaften; deren Abnutz vormals ausschliesslich den Ständen, Syndicatoren oder Landvögten zugekommen, und die hiemit den Ständen als Eigenthum zugehören.

NB. Diejenigen Güter und Einkünfte, welche vormals zu öffentlichen Bedürfnissen in den gemeinen Herrschaften verwendet worden, mögen ferner dazu dienen, und sollten einige oder mehrere von den einen und andern, den gemeinen Herrschaften für ihre Provinzialverwaltung überlassen werden, so wäre ihnen zum Ersatz für dieselben ein jährlicher verhältnissmässiger Tribut aufzulegen, oder sonst ein billiger Auskauf zu treffen.

- 2) in einem Capitalzuschuss von jedem Eidgenössischen Stand. Da der Betrag desselben dermal nach keinem richtigen Massstab bestimmt werden kann, so wäre solcher dem freyen Willen und Selbstermessen eines jeden Eidgenössischen Standes zu überlassen.

Es ist auch nicht nöthig, dass dieser Zuschuss sogleich in baarem Gelde bezahlt werde, sondern er kann in Naturalien, Getraide, Wein, währschaften Zinschriften oder eigenen Schuldverschreibungen mit Landesüblicher Verzinsung abgeführt werden.

3) in einem Capitalzufchuß der verschiedenen in den gemeinen Herrschaften befindlichen Klöster, geistlichen Stiftungen und ihren Dependenzen, als Muri, Wettingen, Herderen, Kreuzlingen, Rheinau, Chorherrenstift zu Zurzach u. s. w. Dagegen soll ihnen versprochen werden, sie bey Lebzeit der gegenwärtigen Nutznießer nicht zu secularisiren, fernerhin nicht zu beschweren und sie bey ihren Rechten und Einkommen zu schützen.

• Jedoch sollen sie keine Novizen mehr annehmen, ihre liegenden Güter und andere nutzbare Capitalien nicht veräußern und jährlich über ihr Vermögen dem Eidgenössischen Bundesrath Rechnung ablegen.

Wenn in der Folge die gegenwärtigen Klostergeistlichen in den gemeinen Herrschaften aussterben, oder die letzt überbleibenden Nutznießer mit ihrer freyen Einwilligung ausgekauft werden, so soll das sämmtliche Vermögen dieser Klöster zu dem Eidgenössischen Gut geschlagen, zu Beziehung der Einkünfte Schaffner hingestellt und die liegenden Güter, Gebäude und Mobiliar-Effekten, je nach den Umständen und dem Befinden des Eidgenössischen Rathes, entweder verpachtet oder *en Regie* verwaltet, oder verkauft, oder zu einer andern gemeinnützigen Bestimmung verwendet werden. In allen Fällen aber sollen die auf diesen Klöstern haftenden Beschwerden für die Kirche, die Armen, die Erziehung u. s. w. fernerhin als rechtmäßige Schulden derselben auf den Gütern hypothekirt bleiben und vor allem aus ohne Widerrede entrichtet werden.

Da diese Klöster und geistlichen Stiftungen durch die unglückliche Revolution und den Krieg ebenfalls sehr hart mitgenommen und in ihren Vermögensumständen geschwächt worden sind, so sollte es in Absicht auf die Art der Bezahlung

ihres Zuschusses die nemliche Bewandniss haben, dass er in Narulalien, währschaften Zinschriften oder eigenen wohlversicherten Schuldverschreibungen abgeführt werden könne.

4) in einer, in der ganzen Eidgenossenschaft von allen Städten, Gesellschaften, Corporationen und Partikularen aufzunehmenden freywilligen Subscription, deren Bezahlung auf gleiche Art zu erleichtern wäre, und die nur für die Bildung des ersten Fonds statt haben soll. Die Namen der Subscribenten werden gedruckt und in den Urbar als Fundatoren eingeschrieben.

5) in Legaten und Donationen. Jeder Schweizerische Staatsmann oder sonstige vaterländisch-gefinnte Schweizer wäre aufzufordern, bey allfälliger Testirung auch ein Legat zu Gunsten des Gemeineidgenössischen Sekels auszusetzen, jedoch ohne dass ihnen solches zur Verbindlichkeit zu machen sey. Die Namen der Legatoren würden bekannt gemacht und in dem Sitzungssaale des Eidgenössischen Rathes auf eine Tafel angeschrieben.

Jedes Mitglied des Eidgenössischen Rathes, so wie auch der Präsident, der oberste und die 4 untern Sekretairs, die zu einer auswärtigen Mission ernannten Gesandten u. s. w. sollten gehalten seyn, inner einer zu bestimmenden Frist nach ihrer Erwählung, den 20sten Theil ihres Jahreseinkommens als Donation an den Eidgenössischen Sekel zu erlegen.

Falls der Eidgenössische Rath in der Folge einige mehr oder weniger einträgliche Stellen, Schaffnereyen u. dgl. zu vergeben hätte, so sollten sie ebenfalls für einen solchen verhältnissmässigen Beytrag angelegt werden.

6) in dem jährlichen Zuwachs und der nutzbaren Anwendung, die davon gemacht werden kann.

7) In Kriegszeiten, welche verhoffentlich nach Beendigung des gegenwärtigen, zu Bewirkung der allgemeinen Europäischen Ruhe und zu Herstellung und Befestigung des Völkerrechts geführten Kampfes, sobald nicht wieder eintreffen werden, doch aber immerhin vorausgesehen werden müssen: soll der Eidgenössische Rath das Recht haben, Capitalien zu veräußern, oder sowohl im Ausland als in der Schweiz das benöthigte Geld aufzubrechen, und zu Ersetzung des abgegangenen oder zu Verzinsung und allmählicher Abbezahlung der entlehnten Summen, eine außerordentliche Steuer auf die verschiedenen Eidgenössischen Stände auszuschreiben.

In allen Fällen, wo gegen innere Gefahr in irgend einem Theile der Schweiz Gemeineidgenössische Hülfe gereicht werden müßte, und dadurch außerordentliche Kosten veranlaßt würden, sollen diese Kosten allemal von denjenigen, die den Aufstand unternommen, begünstiget oder daran Theil genommen haben, ersetzt werden, und nur die allfällige Bestimmung der Termine dem Eidgenössischen Rath überlassen seyn.

B. Destination. Der Abtrag des Gemeineidgenössischen Guts und alle übrigen Einkünfte sollen schlechterdings zu nichts anders als zu Gemeineidgenössischen Bedürfnissen verwendet werden.

Seine Ausgaben werden demnach gewöhnlicher Weise vorzüglich in folgendem bestehen:

- 1) Befoldung des Präsidenten und übriger Mitglieder des Eidgenössischen Rathes, so wie der verschiedenen Canzleyen und allfälliger anderer Gemeineidgenössischer Beamten.
- 2) Unterhalt der allenfalls zu auswärtigen Mächten abzuordnenden Gesandten, Repräsentanten u. s. w.

- 3) Formation und Befoldung des Gemeineidgenössischen, zwar so gering als möglich zu bestimmenden, Militärs, samt der Anschaffung, dem Unterhalt und der Verwaltung der dazu gehörigen Gebäude, Magazine, Geräthschaften etc.
- 4) Je nachdem mit den sogenannten Mediatämtern oder gemeinen Herrschaften, eine Einrichtung getroffen wird, werden dem Eidgenössischen Sekel auch die für die Verwaltung dieser Länder nothwendigen Ausgaben auffallen oder nicht auffallen. Sollten sie fernerhin unter einer von den Ständen gesetzten Regierung bleiben, so wird für die Verwaltung und den Unterhalt der dortigen obrigkeitlichen Gebäude, der Strassen, Brücken u. s. w. Befoldung der Amtleute, Landeschreiber und übrigen Bediensteten gesorget werden müssen; falls sie aber, wie hier vermuthet wird, eine eigene Provinzialverwaltung erhalten, so bleiben ihnen auch diese Ausgaben zu bestreiten überlassen.
- 5) In Kriegszeiten mag auch das ganze Capital zu Vertheidigung gemeiner Eidgenossenschaft, so wie der Integrität, der Verfassung und der Rechte eines jeden einzelnen Standes verwendet werden.

C. Verwaltung.

Ein von dem Eidgenössischen Bundesrath aus seiner Mitte, und für 6 oder 8 Jahr lang zu ernennender Gemeineidgenössischer Sekelmeister, würde die ersten Zuschüsse so wie die nachherigen gewohnten Einkünfte beziehen und verwalten, auch zu Beforgung der Domainen, Zölle und übrigen Gefälle, Anordnung der Subscription u. s. w. dem Eidgenössischen Rath die nöthigen Mafsregeln vorschlagen.

Es müßte sogleich ein Inventarium oder Urbar über das Gemeineidgenössische Gut errichtet werden, welcher enthalten soll:

- 1) die Fundamentalgesetze und die Namen der ersten Fundatoren oder Subscribenten.
- 2) die Beschreibung, die Schatzung und den Abtrag der liegenden Güter.
- 3) die Beschreibung aller Zehnden, Grundzinsen und anderer nutzbaren Rechte in den gemeinen Herrschaften.
- 4) die Anzeige der ausgeliehenen oder sonst zu Gunsten des Eidgenössischen Sekels verschriebenen Capitalien und übriger Hülfquellen.

Von diesem Urbar soll ein Doppel in dem Archiv, ein anderes aber oder ein Auszug desselben, hinter dem Sekelmeister liegen.

Der Sekelmeister soll alljährlich auf einen zu bestimmenden Tag, vor dem Eidgenössischen Rath seine Rechnung ablegen, welche Rechnung folgende Stücke oder Abtheilungen enthalten soll:

- 1) den Etat des Vermögens bey der Stiftung oder letztjährigen Rechnung.
- 2) sämtliche Einnahmen nach ihren verschiedenen Quellen geordnet, und in welchen auch das Ausstehende angemerkt seyn soll.
- 3) die Ausgaben mit ihrer Authorisation und Justifikation.
- 4) die Bilanz, und endlich
- 5) den Vermögens-Etat bey Abschluss der Rechnung.

Bevor die Rechnung passirt wird, soll sie durch eine Commission von 4 Mitgliedern aus dem Eidgenössischen Bundesrath untersucht werden, in der dreyfachen Rücksicht: 1. ob alle Einnahmen verrechnet oder angezeigt; 2. ob die Ausgaben authorisirt und durch Beylagen bescheiniget seyen; 3. ob keine Missethungen unterlassen sey. Die allfälligen Fehler sollen corrigirt, hierauf die Rechnung dem Eidgenössischen Rath vorgetragen, von demselben mit Vorbe-

halt von Mifsrechnung und Omiffion paßirt, und dem Sekelmeister für seine Bemühungen der gebührende Dank abgestattet werden.

Bey Gelegenheit dieser jährlichen Rechnungspaffation sollen die vier Herren Rechnungscommittirten jeweilen einen praktischen Rapport über das Oekonomiewesen gemeiner Eidgenossenschaft beyfügen:

- 1) ob die Capitalien sicher angewendet, und was zu Erhaltung oder Rettung der allenfalls periclitirenden, für Mafsregeln zu treffen seyen.
- 2) wie der Abtrag derselben sowohl als die übrigen Einkünften vermehrt, und was für Ausgaben abgestellt oder vermindert werden können.
- 3) wie der allfällige Defizient zu ersetzen oder der Vorschlag anzuwenden sey? Auf letztern Fall, welcher als der gewöhnliche vermuthet wird, sollte der Eidgenössische Bundesrath sein Augenmerk vorzüglich auf folgende Mittel zu richten haben:
 - a. Ankauf von Herrschaften oder Lehengütern in den Gemeineidgenössischen Besitzungen, damit die Administration derselben je länger je mehr vereinfacht und die Collisionen mit fremden Fürsten und Ständen vermieden werden.
 - b. Ankauf von Zehnden, Grundzinsen, Brückzöllen, Weggeldern u. s. w. in ebendenselben Ländern.
 - c. Ausleihung von Capitalien gegen sichere Unterpfänder.
 - d. andere nutzbare Anwendungen oder Unternehmungen, als z. B. Anlegung von Straßen und Brücken mit billigen Weggeldern und Zöllen, Asssekuranzanstalten, Pulver und Salpeterfabrikation u. s. w. je nachdem sie durch die Umstände begünstiget werden, nicht ausgeschlossen.

Auf jeden Fall ist aber immerhin ein Theil des baaren Geldes beyseits zu legen, um solches in Nothfällen bey der Hand zu haben.

Auf diesen Rapport hin, wird der Eidgenössische Bundesrath in jenen verschiedenen Rücklichten das gutfindende zu Aufnug oder Verbesserung des Ökonomieiwelens entscheiden und anordnen.

D. Disposition. Ueber das Gemeineidge-
nössische Gut hat allein der Eidgenössische Rath zu disponiren, jedoch zu keinen andern Gegenständen als denen, wozu es bestimmt ist.

Aufser in Kriegszeiten, soll nichts von dem Capital angegriffen werden können, sondern eher die Bedürfnisse nach den Einkünften eingeschränkt werden.

Keine nicht vorhergesehene, oder nicht bereits durch Gesetze bestimmte Ausgabe, soll ohne Untersuchung oder Berathung der Oekonomie-Commission erkannt werden.

Der Sekelmeister soll nichts ausgeben können, als wozu er entweder durch permanente Gesetze oder besondere Befehle des Eidgenössischen Rathes authorisirt ist.

Die übrigen detaillirten Reglemente, welche in das Finanzwesen einschlagen mögen, z. B. Verwaltung der Domainen und Gebäude, Beziehung der Einkünften, Cassaführung, Buchhaltung, Form der Rechnungen u. f. w. blieben dem Eidgenössischen Rath selbst zu bestimmen überlassen.

Zweyter Abschnitt.

*Von der Einführung des Eidgenössischen Bundes-
Raths und seiner Auerkennung von aussen.*

§. 11.

Sobald der Canton Zürich gänzlich befreyt und die rechtmässige Regierung darin hergestellt seyn

wird, so sollte er sogleich unter Genehmigung und Begünstigung der Hohen Mächte, denen die Schweiz in diesem Fall ihre Rettung verdankt, eine Allgemeineidgenössische Conferenz, jedoch nur von einem Deputirten aus jedem Stand zusammenberufen, um sich über einen Plan zu Wiederanknüpfung und Befestigung der Verhältnisse zwischen allen Theilen der Eidgenossenschaft zu verabreden, und zu dieser Conferenz auch die Republik der drey Bünde einladen.

Die bereits von dem Feinde befreysten Cantone und zugewandten Orte würden sogleich ihre Deputirten erwählen und nach Zürich senden, diese aber alsdann, da es nur um Entwerfung eines Plans zu thun ist, auch angesehene Männer aus den zwar nicht befreysten Cantonen, die sich aber in dem befreysten Theile befinden, mit Sitz und Stimme hereinberufen.

Sämmtliche vereinigte Deputirte würden alsdann über den gegenwärtigen oder einen andern Plan berathschlagen, und die allfällige Verschiedenheit der Meynungen durch die Majorität der Stimmen entschieden werden. Sie sollten vorerst nur die Hauptfragen bestimmen: ob ein solcher Eidgenössischer Bundesrath errichtet werden solle? was seine Attributionen seyn sollen? ob ihm nicht ein gewisses Gemeineidgenössisches Gut zuzulegen sey? und alsdann erst über die nähern Details der Zusammensetzung, der innern Einrichtung, der Instruktion u. s. w. eintreten.

Sobald dieser Plan fertig wäre, welches in einer gewissen Zeit zu bewerkstelligen gesucht werden müßte, sollte er den verschiedenen Eidgenössischen Ständen vorgelegt und mit allen Gründen, welche seine Zweckmäßigkeit beweisen, empfohlen werden.

Es ist zu vermuthen, dafs da bey dieser Einrichtung ein jeder Eidgenössischer Stand nicht nur nichts von seiner innern Independenz, Souverainität und verfassungsmässigen Rechten verliert, sondern dieselben ihm im Gegentheil noch mehr gesichert

werden, die Einwilligung dazu nicht viel Schwierigkeiten finden werde; gleichwohl soll hier, weil es um den Eintritt in einen neuen, oder in eine engere Anknüpfung des alten Schweizerbundes zu thun ist, nicht der mindeste Zwang Platz haben.

Der Eintritt eines Standes in diese neue Gemeineidgenössische Verbindung bringt die Verbindlichkeit mit sich, sogleich einen Deputirten zu erwählen und an den Ort seiner Bestimmung abzuschicken, einen Zuschuss zu dem Eidgenössischen Sekel bereit zu halten oder zu verschreiben, und seinen bisherigen Antheil an der Oberherrschaft über die Mediatämter zu Gunsten des Eidgenössischen Bundesrathes abzutreten.

Dass alle Eidgenössischen Stände sogleich zu dieser neuen Verbindung einwilligen, ist zwar wünschenswerth, aber nicht unumgänglich nothwendig; zumal man von der Zeit und von den augenscheinlichen Vortheilen dieser Einrichtung, den allmählichen Eintritt von allen vermuthen kann. Sobald also mehrere Eidgenössische Stände, wären es auch nur 6 oder 7, den Plan genehmiget hätten, so würden ihre Deputirten zusammenkommen, den Eidgenössischen Rath unter ihnen formiren, ihren Präsident, den Sekretarius so wie die erforderlichen Commissionen ernennen, und mit ihren Arbeiten nach Ausweis des genehmigten Plans anfangen, ihre Befugnisse aber natürlicher Weise einstweilen nur für und unter den bereits eingetretenen Ständen auszuüben haben.

Die übrigen Eidgenössischen Stände, welche allenfalls den Plan nicht genehmiget hätten, blieben zwar darin völlig frey, und ungekränkt, würden aber dagegen natürlicher Weise auch keine Vortheile von der gemeinsamen Verbindung der übrigen, also weder Unterstützung gegen auswärtige Angriffe, oder Begünstigung ihrer im Ausland habenden Angelegenheiten, noch Garantie ihrer innern Verfassung und anderer Rechte, noch schiedsrichterlichen Entscheid

oder freundschaftliche Ausgleichung ihrer Streitigkeiten mit benachbarten Ständen, zu erwarten noch zu fordern haben.

Indessen soll diesen Ständen gleichwohl der Eintritt in jene neue Gemeineidgenössische Verbindung zu jeder nachherigen Zeit offen stehen.

§. 12.

Sobald endlich der Eidgenössische Bundesrath, es sey von allen oder nur von den mehreren Ständen formirt wäre und seine Arbeiten angefangen hätte, so sollte eine Deputation desselben sich zu den Ministern oder Feldherren der drey grossen Mächte, in deren Händen das Schicksal der Eidgenossenschaft liegt, verfügen, Hochdenselben zu Handen Ihrer Hohen Souveraine für die Rettung und Wiederherstellung der Schweizerischen Staaten danken, zugleich dann bekannt machen, daß dieselben zu mehrerer zukünftiger Befestigung gemeiner Eidgenossenschaft, über den vorliegenden Plan übereingekommen seyen, und endlich sie bitten, diese Einrichtung auch ihrerseits anzuerkennen, mit dem Eidgenössischen Rath als der rechtmässigen obersten Autorität der Schweizerischen Eidgenossenschaft gütigst in Correspondenz zu treten, derselben ihren mächtigen Schutz und ihre guten Officia fernerhin angedeihen zu lassen, und endlich bey einem allfälligen künftigen allgemeinen Frieden sich dahin zu verwenden, daß dieselbe auch von allen übrigen auswärtigen Mächten anerkannt und durch das gemeine Völkerrecht garantirt werden möge.

§. 13.

Von der Revision oder Verbesserung des Plans selbst.

Alle 25 Jahre sollte der Präsident des Eidgenössischen Bundesraths auf eine gewisse zu bestimmende Zeit die Frage zur Berathschlagung setzen: ob? und

allenfalls was zum Besten der gemeinen Eidgenossenschaft an der existirenden Einrichtung abzuändern oder zu verbessern und demnach den Ständen anzurathen sey? Findet der Eidgenössische Rath etwas solches durch die Mehrheit der Stimmen nothwendig, so sollte er die gutbefundenen Punkte abfassen und das daherige ausgearbeitete Projekt den Ständen zur Annahme oder Verwerfung vorlegen. Es soll aber keine solche vorgeschlagene Veränderung anders als durch Einwilligung von zwey Drittheilen aller Eidgenössischen Stände ausgeführt werden können, sondern im Fall sie nicht von so viel Stimmen genehmiget würden, es dissorts immerhin für abermalige 25 Jahr, beym Alten sein Verbleiben haben.

Druckfehler und Verbesserungen.

- S. 6 Zeile 9 der Note, statt allem lies: allen.
- 7 — 17 ist das Wort öffentlichen, überflüssig.
- 8 — 3 Note v. unten, st. franzäsischen l. französischen.
- 9 — 22 st. Bünden l. Bündten.
- 10 — 23 nach dem Wort Unterstützung werde hinzuge-
setzt von Seiten.
- 11 — 17 st. den russiscken l. dem russischen.
- ib. — 4 von unten, st. und dem l. aus dem.
- 13 — 2 der Note, st. Es hat l. So hat.
- ib. Note, letztes Wort st. wäre l. wären.
- 14 Z. 5 von unten, st. masakrirt l. massakrirt.
- 21 — 8 st. Syle l. Style.
- 23 — 6 st. Meigung l. Neigung.
- — — 8 st. Diretorium l. Direktorium.
- — — 12 st. anzuwerhen l. anzuwerben.
- 30 — 12 st. sollte l. solle.
- 32 — 6 st. letzterm l. letztern.
- 38 — 2 Note, st. Tschokke l. Zschokke.
- 39 — 3 Note, st. Revolutios-Tollheit l. Revolutions-
Tollheit.
- 41 — 22 st. Vergleichung l. Vergleichen.
- 44 — 9 st. den Kriegsdiensten l. dem Kriegsdienste.
- — Note ** Lin. 1. st. ancher l. nachher.
- 53 Z. 12 st. jetzt bald l. bald.
- 54 — 15 st. glaubten sie l. glaubte man.
- 58 — 4 st. Regond l. Repond.
- 62 Note Z. 5 v. unten, st. Frenzosen l. Franzosen.
- 68 Note * Z. 3 st. Dolden l. Dolder.
- 81 Note ** Z. 3 st. der l. von.
- 100 Z. 12 st. Beamnte l. Beamte.
- 101 — 16 st. weiteres l. weiters.
- 104 — 23 st. Wenn es l. Wenn es auch.
- 124 — 2 st. sollte l. solle.
- 126 — 9 st. welches l. welche.
- 138 Note * Z. 2 st. Etkois l. Etvoes.
- 141 Z. 1 st. 1500 l. 15000.
- 152 — 13 st. Lemienthal l. Leimenthal.

- S. 160 — 5 statt verwerfenden lies: vermuthenden.
 - 161 — 2 ft. die mit u. anderen l. die einen und anderen.
 - 163 — 15 ft. herseht l. herrscht.
 - — 6 v. unten, ft. nicht mehr l. noch nicht.
 - 164 — 4 v. unten, ft. jeden Ort l. jeden Orts.
 - 168 — 3 v. unten, ft. anhängenden l. anhängend.
 - 171 — 15 ft. die Schweizer l. kein Schweizer.
 - 172 — 5 v. unten, ft. Zellwager l. Zellweger.
 - 176 — 15 ft. Unabhängigtit l. Unabhängigkeit.
 - 179 — 5 ft. anwenden l. anordnen.
 - 184 — 7 v. unten, ft. der l. d. i.
 - 187 — 8 v. unten, ft. derselben l. desselben.
 - 192 — 13 ft. Einrichtung l. Einrichtung.
 - 196 — 1 v. unten, ft. möchte l. mochte.
 - 213 — 16 ft. es heisst l. es hiefs.
 - 251 — 13 ft. der l. den.
 - 263 — 2 ft. hat l. haben.
 - 265 — 10 ft. Sabary l. Savary.
 - 271 — 3 der Note, ft. neueren l. inneren.
 - 282 — 16 ft. Rouziere l. Rouhiere.
 - 288 — 4 d. Note, ft. Riegger l. Rengger.
 - 297 unterste L. d. Note, ft. zertrümmerte l. zertrümmert.
 - 302 Z. 8 v. unten, ft. Gottlosigkeit l. Gottlosigkeit.
 - 305 — 2 v. unten, ft. eben l. aber.
 - 309 — 14 ft. nur l. um.
 - 317 — 1 der Note, ft. viele l. mehrere.
 - 319 — 14 ft. letzteren l. vorletzten.
 - 337 — 2 der Note, v. unten ft. Revolution l. Invasion.
 - 355 — 2 ft. gänliches l. gänzliches.
 - 366 — 6 v. unten, ft. französisches l. französischen.
 - 372 — 7 ft. freywillg l. freywillig.
 - ib. — 8 ft. un l. und.
 - 380 — 20 ft. Benutzun l. Benutzung.
 - 431 — 6 ft. Requisition l. Requisition.
 - 457 — 20 ft. Regimentern l. Regimentern.
 - 493 — 3 ft. haben, auf l. haben auf,
 - 496 — 15 der Note, ft. Schrift Kuhn l. Schrift von Kuhn.
 - 536 — 14 ft. möglich l. nöthig.
 - 547 — 9 v. unten, ft. Man l. Mann.

Neue Bücher,

welche bey den Gebrüdern Gädicke in Weimar erschienen, und für benzesetzte Preise in allen Buchhandlungen zu haben sind.

Dietrich, Friedrich Gottlieb, der Wintergärtner, oder Anweisung, die beliebtesten Modeblumen und ökonomischen Gewächse ohne Treibhäuser und Mistbeete in Zimmern, Kellern und andern Behältern zu überwintern, oder für den offenen Garten vorzubereiten. Nach eigenen Erfahrungen vorbereitet. 8. 1801. 20 gr. od. 1 fl. 30 fr.

Dessen Modeblumen für Botaniker und Blumenliebhaber, durchaus neu und nach der Natur abgebildet, und nach sorgfältigen Beobachtungen beschrieben. Erstes Heft, oder der Linneischen Geranien 1sten Bandes 1stes Heft. Mit 4 ausgemahlten Kupfertafeln. gr. 4. 1801. 1 Thlr. od. 1 fl. 48 fr.

Janus, eine Zeitschrift auf Ereignisse und Thatfachen gegründet. gr. 8. 1800. 58 bis 128 Stück. Der ganze Jahrgang 4 Thlr. od. 7 fl. 12 fr.

Miethwohnungen, die, oder das Verhältniß der Miethleute und Hausbesitzer gegen einander, in ökonomischer, billiger und rechtlicher Hinsicht. Ein Buch für alle Miethleute und Vermiether. 8. 1801. 10 gr. od. 45 fr.

Reisen, kleine, in die schönsten Gegenden meines Vaterlands, 18 Bändchen, oder Reise nach Stift und Kloster Bang. 12. 1801. 12 gr. od. 54 fr.

Tagebuch, praktisches, für Landprediger, zur leichtern Führung ihres Amtes und zur bessern Aufsicht über die ihnen untergebenen Landschulen. Herausgegeben von D. Joh. Adolph Jakobi. Ersten Bandes 48 Stück. gr. 8. 1801. 16 gr. od. 1. 12 fr.

Tagebuch, praktisches für Landschullehrer, zur Erleichterung ihrer sämtlichen Geschäfte. Ersten Bandes 48 Stück, gr. 8. 1801. 8 gr. od 36 fr.

Taschenbuch (Neujahrs-) von Weimar auf das Jahr 1801. Herausgegeben von Seckendorf. 12. 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

— — — — (Oster-) von Weimar auf das Jahr 1801. Herausgegeben von Seckendorf. 12. 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

Voigt's, Joh. Karl Wilh. kleine mineralogische Schriften. Zweiter Theil. 8. 1801. 20 gr. od. 1 fl. 30 kr.

Wieland's, C. M., neuer teutscher Merkur 1800. 11. und 128. und 1801. 18 bis 48 Stück. 8. Der Jahrgang 3 Thlr. od. 5 fl. 24 kr.

Zeitung, neue, für Kaufleute, Fabrikanten und Manufacturisten, oder wöchentliche Nachrichten von neuen Handlungsvorfällen, neuen Erfindungen und Bekanntmachungen und andern Notizen, welche den Kaufmann, Fabrikanten und Manufacturisten interessieren und ihm nützlich seyn können. Herausgegeben von Johann Adolph Hildt. 1801. Novr. und Decembr. und 1801. Januar bis April. 4. Der Jahrgang 2 Thlr. 16 gr. od. 4 fl. 48 kr.

Zwischen Ostern und Michaelis erscheinen noch folgende Artikel.

Dietrich's, Friedrich Gottlieb, Apotheker - Garten, oder Anweisung für deutsche Gartenbesitzer, viele in den Apotheken brauchbare ausländische Gewächse zu erziehen und dadurch die Garten - Einkünfte zu vermehren. 8.

Mayer's, Ehregott, Frachtbuch für Kaufleute und Spediteurs, und alle, die es einst werden wollen, oder Unterricht über alles, was der Kaufmann und Spediteur bei Absendung und Empfang der Güter zu beobachten hat. 8.

Reichard, H. A. D. der Passagier auf der Reise in Deutschland und einigen angränzenden Ländern, vorzüglich mit Hinsicht auf seine Belehrung, Bequemlichkeit und Sicherheit. Ein Reisehandbuch für Jedermann; nebst einer Postkarte. gr. 8.



Haller, Carl Ludwig <<von>>,

Geschichte der Wirkungen und Folgen des österreichischen Feldzugs in der Schweiz ein historisches Gemälde der Schweiz vor, während und nach ihrer versuchten Wiederbefreyung mit mancherley unbekannten Aufschlüssen über die Ereignisse dieser Zeit

Bd.: 2

Weimar (1801)

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- H 965

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11251714-5